F86 1889

Nr. 540 ♦ 43. Jahrg.

Ausgabe A Nr. 275

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Dienstag, den 16. November 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Die Weltwirtschaft und die Arbeiter.

Arbeitnehmer-Vorschläge auf der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag wurde die zweite Session der vorbereitenden Wirtschaftskonferenz eröffnet. Im Namen der Arbeitnehmervertreter gab Genosse Jouhaux im Verlauf der Eröffnungssitzung folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der Arbeiter- und genossenschaftlichen Organisationen in der vorbereitenden Wirtschaftskonferenz glauben zur Fortsetzung der Arbeiten folgende Erklärung abgeben zu sollen: Sie nehmen mit Genugtuung Kenntnis von dem durch die beauftragten Organe gesammelten Studienmaterial und glauben nunmehr, daß die Mitglieder der Konferenz über die allgemeine wirtschaftliche Weltlage genügend aufgeklärt sind und ihre weiteren Arbeiten darauf gerichtet werden müssen, die Auswahl und Prüfung derjenigen Fragen vorzunehmen, die sich zu einem vereinigten Programm der künftigen Wirtschaftskonferenz eignen.

Bei dieser Auswahl lassen sich die Vertreter der Arbeiter- und genossenschaftlichen Organisationen von folgenden Grundsätzen leiten, die seit dem Kriege für ihre Tätigkeit wegweisend waren: Die wirtschaftliche Organisation des Friedens, die Durchorganisierung der Arbeit mit dem Ziel der Abwehr von Kriegen und Arbeitslosigkeit und die Erringung von Lebensbedingungen in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Entwicklung der Zivilisation und der Menschenwürde.

In der Erwägung jedoch, daß die Wirtschaftskonferenz, um zu einem Ziel zu gelangen, sich gezwungenermaßen ein begrenztes Programm geben muß, schlagen die Vertreter der Arbeiter und Genossenschaften der Vorbereitenden Konferenz die Prüfung folgender Fragen vor:

1. Die Währungsstabilisierung, die nicht nur zum Ziele haben soll, die noch nicht sanierten Währungen auf der Goldbasis zu stabilisieren, sondern darüber — und das vielleicht sogar als Hauptzweck — die Kaufkraft so fest wie möglich zu erhalten; in Uebereinstimmung des Goldwertes zur Gesamtheit der Warenerzeugung und der Arbeitsleistungen und dadurch die Stabilität der Preise zu sichern, damit zugleich die Produktions- und die Arbeitsgelegenheiten.

2. Die Bestrebungen gegen die Hemmungen und Erschwerungen des internationalen Handels sollen sich richten gegen übertriebene Schutzzölle, gegen Ausfuhrzölle für Rohstoffe, sowie zugunsten einer wachsenden und rationalisierten landwirtschaftlichen Produktion.

3. Internationale Industrieabkommen (Kartelle) mit wirksamen Garantien zum Schutze sowohl der Konsumenten wie der Rechte der Arbeiterschaft.

4. Regelung der Ein- und Auswanderung.

5. Schaffung eines ständigen Wirtschaftsamtes. Mit diesem Punkt soll sowohl ein Organ angestrebt werden, um die Ausführung der von der Wirtschaftskonferenz zu fassenden Beschlüsse zu sichern, als auch um die Fortführung ihrer weiteren Arbeiten vorzubereiten. In einem solchen Rate müßten neben den Regierungen auch die großen Wirtschaftsorganisationen vertreten sein, wobei folgende Gruppierung in Betracht gezogen werden könnte: Industrie, Landwirtschaft, Handel und Banken, Arbeiterschaft und Konsumenten. Die Industrie und Arbeiterschaft könnte ihre Vertreter durch die Arbeitgeber- und Arbeitergruppe des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes bezeichnen lassen und diejenigen der Landwirtschaft und der Konsumenten wären in gemeinsamem Einverständnis des Internationalen Arbeitsamtes, des Internationalen Genossenschaftsbundes und des Internationalen Instituts für Landwirtschaft zu bestimmen. Dadurch würde jede Kräftezersplitterung vermieden.

Ein solches Programm scheint uns ein Programm der Stunde zu sein. Dadurch würde die künftige Wirtschaftskonferenz auf eine Bahn geleitet, welche die Erreichung ihrer nächsten und späteren Ziele ermöglichen und sichern würde. Die Welt könnte damit nach soviel schweren Jahren endlich einen Ausblick in bessere Zeiten erhalten, die Zeit einer brüderlichen Zusammenarbeit der Völker zu ihrem gemeinsamen Wohlergehen."

Die Bedeutung der Vorschläge.

Genf, 15. November. (WTB.) Oudegeest, der Generalsekretär der Internationalen Gewerkschaftszentrale in Amsterdam, begründete heute abend vor einigen Pressevertretern die von Jouhaux gemachten Vorschläge in bezug auf das Programm der kommenden Weltwirtschaftskonferenz. Er betonte, daß nach Auffassung der Internationalen Gewerkschaftszentrale die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung nicht gebessert werden kann, ehe nicht die Währungsfrage geregelt ist und damit Kaufkraft und Verbrauch wieder vermehrt werden.

Die nationalen und internationalen Kartelle, die vom Standpunkt des Erzeugers vorteilhaft, aber vom Standpunkt des Verbrauchers unvorteilhaft sind, müssen im Interesse des Verbrauchers durch Garantien gegen eine preissteigernde Wirkung vervollständigt werden. Auf dem Gebiete der Handelsprobleme verlangen die Gewerkschaften die Beseitigung der Zollschranken, die nicht nur gegen die Interessen der Verbraucher, sondern auch der Erzeuger seien. Ohne Niederreißung seiner Zollmauern werde sich Europa nicht von Amerika unabhängig machen können.

Zur Sicherung der Weltwirtschaftskonferenz begründete Oudegeest schließlich die Vorschläge von Jouhaux auf Schaffung eines ständigen wirtschaftlichen Instituts, das durch periodische Abhaltung von Wirtschaftskonferenzen die normale Auswirkung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz zu gewährleisten hätte und dadurch die Fortsetzung der Arbeiten der Konferenz durch häufiges Zusammentreten eines besonderen internationalen Wirtschaftsrates, dem Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, der Finanzen, der Arbeiter und der Verbraucher angehören, ermöglichen würde.

Die geplante Strafrechtsreform.

Grundsätzliche Bemerkungen.

Von Staatsanwalt Marx-Heidelberg.

Der vor wenigen Tagen an dieser Stelle erschienene Aufsatz des Genossen Professor Radbruch ist im Grunde eine Antwort an hier noch nicht sichtbar gewordene Gegner. Daß er selbst es für notwendig erachtet, die Frage nach dem Beruf unserer Zeit zur Strafrechtsreform anzuschneiden, beweist jedenfalls, daß die Frage offen ist und daß sie es verdient, auch, ja gerade in unseren Reihen ernsthaft diskutiert zu werden. Man könnte den Augenblick, da der Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch mit dem Beginn der Beratungen im Reichsrat die ersten Schritte auf dem Wege zur gesetzgeberischen Erledigung getan hat und der er nach dem Willen seiner geistigen Väter noch in diesem Reichstag, also im Laufe der nächsten 1½ Jahre, endgültig zugeführt werden soll, als durchaus geeignet ansehen. Eine gründliche Auseinandersetzung ist natürlich im Rahmen einer Tageszeitung nicht möglich. Indessen erscheint es mir doch nützlich und für einen weiteren Kreis von Interesse zu sein, an grundsätzlichen Bestimmungen des Entwurfs die Unausgeglichenheit und innere Widerspruchhaftigkeit der beabsichtigten Reform aufzuzeigen, weil man dabei gleichzeitig Anschauungsmaterial für die Frage sowohl nach dem „Ob" der Strafrechtsreform, wie nach ihrem „Wie" geben kann. Wegen der Frage des „Ob" ist es aber doch notwendig, wenigstens ganz kurz, sozusagen stichwortartig zu den Argumenten des Genossen Radbruch kritisch Stellung zu nehmen.

Daß man die Vorarbeit von 25 Jahren, die nun schon für die Reform geleistet wird, nicht gefährden dürfe, ist wohl der schwächste Einwand, den Genosse Radbruch den Reformgegnern macht. Eben die 25 Jahre, die zum guten Teil vor der allgemeinen Umwälzung liegen, sind der Grund, weshalb soviel Ueberaltertes mitgeschleppt wird. Die Begründung zum Entwurf bestätigt das, wenn sie erklärt, der Entwurf verdanke das Meiste und Beste seinen Vorläufern. Die Folge davon ist, daß er z. B. die Anschauungen der jüngeren Psychiatergeneration nicht berücksichtigt. Auch wäre noch zu prüfen, ob der Entwurf unseren heutigen rechtsstaatlichen Anforderungen entspricht.

Der Vorwurf, mit diesem letzten Argument in die gefährliche Nähe von Vergeltungstheoretikern und Reaktionären zu geraten, ist leicht zu tragen, wenn man sieht, daß sich heute reaktionärste Justizkreise für die Durchführung der Reform im Sinne des Entwurfs entschieden einsetzen, in deren Gesellschaft sich zu befinden, immerhin nachdenklich stimmen muß.

Damit ist schon das Problem der Vertrauenskrise der Justiz berührt. Man kann darauf verzichten, sie gegen die Reform ins Feld zu führen, und begegnet damit Radbruchs Einwand, man dürfe die Tagesfrage der Vertrauenskrise nicht mit der Jahrhundertfrage der Reform verquicken. Wobei aber bemerkt werden darf, daß die Vertrauenskrise eine Angelegenheit von tiefer prinzipieller Bedeutung und sicher weit mehr als eine zufällige Tagesfrage ist. Die Vertrauenskrise hat gegenüber der Gesamtheit der unerfreulichen Erscheinungen in der Justiz nur den Charakter eines Symptoms. Diese Erscheinungen bringen uns den Klassencharakter unserer Gesellschaft immer wieder mit aller Schärfe zum Bewußtsein und legen uns die Frage vor, ob wir überhaupt in der Erteilung von Vollmachten an die Justiz so weit gehen können, wie der Entwurf es beabsichtigt.

Schließlich können die Reformgegner noch auf die Gefahren einer überstürzten Gesetzgebung hinweisen, die die Möglichkeit von Fehlkonstruktionen im Gesetz sehr nahe rückt. Solche wären bei einem staatlichen Grundgesetz wie ein Strafgesetzbuch, mit und nach dem die Nation leben und vor allem geistig und seelisch sich entwickeln soll, besonders bedenklich.

Die Stellungnahme einer Partei zu einem Gesetzgebungswerk wird erfahrungsgemäß nicht nur von grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch von politisch-taktischen Gesichtspunkten bestimmt. Es ist daher wohl sachgemäß, die Entscheidung über die Frage der Durchführung der Reform in diesen Jahren einem späteren Stadium der parlamentarischen Beratungen vorzubehalten, in dem sich die endgültige Gestalt besser übersehen läßt, und zunächst zu prüfen, welche Mindestforderungen wir in den entscheidenden Punkten stellen müssen.

Der Kernpunkt des Entwurfs ist die Ausweitung des freien richterlichen Ermessens. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, daß damit der Entwurf stehe und falle. Man wird es in der Praxis sehr begrüßen, wenn der Richter nicht mehr an starre Strafrahmen gebunden sein wird. Soll er doch nach dem Entwurf in „besonders leichten Fällen", d. h. dort, wo die nach Zubilligung mildernder Umstände zulässige mildeste Strafe noch unbillig hart sein würde, berechtigt sein, auf eine Geldstrafe von 3 Mark herunterzugehen, in einzelnen Fällen sogar ganz von Strafe abzusehen. Um es an einem Beispiel zu erläutern: bei Falschmünzerei (§ 194) müßte selbst bei Zubilligung mildernder Umstände **als Mindeststrafe auf 3 Monate Gefängnis erkannt werden (§ 72).**

Die Regierungsfrage.

Das große Raten in der Presse.

Die Vorgänge der letzten Woche haben naturgemäß dazu geführt, daß sich die Presse aller Richtungen sehr eifrig mit allen Fragen beschäftigt, die mit dem Funktionieren der gegenwärtigen Reichsregierung und ihrer etwaigen Umbildung zusammenhängen. Und wie es in solchen Fällen geht, wird Wahres, halb Wahres und Falsches bunt durcheinandergemischt, subjektive Wünsche treten an die Stelle sachlicher Erwägungen, jeder Tag bringt neue Bilder, obwohl sich inzwischen vielleicht an der Sache nicht das geringste geändert hat.

Zunächst ist festzustellen, daß die laufende Woche schon deshalb keine Entscheidungen bringen kann, weil der Reichstag seine Arbeit unterbrochen hat und die Fraktionen nicht tagen. Aufträge zu Verhandlungen über die Regierungsfrage sind nicht erteilt. Insbesondere sind, wie schon festgestellt wurde, in der letzten Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keine Anträge gestellt und keine Beschlüsse gefaßt worden. Das schließt natürlich nicht aus, daß man sich in unverbindlichen Besprechungen über die Dinge unterhält.

Zunächst scheint uns notwendig zu sein, sich nicht nur über das zu unterhalten, was werden soll, sondern vor allem Klarheit zu schaffen über das, was ist. Der Sozialdemokratischen Fraktion war gesagt worden, daß die Regierung bemüht sein werde, ihre gesetzgeberische Arbeit auf die Basis einer Mehrheit zu stellen, die aus der Mitte und der Sozialdemokratie besteht. Die Fraktion hatte sich grundsätzlich bereit erklärt, zur Förderung der sachlichen parlamentarischen Arbeit gegen die Saboteure von rechts mit der Mitte zusammenzuwirken. Dann war der Fraktion vom Reichskanzler Marx mitgeteilt worden, daß die Fraktionen der Mitte mit dieser Abrede einverstanden seien.

Nun sieht man da und dort, der Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion Dr. Scholz habe das Verlangen gestellt, daß sich die Regierung an keine Seite binden, sondern über jede Vorlage wie mit den Sozialdemokraten auch mit den Deutschnationalen verhandeln solle. Wir müssen feststellen, daß der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von einer solchen Erklärung des Herrn Dr. Scholz nichts bekannt ist. Natürlich würde sie das, was man in der letzten Woche aufzubauen versucht hat, wieder völlig über den Haufen werfen. Aber seltsam ist, daß alle Welt von dieser angeblichen Erklärung redet, während die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nichts von ihr weiß.

Hier muß also unbedingt Klarheit geschaffen werden. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob auf allen Seiten der gute Wille besteht, das in der vorigen Woche abgeschlossene Abkommen zu halten, und weiter muß die praktische Möglichkeit untersucht werden, es von Fall zu Fall wirksam zu machen. Erst auf dieser Grundlage kann die Frage der persönlichen Zusammensetzung des Kabinetts Interesse gewinnen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat ihre Bereitschaft zu positiver Mitarbeit bewiesen. Was dabei für die Republik und für die Massen des arbeitenden Volkes praktisch gewonnen werden kann, ist für sie das Entscheidende, nicht die Form, in der sich diese Mitarbeit vollzieht. Jetzt soll die Mitte — das ist eine Forderung der Deutschnationalen, und wir nehmen sie auf — zeigen, ob sie nach rechts oder nach links ihre Mehrheit sucht. Sie soll zeigen, ob sie zu einer solchen Entscheidung fähig ist.

Der belgische Finanzminister Francqui ist aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. Er ist einer der führenden belgischen Bankiers und betrachtet wohl seine politische Aufgabe mit der erfolgten Stabilisierung der Währung und der Einführung des neuen belgischen Geldes als beendet.

Bei Annahme eines besonders leichten Falles (§ 75) ist es jedoch möglich, nur 3 Mark Geldstrafe gegen den Angeklagten auszusprechen. Andererseits ist für besonders schwere Fälle Strafverschärfung vorgesehen. Diese ist aber nicht wie die Strafmilderung allgemein zulässig. Das Gesetz bestimmt vielmehr jeweils, ob und wie die Verschärfung der Strafe vorzunehmen ist (§ 76). Die hier vorgesehene Sicherung ist durchaus zu begrüßen. Ebenso ist es dagegen abzulehnen, wenn als Kriterium für das Vorliegen eines besonders schweren Falles neben dem ungewöhnlich starken verbrecherischen Willen dessen Verwerflichkeit und Strafwürdigkeit gelten soll.

Damit würde eine Auffassung in das neue Strafgesetzbuch hineingetragen, die weder an dieser, noch an einer anderen Stelle Raum haben darf, die Auffassung als vergeltende Maßnahme. Zweck der Strafe soll nicht Vergeltung, sondern Besserung des Täters und Sicherung der Gesellschaft vor dem Verbrecher sein. Durch Einschaltung von Wertbegriffen wie „Verwerflichkeit" und „Strafwürdigkeit" würden alte Betrachtungsweisen wieder eingeschmuggelt, was aus erzieherischen Gründen schon unsachgemäß wäre. Sie würde aber vor allem den Richter veranlassen, seine eigenen moralischen Wertungen, die natürlich durchaus klassenbedingt sind, dem Urteil zugrunde zu legen. Es bliebe eine gefährliche Quelle für Fehlurteile, die verstopft werden muß.

Die Entscheidungsfreiheit, die der Entwurf dem Richter zubilligen will, ist mit der Berechtigung zu weitgehender Milderung oder Verschärfung der Strafe keineswegs erschöpft. Er gibt dem Richter unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit, gegen einen Straffälligen noch besondere Maßnahmen der Besserung und Sicherung zu ergreifen. Die bedeutsamsten davon, die hier einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollen, weil sich bei ihnen alles Grundsätzliche sagen läßt, sind einmal die Sicherungsverwahrung für die der öffentlichen Sicherheit gefährlichen Gewohnheitsverbrecher und die Unterbringung von vermindert Zurechnungsfähigen in einer öffentlichen Heil- und Pflegeanstalt.

Wenn man schon der Strafe den Zweck der Besserung und Sicherung setzt, dann ist es entweder eine Inkonsequenz oder eine Unwahrhaftigkeit, Strafen und Maßnahmen zu trennen. Die Maßnahmen sind in Wirklichkeit nichts anderes als Strafen; sie sind sogar zum Teil noch viel einschneidender als diese. Denn die Sicherungsverwahrung oder Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt bedeutet doch nichts anderes als die grundsätzlich lebenslange Herausnahme eines Individuums aus der sozialen Gemeinschaft, also eine Art lebenslanger Freiheitsstrafe. Wie Zuchthaus und Gefängnisstrafe heute praktisch dasselbe sind, was nebenbei gesagt der Unterscheidung im Entwurf die Berechtigung nimmt, so wird man sich auch die Sicherungsverwahrung in ihrem Vollzug als das gleiche darstellen. Sie wird sogar in den meisten Fällen in der gleichen Anstalt durchgeführt werden. Durch eine Zusammenfassung von Strafen und Maßnahmen kann das neue Strafgesetz nur an Klarheit gewinnen.

Die jetzige, den Verfassern wahrscheinlich bewußte Unklarheit liegt in der Kompromißnatur des Entwurfs begründet. Er will sowohl die klassische wie die moderne Strafrechtsschule zufriedenstellen. Es wäre aber an der Zeit, daß man über diesen Streit der Theoretiker endlich einmal zugunsten praktischer Gesichtspunkte hinweggeht. Er ist nicht nur die Ursache der Trennung von Strafen und Maßnahmen, sondern auch der unbefriedigenden Regelung, wie die Maßnahmen angewandt werden sollen.

Eine ausreichende Begründung dafür, daß neben der Sicherungsverwahrung noch auf eine Strafe erkannt werden soll, läßt sich nicht finden. Die Maßnahme der Sicherungsverwahrung soll ja nur ergriffen werden gegen ganz asoziale Individuen, vor allem gegen Berufsverbrecher, von denen man bei Fällung des Urteils überzeugt ist, daß sie durch Strafe im Sinne des Entwurfs, also durch Gefängnis oder Zuchthaus nicht gebessert werden können. Trotzdem ist nach § 48 des Entwurfs die Strafe grundsätzlich zu vollstrecken. Wenn man in Wirklichkeit etwa das Gegenteil will, muß man es auch sagen. Die „Strafe" ist dann aber nichts weiter als eine nichtssagende Formel. Auch der § 47, der von der Unterbringung in einer Heilanstalt handelt, ist ein schauerliches Gebilde von gefährlicher Halbheit.

Die Sicherungsverwahrung bedeutet einen äußerst schweren Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen, von dem nur Gebrauch gemacht werden soll, wo man der festen Ueberzeugung ist, daß die üblichen zeitigen Freiheitsstrafen nichts nutzen, der aber in solchen Fällen auch angewandt werden muß, um den Verbrecher unschädlich zu machen. Hier ist der Entwurf wiederum inkonsequent. Nach seiner Regelung würde die Sicherungsverwahrung nur auf die Dauer von drei Jahren wirken. Darüber hinaus soll sie nur auf neue Anordnung des Gerichts zulässig sein. Das ist eine unangebrachte Milde und Rücksichtnahme, wenn die Sicherungsverwahrung nur auf ganz schwere rückfällige Rechtsbrecher Anwendung finden soll. Hier bestehen keine Bedenken, eine grundsätzlich lebenslange Verwahrung auszusprechen. Dem Verbrecher muß als Ausgleich nur die Befugnis zuerkannt werden, nach Ablauf einer vom Gericht bei Fällung des Urteils zu bestimmenden Frist die Entscheidung eines Gerichts über die Fortdauer der Verwahrung anzurufen. Auf diese Rechtsgarantie einer mündlichen Verhandlung hat auch der Verbrecher Anspruch, denn das Aktenverfahren bietet keinerlei Gewähr für eine wirkliche gründliche und sachgemäße Nachprüfung. Vor allem fehlt dann der überaus wichtige persönliche Eindruck. Ueberhaupt dürfte meines Erachtens nur ein Kollegialgericht auf Sicherungsverwahrung erkennen. Daraus ergibt sich von selbst die Forderung nach einer Aenderung der Emmingerschen Reform, von der die Sozialdemokratie unter allen Umständen ihre Zustimmung zu dem Entwurf abhängig machen sollte. Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß ein Einzelrichter auf Sicherungsverwahrung oder Unterbringung in einer Heilanstalt sollte erkennen können. Es wäre auch gar nicht im Interesse der Sache gelegen, da die meisten Richter sich scheuen würden, diese Verantwortung zu tragen.

Wendet sich die „Sicherungsverwahrung" gegen den gefährlichen aktiven Berufsverbrecher, so trifft die „Unterbringung" eine Kategorie von Menschen, die in der Regel weniger gefährlich als lästig sind: die Bettler und Landstreicher, die das Gros der vermindert Zurechnungsfähigen stellen. Da die Voraussetzungen für die Unterbringung, wie die Begründung zum Entwurf selbst sagt, von wesentlich geringerer Strenge sind als bei der Sicherungsverwahrung, so wird die Folge die sein, daß sie weit öfters angewandt wird, zumal sich die vermindert Zurechnungsfähigen meist nicht in gleicher Weise geschickt verteidigen können wie die in der Regel gerissenen Berufsverbrecher. Es müssen deshalb auch hier ebenso wie bei der Sicherungsverwahrung objektive Voraussetzungen als Rechtsgarantien gefordert werden. Im übrigen gilt sinngemäß das für die Sicherungsverwahrung Gesagte.

Die Zubilligung so weitgehender Ermessensfreiheit an die Justiz wird vielen nicht leicht fallen. Wenn man sich aber schon entschließt, ihrer Erteilung zuzustimmen, dann muß man aber auch eine Gewähr verlangen, daß durch eine entsprechende Personalpolitik die bestehenden Mängel in der Justiz behoben oder doch wenigstens nach Möglichkeit gemildert werden.

Die „Regia Ambasciata d'Italia" (Königliche italienische Botschaft) versendet an die Berliner Presse eine Mitteilung in italienischer Sprache. Wir sind hier nicht in Südtirol. Die deutsche Presse ist frei. Sie braucht also nur die Mitteilungen zu berücksichtigen, die ihr in deutscher Sprache, oder in der in der internationalen Diplomatie allgemein anerkannten französischen Sprache zugehen. Das gilt ganz besonders für solche Fälle wie den vorliegenden, wo die italienische Regierung im Interesse des infolge des Faschismus schwer leidenden Fremdenverkehrs die Hilfe der deutschen Presse benötigt.

Deutschnationale Verleumder.

Material aus der deutschnationalen Vertriebsstelle.

Die Skrupellosigkeit des Verleumdungsfeldzuges gegen den Volksentscheid zur Fürstenenteignung wurde grell beleuchtet durch eine gegen den verantwortlichen Redakteur des deutschnationalen „Bremer Anzeiger" gerichtete Beleidigungsklage. Das Blatt hatte einen Artikel abgedruckt, in welchem dem Bremer Genossen Karl Behme nachgesagt wird, er habe im Jahre 1916 als damaliger Angestellter des Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Bremen, dafür gesorgt, daß Hunderte von Genossen ins Feld geschickt wurden. Das Mitglied der Sozialdemokratie, Rhein, habe eine Liste über die mißliebigen Genossen, die in den Schützengraben gebracht werden könnten, durchsehen sollen. Er habe auch prompt reagiert und sei dann zum Lohn dafür zum Verwaltungsdirektor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bremen gemacht worden.

Vor Gericht machte der Privatbeklagte nicht den geringsten Versuch, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten, beschränkte sich vielmehr auf die Erklärung, daß er sein Bedauern aussprechen müsse, wenn die behaupteten Tatsachen nicht der Wahrheit entsprechen sollten. Der Artikel sei dem Material entnommen, daß der bürgerlichen Presse zur Zeit des Volksentscheides als „Rüstzeug" betitelt von der deutschnationalen Vertriebsstelle Berlin zugegangen sei, und der Privatbeklagte habe angenommen, daß das, was in diesem „Rüstzeug" mitgeteilt sei, um die Bevölkerung gegen den Volksentscheid einzunehmen, auch der Wahrheit entspreche. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß nicht ein einziges Wort an der von den Deutschnationalen aus kommunistischen Zeitungen entnommenen Schauermär wahr ist. Zwar kam das Gericht nur zu der auffallend geringen Geldstrafe von 25 M und Publikationsbefugnis, stellte aber ausdrücklich fest, daß die Deutschnationalen bei ihrer Fürstenpropaganda das Mittel der Lüge angewandt hätten.

Länder und Reichsfinanzen.

Badens Finanzminister über den Finanzausgleich.

Karlsruhe, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Der badische Finanzminister Dr. Köhler äußerte sich am Montag in dem zuständigen Landesausschuß über die Finanzlage Badens, den Finanzausgleich und die Frage des Unitarismus und Föderalismus. Der Minister bezeichnete die Finanzlage des Landes als ernst. Die Reichssteueranteile sind um 2 Millionen gesteigert worden. Andererseits sei eine ganze Reihe von Mindereinnahmen zu verzeichnen. Der erste Entwurf des Reichsfinanzministers zum Finanzausgleich habe auf die Lebensnotwendigkeiten der Länder und Gemeinden keinerlei Rücksicht genommen. Die bei der Besprechung der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister gewährten Zugeständnisse können nicht befriedigen. Auf die Dauer sei die plumpe Alimentationspolitik für kein Land möglich.

Der dem Zentrum angehörende Minister setzte sich schließlich für einen gesunden Föderalismus ein. Die Ueberweisungen, besonders aus denjenigen Steuern, die früher den Ländern zustanden, müßten nach Artikel der Reichsverfassung in einer Höhe erfolgen, die noch ein eigenstaatliches Leben gestattet. Notwendig sei eine baldige Klärung über die Verteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden und eine entsprechende Verteilung der Steuerquellen. Klarheit sei nötig über die Frage, ob einheitsstaatliches oder bundesstaatliches System, und zwar nur auf dem Wege über die Weimarer Verfassung. In Süddeutschland werde man eifersüchtig darüber wachen, daß die in der Verfassung garantierten Rechte der Länder auch geachtet werden. Das Land Baden, so schloß der Minister, hat nie zu den Reichsverdrossenen gehört und ist gewillt, seine Pflichten auch jetzt loyal zu erfüllen. Es muß aber auch verlangen, daß die finanz- und staatspolitischen Fragen unter Rücksichtnahme auf seine besonderen Verdienste behandelt werden.

Die Kantonregierung ist von Japan anerkannt, so wird aus Tokio inoffiziell gemeldet, und der japanische Botschafter in Peking werde nächstens die Kantonregierung besuchen.

Ein Mahnruf in letzter Stunde.

Der Kunstbesitz der Schlösser und der preußische Staat.

Durch den Briefwechsel, der im Anschluß an die Vermögensauseinandersetzung des preußischen Staates mit der Hohenzollernfamilie zwischen dem Finanzminister Höpker-Aschoff und dem Leiter des Kaiser-Friedrich-Museums Wilhelm Bode über den Kunstbesitz der ehemals königlichen Schlösser stattgefunden hat, ist die Oeffentlichkeit in hohem Grade beunruhigt worden. Wir folgen einem Gebot der Pflicht, wenn wir, ohne auf die Einzelheiten des von uns veröffentlichten Briefwechsels einzugehen, den Kernpunkt der Sache, der dadurch zutage getreten ist, hier einmal klar zur Sprache bringen, nämlich die Tatsache, daß weder den staatlichen Fachleuten, noch dem Landtag vor dem Vertragsabschluß und darnach zur Kenntnis gebracht worden ist, was aus dem alten Kunstbesitz der Schlösser dem Hohenzollernhause seit der Staatsumwälzung zugefallen ist und noch zufallen soll.

Außer den im Vertrage namhaft gemachten 19 Kunstwerken, die der Hohenzollernfamilie zugesprochen worden sind und auf Verlangen des Staates gegen ein von Sachverständigen bestimmtes Entgelt diesem übertragen beziehungsweise kraft des Vorkaufsrechtes zurückerworben werden können, ist eine erhebliche Zahl hervorragender Werke aus dem alten Schloßbesitz den Hohenzollern ausgeliefert worden. Es ist zwar in der dem Landtag vorgelegten Fassung des Vertrages von einem „besonderen Verzeichnis" abzugebender Kunstwerke die Rede, aber dieses Verzeichnis selbst ist dem Landtage bis heute vorenthalten worden.

Eine Reihe von Vorgängen, wie die teilweise schon im Herbst des vorigen Jahres erfolgte Entfernung von Bildern aus dem Neuen Palais, die gleichfalls vor Abschluß des Vertrages bewirkte Ueberführung anderer Stücke in das Palais Wilhelms I., mit dem sie vertragsgemäß am 1. November den Hohenzollern zufallen mußten, das Auftauchen eines Landschaftsbildes des Niederländers Hobbema aus Schloßbesitz im Kunsthandel, endlich die Feststellung, daß eine größere Anzahl von französischen Gemälden aus den Sammlungen Friedrichs II. sich in Doorn befindet, mußten bei den Kennern die Befürchtung erwecken, daß die Absicht bestand, eine Ueberprüfung der endgültig zur Abgabe kommenden Kunstwerke aus den Schlössern durch die berufenen staatlichen Sachverständigen zu umgehen. Bode, als der anerkannte Fachmann, als der größte Kenner von internationalem Ruf, versuchte in letzter Stunde durch dankenswerte Vermittlung des Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Dr. Drews eine Fühlungnahme mit dem die Kronverwaltung leitenden Ministerialdirektor Ernthropel im Finanzministerium herbeizuführen, um eine Hinzuziehung der Museumspraktiker zu den Teilungsverhandlungen zu erwirken.

Nachdem das fehlgeschlagen war, richtete er durch den aus den angesehensten Berliner Kunstfreunden bestehenden Kaiser-Friedrich-Museums-Verein an den Finanzminister selbst die Bitte, ihn und seine Mitarbeiter vor den entscheidender Abmachungen zu Rate zu ziehen. Auf den abschlägigen Bescheid hin tat Bode einen neuen persönlichen Schritt in dieser Richtung, der wiederum mit einer Absage beantwortet wurde, diesmal mit der Begründung, da Bode während der Vorverhandlungen dem Hohenzollernhause von einem seitens des Finanzministeriums beabsichtigten Tausch in einem Falle abgeraten und dadurch den Interessen der Staatsverwaltung entgegengewirkt habe, so hätten gegen seine Mitwirkung an den abschließenden Verhandlungen Bedenken vorgelegen.

Mag Bode in diesem Falle, wie ihm dies häufig beim temperamentvollen Eintreten für seine Sache begegnet ist — denn auch hier handelte es sich in Wirklichkeit um das Interesse der Bode unterstellten Sammlungen — einen formalen Fehler begangen haben: eine Wirksamkeit gegen den Staat wird Bode niemand vorwerfen, der seine 55jährige Tätigkeit im Dienste des Gemeinwohls kennt. Schon der Umstand beleuchtet den wirklichen Sachverhalt, daß Bode nach der Staatsumwälzung mit aller Schärfe den beispielsweise von dem Ministerialdirektor der Kunstverwaltung im Kultusministerium, Rentwig, behaupteten Rechtsansprüchen des Hohenzollernhauses auf die Sammlung Solly, den Grundstock des Kaiser-Friedrich-Museums, aufs schärfste entgegengetreten ist.

Während das Kultusministerium nach der Staatsumwälzung mit sicherem Instinkt Bode in seinen Aemtern als Generaldirektor der Staatsmuseen bestätigte, glaubte das Finanzministerium, dem aus finanztechnischen Gründen die verwaisten Schlösser unterstellt wurden, Bode und die erfahrenen Praktiker der Museen von deren Bearbeitung ausschließen zu müssen. Es übertrug die Verwaltung der Schlösser einem jungen theoretischen Kunstgelehrten Dr. Hübner, der zur Bewältigung dieser äußerst schwierigen Aufgabe nicht die erforderliche Sachkenntnis und Erfahrung besaß. Aber daß Herr Dr. Hübner auch in anderer Hinsicht ungeeignet war, eine organische und dem Besten des neuen Staates dienende Scheidung des ehemals königlichen Kunstbesitzes durchzuführen, beweist die schnelle politische Wandlung dieses „Republikaners", der sich — offenbar nicht ohne Einfluß seiner mittlerweile erfolgten engen Fühlungnahme mit dem intimsten Freundeskreise der vormaligen Kronprinzessin — inzwischen soweit fort entwickelt hat, daß er, der Beamte der Republik, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 31. Oktober 1926, am Vorabend der Durchführung des Abfindungsgesetzes, unter dem Titel „Kunstwerke der Hohenzollern" geradezu und öffentlich den alten Kunstbesitz der Schlösser als Privateigentum der Hohenzollern deklariert, während selbst rechtsgerichtete Kreise zugeben, daß die Rechtsansprüche auf die beispielsweise von Friedrich II. erworbenen französischen Kunstwerke mindestens zweifelhaft sind.

Wir erheben die Forderung, daß unverzüglich und unter Hinzuziehung der in Frage kommenden Spezialisten der Museen, insbesondere unter Mitwirkung derjenigen Sachverständigen, die die Schlösser vor der Staatsumwälzung kennen zu lernen Gelegenheit hatten, eine Ueberprüfung der der Hohenzollernfamilie seit der Staatsumwälzung überwiesenen und der noch zu überweisenden Kunstwerke aus den Schlössern unter parlamentarischer Oberaufsicht stattfinde. Die unersetzliche Erfahrung Bodes muß auf irgend eine Weise diese Arbeit unterstützen. Die Mitwirkung der Sachverständigen ist auch notwendig, um die Gefahr zu verringern, daß das auf einen Teil der Kunstwerke anzuwendende Vorkaufsrecht des Staates zu einer den Staat schädigenden Preistreibung durch Wettbewerb des Handels führt.

Der Meineckesche Männerchor unter der Direktion von V. A. Joseph konzertierte in der Hochschule gestern mit sehr schönem Erfolg. Ein originelles Programm und präzise, energische Ausführung interessierte die zahlreiche Hörerschaft bis zu den letzten Zugaben. Chöre, wie das herrliche, kunstvolle „Hoch empor" Franz Curtis, die beiden ungarischen Volkslieder „Auf den Fluten des Balaton" und das unsagbar schöne von L. Sauer genial bearbeitete „Hinterm Dorfe fließt der Samos", der „Verzauberte Wald" von V. A. Joseph, das lustige Walzerlied (mit Klavierbegleitung) Lorzings und schließlich ein alter, lieber Koszat sind nicht jeden Tag zu hören. Dazu der große Zug, der rhythmische Nerv, die übersichtliche und festgeformte Plastik in der Textbehandlung und das Feingefühl der Charakterisierung in der Wiedergabe! Bei einzelnen größeren Aufgaben (u. a. der bekannten „Maienzeit" von Julius Ritz) vermißte man vielleicht da und dort eine subtilere technische Trainierung, namentlich der Tenöre und eine weiter ausholende Musikalität. Aber das Gute überwiegt weitaus, und V. A. Joseph darf auf seinen Chor stolz sein. Die Solocinlagen des bekannten, wohl populärsten Cellovirtuosen Armin Liebermann waren von feinster Auswahl und von gewohnter Meisterschaft in der Ausführung.

h. m.

Empire und Biedermeier. Georg Hermann, der seine verständnisvolle Liebe für das Biedermeier in seinen Werken ausgiebig dokumentiert hat, bewies in einem Vortrag der Lessing-Hochschule im Mommsen-Gymnasium, daß auch der Uebergangskunst des Empire sein Herz nicht verschlossen ist. Hermann, der eine sehr gründliche Kenntnis dieser Epoche entwickelte, fesselte die Hörer vor allem durch sein liebevolles Eingehen auf die Eigenart und die künstlerischen und kulturellen Motive dieser scheinbar entgegengesetzten Zeitabschnitte. Er zeigte, wie das Empire im Vergleich zum Barock und Rokoko schon in der Kunst wie in der Lebensführung eine starke Vereinfachung bedeutete, die einer neuen Kultur entsprang. Die Militäraristokratie des napoleonischen Frankreich, in Deutschland die Norddeutschen, die sich nicht erst wie die Süddeutschen von den Traditionen der voraufgegangenen Kunstepochen lösen mußten, und die Emigranten mit ihrer wurzellos gewordenen Kultur waren die Träger dieser Kunstrichtung. Damit ist aber das Empire schon der Vorläufer des Biedermeier, indem die einstigen Stützen der Kunst und der Kultur, die Kirchen und der alte Adel, völlig abgelöst wurden vom Bürgertum. Hermann gab dann einen lebendigen Einblick in das Biedermeier und zeigte am Schluß seines Vortrages in Lichtbildern Architektur, Skulpturen, Gemälde und Innenräume beider Epochen in einer knappen, doch außerordentlich glücklichen Auswahl.

Sch.

In der Juryfreien Kunstschau Berlin, die im Frühjahr 1927 im Staatlichen Landesausstellungsgebäude stattfindet, werden wieder wie bisher eine Anzahl Sonderausstellungen sein von in Berlin wenig bekannten oder unbekannten jungen Künstlern, darunter besonders rheinische und Schweizer Künstler. — Wie bereits gemeldet, wird eine Abteilung „Kirchliche Kunst" zeigen und zwar in Form einer musealen Kirche, mit evangelischen, katholischen und israelitischen Kultsräumen.

Ein Chopindenkmal in Warschau wurde Sonntag feierlich enthüllt. Die zu den Feierlichkeiten aus dem Ausland geladenen Gäste legten am Fuße des Denkmals Kränze nieder, im Namen der deutschen Musik Dr. Weismann-Berlin und der Rektor der Stuttgarter Musikhochschule Prof. Kämpf, im Namen Oesterreichs der Rektor der Wiener Musikhochschule Prof. Marx

Kabinett Poincaré gefährdet?

Infolge einer provokatorischen Rede Marins.

Paris, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Rede, die der Pensionsminister Marin am Sonnabend beim Bankett der republikanischen Föderation gehalten hat und in der der frühere Chef des Nationalen Blocks die Linksparteien in unerhörter Weise angriff und verleumdete, hat in der gesamten Linkspresse eine Wirkung gehabt, die dem Poincaréschen Kabinett der „nationalen Einheit" gefährlich werden könnte. Abgesehen davon, daß Marin durch die Rede völlig grundlos den Burgfrieden der Parteien brach, den Poincaré noch am Freitag in der Kammer als die erste Bedingung der Fortsetzung seiner Finanzpolitik hinstellte, hat Marin über die Finanzpolitik des Linkskartells bis zum Regierungsantritt Poincarés Dinge geäußert, die auch durch die angeregte Bankettstimmung nicht entschuldigt werden können. Um so weniger, als Herriot und Poincaré, die neben anderen für solche Finanzpolitik verantwortlich gezeichnet haben, mit ihm heute im Kabinett sitzen. Die Rede war also ebenso taktlos wie politisch unklug.

In hiesigen politischen Kreisen rechnet man deshalb mit einer scharfen Stellungnahme der Radikalsozialistischen Partei gegen Marin. Das Exekutivkomitee der Partei ist für Mittwoch einberufen, um zu prüfen, ob unter solchen Umständen ein weiteres Verbleiben Herriots und der anderen radikalen Minister im Kabinett Poincaré neben Marin noch möglich ist. Falls das Komitee sich gegen eine weitere Zusammenarbeit aussprechen sollte, so stände Frankreich plötzlich dank dem politischen Ungeschick des Führers der parlamentarischen Reaktion vor einer Ministerkrisis.

Gegen Pilsudskis Presseschlingen.

Ein Gesetzentwurf des Sejm.

Warschau, 15. November. (WTB.) Der Rechtsausschuß des polnischen Landtags beriet über den vorgestern von der überwiegenden Mehrzahl der Parteien des polnischen Landtags eingebrachten Dringlichkeitsantrag, das umstrittene Pressedekret durch ein eigenes Gesetz zu annullieren. Der eingebrachte Entwurf wurde vom Ausschuß in zweiter und dritter Lesung unverändert und einstimmig angenommen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß das Dekret die bisher gültigen Pressevorschriften stark verschlechtere und nicht nur der Willkür der Verwaltungsbehörden freie Bahn lasse, sondern auch im Widerspruch zur Verfassung stehe. Allgemein fiel es auf, daß die Regierung, abweichend von der bisherigen Gepflogenheit, keinen Vertreter in den Ausschuß entsandt hatte. Die Regierung steht nämlich auf dem Standpunkt, daß der Sejm sich mit einer Verordnung des Staatspräsidenten erst befassen dürfe, wenn sie ihm amtlich zur Kenntnis gebracht worden ist. Verfassungsmäßig muß das 14 Tage nach Erlaß der Verordnung erfolgen. In Sejmkreisen steht man auf dem Standpunkt, daß diese Bestimmung die der Volksvertretung zufallende gesetzgeberische Initiative keinesfalls einschränken dürfe. Der Konflikt kann sich zu einer Machtprobe zwischen Regierung und Volksvertretung entwickeln.

Russisch-türkische Brüderschaft.

In Odessa geschlossen.

Ueber die Besprechung von Odessa ist das diplomatenübliche inhaltlose Kommuniqué verbreitet worden. Außerdem erklärte der türkische Außenminister Tewfik Ruschdi der Sowjet-Agentur folgendes: Es ist nicht genug, die Beziehungen zwischen beiden Ländern als freundlich zu charakterisieren, ich möchte sie brüderlich nennen. Unser Zusammentreffen wird eine neue Befestigung der Beziehungen zwischen der Türkei und Sowjet-Rußland zur Folge haben. Es kann keine Rede davon sein, daß in der gegenwärtigen Außenpolitik der Türkei irgendwelche prinzipiellen Aenderungen eintreten. Die Türkei ist bereit, zu allen Ländern freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, sie gibt aber den westlichen Mächten gegenüber denen des Ostens keinen Vorzug.

Rundfunkzensur in England.

Kritik des Verbots des Vortrags eines Deutschen.

London, 15. November. (WTB.) Im Verlauf der Unterhausdebatte über die Ergänzung des Voranschlags für die Rundfunkkorporation in Höhe von 295 000 Pfund, die zum Schluß der Debatte ohne Abstimmung genehmigt wurden, wies der Arbeiterabgeordnete Ammon, der die Frage der Nichtverbreitung von strittigen Gegenständen durch den Rundfunk behandelte, darauf hin, daß die Rede eines hervorragenden Deutschen (gemeint ist Dr. Ernst Deißmann) über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, die durch Rundfunk verbreitet werden sollte, durch den Generalpostmeister nicht zugelassen worden sei, trotzdem das Manuskript durch die britische Rundfunkgesellschaft gebilligt worden war. Ammon sagte, das untersagte Thema sei von allererster Bedeutung und würde das internationale Einvernehmen gefördert haben.

Der Vertreter des Generalpostmeisters Viscount Wolmer, der für die Regierung antwortete, erklärte, er habe den Vortrag gelesen. Es stimme, daß er möglicherweise nichts enthalte, wogegen er persönlich Einwendungen erheben würde. Aber er enthält Stellen, gegen die viele Leute Einwendungen erheben würden. Der Vortrag enthalte eine Verteidigung Deutschlands und werfe Fragen auf, die seiner Ansicht nach in gewissen Kreisen eine Verstimmung verursachen würden.

Die katalonischen Verschwörer.

In Paris eingeliefert. — Vor neuen Sensationen?

Paris, 15. November. (Eig. Drahtber.) Am Montag sind 26 der katalonischen Verschwörer, darunter zwanzig Spanier und sechs Italiener, in Paris eingetroffen und sofort in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Sie haben am Bahnhof Journalisten gegenüber protestiert, daß sie in einem Teil der Presse als Kommunisten oder Anarchisten hingestellt wurden. Sie seien keines von beiden, sondern nur Verfechter der katalonischen Unabhängigkeit.

Die Prüfung der verschiedenen bei Garibaldi aufgefundenen Dokumente läßt den Abendblättern zufolge keinen Zweifel darüber, daß er in enger Verbindung mit dem Komplott stand und er es war, der die italienische Regierung über dasselbe unterrichtete. Diese sandte darauf einen faschistischen Emissär zu Primo de Rivera, um ihn in Kenntnis zu setzen. Der spanische Diktator hat darauf sofort an der Grenze scharfe Abwehrmaßnahmen getroffen, und die Verschwörer können von Glück sagen, daß sie auf französischem Boden festgenommen wurden. Aus den Dokumenten soll weiter hervorgehen, daß der faschistische Bote, der Primo de Rivera benachrichtigte, auf der Heimreise getötet worden ist. Dem „Paris Soir" zufolge muß man sich noch auf andere sensationelle Enthüllungen aus den Dokumenten gefaßt machen.

Das Programm des trockenen Putsches

Die Zentrale bei Oskar von Hohenzollern.

Nachdem der Kapitän Ehrhardt mit dem Rüstzeug des „Stahlhelm" sich auf den gegenwärtigen Staat umgestellt hat und für seine Umkehr eine lebhafte öffentliche Propaganda entfaltet, ist es sehr zeitgemäß, daß unser Münchener Parteiblatt das bisher unbekannt gebliebene Aktionsprogramm Ehrhardts veröffentlicht, mit dem dieser Landsknecht und Rebell im Oktober und November 1923 von Bayern aus unter den Fittichen Kahrs und mit bayerischen Staatsgeldern den Umsturz durchführen wollte. Die wichtigsten Teile dieses „Programms in Schlagworten" sind Teil II, III und IV, von denen II die Randbemerkung „offiziell zu tun!" und III die Randbemerkung „offiziös zu tun!" trägt.

Teil II.

„Endlich aktive Lösung der deutschen Frage — Veteranenfrage Parlament aufwerfen lassen — Mißtrauensvotum ignorieren (es kommt dann nämlich keines).

Kompromiß mit Knilling und Parteibonzen (mit letzteren öffentliche Kompromisse!) ablehnen.

Knilling unter Gefecht setzen. Presse der Bayerischen Volkspartei hinter sich zwingen durch scharfe Pressezensur. Ihr Angriffsrichtung gegen Hitler geben.

Kahr sich bewaffnete Macht schaffen: a) RW. (Reichswehr), die noch frisch verpflichtet, schwarzweißrote Kokarden geben. b) Bezirksämter zu sofortiger Förderung der hinter Kahr stehenden Verbände anweisen. c) Diese Verbände aufrufen unter Firma Grenzschutz. d) In öffentlicher Erklärung an die Polizei und Verwaltungsbehörden Kahr festlegen, daß er mit seiner Macht hinter diesen Verbänden und ihren Zielen steht. e) Große Propaganda durch Pressechef, durch Aufruf an das deutsche Volk — an den deutschen Bauern, an die deutsche Reichswehr — im Aufruf sich festlegen, daß Bayern gewillt ist, die deutsche Frage aktiv zu lösen. Redner bezahlen, die Obiges in Versammlungen vermitteln (völkisch-christlich). Bayern gegen den Weimarer-Berliner Zentralismus! Durch Flugzeuge und durch Presse Extrablätter versenden nach Norddeutschland; Postbezieher (der „MAA.", „MNN." usw.)! gemäß der beim WK. VII erhältlichen Rangliste an alle deutschen RW.-Offiziere; außerdem stellen wir unsere Organisation zur Verfügung einschließlich Organisation Claß, Landbund usw.

Kupprecht zur Ansprache an bayerische Offiziere veranlassen. Inhalt: Ich weiß, daß jetzt keine monarchische Frage besteht — ich will sie auch nicht, — ich befehle aber an bayerische Offiziere und Soldaten, aktiv mitzuhelfen an der Lösung der deutschen Frage. Ich hoffe das auch von den Offizieren und Soldaten der ruhmreichen alten preußischen Armee. Gleiches Kupprecht vor Bauernorganisation."

Teil III.

„Bayerische Division darf nicht bayerische Verbände zerschlagen wollen. Kahr braucht den Sturmtrupp der vaterländischen Kampftruppen, also uns, um sich vor Faits accomplis (fertige Tatsachen) stellen zu lassen, die er sich wünscht, und dazu sind wir bereit — erwarten aber, daß er II durchführt — uns aufruft in unserer ganzen Stärke und uns auch militärisch nicht hängen läßt, sondern von Fall zu Fall hinter uns stellt (er schafft sich ja jeden Fall durch uns selbst — mehr wollen wir nicht!) — Ziel!!!

Geld schaffen, Truppen oder Gelder leihen oder beschlagnahmen.

Bei Mißtrauensvotum Landtag zwecks Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die durch Austrag der politischen Meinungsverschiedenheiten im gegenwärtigen Zeitpunkt gefährdet wird, vertagen — offizielle Feststellung, daß nur der Generalstaatskommissar zu befehlen, verordnen usw. hat und daß Regierung bis zur Wiederherstellung geordneter Zustände lediglich Verwaltungstätigkeit ausübt — Pressezensur. KPD. (auch SPD.?), da staatsgefährlich verfolgen und bei schweren Strafen verbieten.... **Bayerische Reichswehr zur Waffen-, Munitions- und Materialabgabe an die unter der Firma Notpolizei und Grenzschutz aufgebotenen Verbände veranlassen.** Bayerische Reichswehr fällt ja nie in dem Maße, als sie schwarze Waffen, Ausrüstung usw. besitzt, auf, denn die Leute von uns bleiben bei uns. Passiven Widerstand (tatsächlichen Erfolg, siehe Ruhr!) — verlassen — offensiv werden — Reichswehr und evtl. Sipo kann dazu aber nur in zweiter Linie verwendet werden...."

Teil IV.

„Sicherheiten unsererseits: Daß wir dann Kahrs Sturmtrupp machen können, ist klar, er braucht nur II und III machen. **Daß Wirkung von Brigade im Reich erfolgt, ist sichergestellt — acht Diktaturbezirke, Funktionsunfähigkeit der Reichsregierungsstellen wird sichergestellt.** — Angriff bleibt inoffiziell. Bayerns Einmarsch mit Sipo und RW. ist immer berechtigt mit Befreien bayerischer Nordgrenze von sozialistischem Druck. Weiter braucht Kahr offiziell nicht gehen — Weitergehen ist nur offiziös — bis wir Sieg haben — dann wieder offiziell, alles auf Kahrs Kappe."

Das Ehrhardt-Programm — so bemerkt hierzu die „Münchener Post" — beweist wieder, daß Kahr, obgleich er sich für den größten Staatsmann Deutschlands gehalten haben mag, nicht die Zentralstelle des trockenen Putsches gewesen ist. Diese heute noch bestehende und wirksame Zentralstelle ist in Kreisen um den preußischen General v. Below und den Prinzen Oskar von Hohenzollern zu suchen. Dort ist die „illegale militärische Leitung".

Attentatspsychose.

Rom, 15. November. (WTB.) In Triest wurde heute vormittag der 20jährige Handelsschüler Claudio Botteri auf dem Wege zur Schule auf der Straße überfallen und erstochen. Der Attentäter wurde, als er einen zweiten Stich gegen Botteri führen wollte, von einem Milizsoldaten festgehalten, dem er zwei Stiche versetzte, einen davon in die Brust. Die Passanten überwältigten schließlich den Messerhelden. Auf der Polizei wurde er als der 43 Jahre alte Tapezierer Mario Abel erkannt, der seit langer Zeit an Verfolgungswahn litt. Heute früh war es ihm auf dem Wege zum Spital gelungen, seinen Angehörigen zu entweichen und das Messer zu kaufen. Er erklärte, den Handelsschüler angefallen zu haben, weil er dessen Schulbücher für Bomben hielt.

Notregelung.

Arbeitsschutzgesetz und Verkürzung der Arbeitszeit.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich bereit erklärt, die von den Gewerkschaften aller Richtungen ausgearbeiteten Vorschläge für ein Initiativgesetz zur Verkürzung der Arbeitszeit mit allem Nachdruck zu vertreten. Es wird die Aufgabe der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sein, deren Führer dem Zentrum und den Demokraten angehören, diese Parteien für die gemeinsame Forderung zu gewinnen, damit eine baldige parlamentarische Beratung erfolgen kann.

Es handelt sich bei der geforderten Notregelung nicht um ein vollkommen neues Arbeitszeitgesetz, sondern um die Aufhebung all jener Vorschriften, die in so weitem Umfange erhebliche Ueberschreitungen des Achtstundentages zulassen. Die geltende Verordnung über die Arbeitszeit bestimmt zwar, daß die regelmäßige werktätige Arbeitszeit, ausschließlich der Pausen, die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf, läßt jedoch auf dem Wege des Tarifvertrages oder der behördlichen Genehmigung eine regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit bis zu zehn Stunden täglich zu. Nur in einem sehr bescheidenen Umfange darf für besonders gefährdete Arbeiterkategorien von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht werden.

In Zukunft soll es nach den Vorschlägen der Gewerkschaften nicht mehr möglich sein, durch Tarifvertrag oder behördliche Genehmigung diese Verlängerung der Arbeitszeit zuzulassen. Dieses Ziel wird erreicht, wenn die Paragraphen 5 und 6 der geltenden Arbeitszeitverordnung gestrichen werden. Dann ist es auch nicht mehr möglich, durch Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen den Arbeitern und Angestellten eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit aufzuzwingen.

Es soll ferner die Bestimmung gestrichen werden, die dem Arbeitgeber nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung gestattet, an dreißig Tagen im Jahre Mehrarbeit bis zu zwei Stunden zu vereinbaren.

Soweit sonst noch die geltende Arbeitszeitregelung in besonderen Fällen Abweichungen vom Achtstundentag zuläßt, ist ihre tarifvertragliche Regelung vorzuschreiben.

Die Durchführung dieser Vorschläge ist das einzig wirksame Mittel zur Beseitigung der Mißstände auf dem Gebiete der Ueberstunden, die auch die Reichsregierung bei der Besprechung mit den Gewerkschaften zugeben mußte. Verschärft werden diese Mißstände durch die Straffreiheit des Arbeitgebers bei Duldung oder Annahme der sogenannten freiwilligen Mehrarbeit. Deshalb sieht der Entwurf der Gewerkschaften auch die Streichung dieser Bestimmung vor; er fordert ferner die sofortige Aufhebung der Bestimmungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die eine längere Arbeitszeit vorsehen.

So beschränkt sich der von den Gewerkschaften ausgearbeitete Entwurf eines Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit auf die vordringlichsten Fragen, um eine beschleunigte Regelung zu ermöglichen. Deshalb kann keine Rede davon sein, die Angelegenheit bis zum Arbeitsschutzgesetz zu vertagen. Es würde bedeuten, den gegenwärtigen unerträglichen Zustand noch jahrelang beizubehalten. Alle Versprechungen und Ankündigungen, daß der Reichstag bald Gelegenheit bekommen würde, sich mit dem Regierungsentwurf zu beschäftigen, haben sich in blauen Dunst aufgelöst. In dieser Beziehung erinnert das Arbeitsschutzgesetz lebhaft an die Entstehung des Gesetzentwurfs über eine Arbeitslosenversicherung. Auch hier seit Jahren Ankündigungen über die baldige Einbringung, und noch immer wartet der Reichstag vergeblich darauf. Die Reichsregierung hat sogar für die Beratungen im Reichsrat zu ihrem eigenen Gesetzentwurf zahlreiche Abänderungsanträge gestellt. Es ist nicht anzunehmen, daß dadurch die Verabschiedung wesentlich beschleunigt wird.

Dem Arbeitsschutzgesetz steht aber dieser lange Leidensweg erst noch bevor. Nach den bisherigen Erfahrungen werden die Beratungen im Reichswirtschaftsrat und Reichsrat erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Wir haben einen Vorgeschmack über die Gründlichkeit der Beratungen bei Behandlung der Ausführungsvorschriften zu § 7 der geltenden Arbeitszeitverordnung erhalten. Hier handelte es sich um die Frage eines weitergehenden Schutzes für Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten. Eine Teilfrage aus der allgemeinen Arbeitszeitfrage. Das Arbeitsschutzgesetz umfaßt jedoch nicht nur die Arbeitszeitfrage; es behandelt außerdem: Betriebsgefahren, Kinderarbeit, Sonntagsruhe, Ladenschluß und Arbeitsaufsicht. So erwachsen schon aus dem Umfang der zu regelnden Materie Schwierigkeiten.

Das von den Gewerkschaften geforderte Notgesetz nimmt eine Teilfrage vorweg und erleichtert damit auch wesentlich die Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat nach einer Darstellung von Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, in der „Internationalen Rundschau der Arbeit" bei der Eröffnungsfeier des neuen Verwaltungsgebäudes erklärt, daß der Reichstag sich noch in diesem Herbste mit dem Arbeitsschutzgesetz beschäftigen werde. Der französische Arbeitsminister wurde ermächtigt, von dieser Erklärung öffentlich Gebrauch zu machen. Das Notgesetz wäre auch für den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Gelegenheit, sein Versprechen in die Tat umzusetzen.

Um den „Vorwärts".

Eine Sensation der „Roten Fahne" und die Wahrheit.

Am letzten Sonntag veröffentlichte die „Rote Fahne" die Photographie eines Schreibens unseres Verlags. Das Schreiben war an Abonnenten des „Vorwärts" gerichtet, die aus Verärgerung über die Haltung der Landtagsfraktion beim Hohenzollernvergleich unser Blatt abbestellt hatten, und setzte ihnen auseinander, wie falsch ein solches Verhalten sei.

Die „Rote Fahne" behauptet, dieses Schreiben hätte „in einer Massenauflage" verschickt werden müssen. Wir können feststellen, daß es in 93 (dreiundneunzig) Exemplaren verbreitet worden ist — was allerdings in den Augen der „Roten Fahne" eine „Massenauflage" sein mag — und daß es in einem großen Teil der Fälle Erfolg gehabt hat. Zahlreiche Empfänger jenes Schreibens haben den „Vorwärts" schon wieder bestellt, von den anderen hoffen wir, daß sie am 1. Dezember folgen werden. Auf den einen oder mit dem Brief zur „Roten Fahne" gelaufen ist, können wir verzichten.

Der Kampf um den Arbeitstag.

Sechzigstundenwoche des internationalen Unternehmertums.

Die deutsche Arbeiterschaft tut gut daran, nunmehr nach der Aussprache der Reichsregierung mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Arbeitszeitfrage den Helm zum Sturm fester zu binden. Sträflicher Leichtsinn wäre es, wollte jemand sich auf die vagen Andeutungen des Reichsarbeitsministers, daß gewisse Verbesserungen in der Arbeitszeitdauer notwendig seien, verlassen. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit muß jetzt erst recht mit voller Kraft und auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Schon ist Gefahr im Verzug, daß sich, wie schon so oft, das internationale Unternehmertum in der Arbeitszeitfrage wieder einmal gegenseitig in die Hände arbeitet. Unter der Führung Englands rüstet bereits die internationale Arbeitgeberschaft zu einem neuen Vorstoß gegen die Arbeitszeitverkürzung.

In dem holländischen Blatt „Telegraaf" schreibt z. B. dieser Tage der englische Nationalökonom Prof. Keynes einen langen Artikel über „Die vernichtende Auswirkung der kürzeren Arbeitszeit", wobei er die englische und japanische Textilindustrie einander gegenüberstellt, um

die langen Arbeitszeiten in der japanischen Textilindustrie als vorbildlich

hervorzuheben. Keynes berechnet, daß seit 1920, wo der verkürzte Arbeitstag in den englischen Textilbetrieben eingeführt wurde, die Arbeitsunkosten sich bedeutend erhöht hätten. Da auch nach Wiederherstellung der Goldwährung die Löhne nicht herabgesetzt worden seien, lasteten die Unkosten demzufolge heute um 10 Prozent schwerer als vor dem Kriege auf den Betrieben. Japan habe im ersten Halbjahr 1926 zum erstenmal in der modernen Wirtschaftsgeschichte eine größere Menge Rohkattun als Großbritannien verbrauchen können. Gleichwohl sei die Zahl der Spindeln in Großbritannien zehnmal so groß als in Japan, so daß die gleiche Sorte Spindeln 4½ bis 5 mal soviel Kattun produzierten als in Großbritannien. Dies sei nur möglich, weil die japanische Textilindustrie noch bis Mai 1923 in zwei Wochenschichten zu je 66 Stunden und seitdem zu je **60 Stunden** arbeite. Dazu komme der wesentlich niedrigere Lohn des japanischen Arbeiters. Der japanische Textilarbeiter verdiene durchschnittlich nur ein Pfund Sterling die Woche. Die gleichen Nachteile der verkürzten Arbeitszeit zeigten sich in Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei. Da Keynes ohnehin mit weichenden Baumwollpreisen rechnet, spricht er sich für die

sofortige Beseitigung der verkürzten Arbeitszeit

aus. Keynes vergißt, daß die japanische Textilindustrie technisch stark im Rückstand ist. Sie kann sich diese Rückständigkeit noch erlauben infolge der äußerst lückenhaften gewerkschaftlichen Organisation in Japan. In Europa besteht die Möglichkeit durchgreifender technischer Verbesserungen, die den mit der Beseitigung der „Knochenarbeit" verbundenen Ausfall mehr als ausgleichen kann.

Keynes Artikel, der durch einen großen Teil der westeuropäischen Handelspresse läuft, muß für die deutsche Arbeiterschaft ein Ansporn sein, mit verdoppelter und verdreifachter Energie den Kampf

für das Notgesetz

zur Wiederherstellung des Achtstundentages und zur Beseitigung des Ueberstundenwesens zu führen. Es ist kein Geheimnis, daß die tatsächliche Arbeitszeit und das Arbeitstempo in Deutschland im Durchschnitt größer sind als in England, das deshalb argwöhnisch nicht nur auf die überseeischen, sondern auch auf die europäischen Konkurrenten mit längerer Arbeitszeit blickt. Keynes' Artikel kommt nicht von ungefähr.

Nach dem englischen Bergarbeiterstreik wird man sich auf manche Ueberraschung durch das englische Unternehmertum gefaßt machen müssen. Je schneller und gründlicher daher in Deutschland im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Arbeitszeit verkürzt wird, desto sicherer wird zu gleicher Zeit dem internationalen Scharfmachertum die Waffe aus der Hand geschlagen und der offensichtlich geplante neue Vorstoß gegen die Forderung auf internationale Arbeitszeitregelung und Arbeitszeitverkürzung pariert.

Ist das Bauarbeiterschutz?

Eine „lichtscheue" Firma.

Erst vor einigen Tagen wurde im Preußischen Landtag aus Anlaß der Unglücksfälle auf dem Kraftwerk Rummelsburg auf die ungenügende Bauaufsicht hingewiesen. Tags darauf ereigneten sich fast zu gleicher Zeit die Unfälle auf den Baustellen der Untergrundbahn in der Neander- und in der Münzstraße. Im Augenblick ist noch nicht ganz zweifelsfrei geklärt, wen das Verschulden an diesen beiden Unfällen trifft. Wie aber selbst bei vielleicht harmlosen, aber um so selbstverständlicheren Dingen die Unfallverhütungsvorschriften und die Bestimmungen der Gewerbeordnung mißachtet werden, zeigt folgender, kaum glaublicher Vorfall:

Die Firma Holzmann weigert sich, auf ihrer Baustelle Schöneberg, Rubensstraße, die Unterkunftsräume der Bauarbeiter zu erleuchten, da sie hierzu nicht verpflichtet sei. Man stelle sich vor, daß der Arbeiter morgens einen noch im Dunkel liegenden Bauplatz betreten muß — der sich doch in einem anderen Zustande befindet als der Parkettfußboden im Arbeitszimmer des Herrn Generaldirektors der Firma Philipp Holzmann A.-G. — und sich dann in stockfinsterer Baubude zur Arbeit umkleiden soll, wenn er sich im Zeitalter der Elektrizität nicht von Hause einen Lichtstumpf oder eine Petroleumfunzel mitbringt. Eine solche Zumutung ist nicht nur ein Skandal allererster Ordnung, sondern verstößt natürlich auch gegen die Schutzbestimmungen.

Nach § 7 der Unfallvorschriften ist der Unternehmer verpflichtet, dem Arbeiter das Betreten von nicht erleuchteten Arbeitsstellen zu untersagen und nach Abschnitt B § 12 derselben Vorschriften ist den Arbeitern ohne besonderen Hinweis auch das Betreten der Arbeitsstellen verboten. Auch der § 120a der Gewerbeordnung fordert ausdrücklich „genügendes Licht" auf den Arbeitsstellen. Zur Arbeitsstelle gehört auch der Umkleideraum.

Das muß der Firma sowohl als auch insbesondere dem Bauführer von den Kontrollorganen für den Bauarbeiterschutz nachdrücklichst klargemacht werden.

Mitteldeutsche Agrarierwünsche.

Lohnkürzung, Arbeitszwang, Frauen- und Kinderarbeit.

Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber Mitteldeutschlands halten die Zeit für gekommen, eine großzügige Verschlechterung der sowieso schon reichlich skandalösen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter herbeizuführen. Sie haben deshalb an alle der Mitteldeutschen landwirtschaftlichen Tarifgemeinschaft angeschlossenen Organisationen ein Schreiben folgenden Wortlauts gerichtet:

Vereinigung der l. u. f. Arbeitgeberverbände
für die Provinz Sachsen und Anhalt,
Halle a. d. S., Franckestr. 8 III.

Halle a. d. S., den 13. Oktober 1926.

An die Mitteldeutsche landwirtschaftliche Tarifgemeinschaft.

1. Die überaus schwierige Lage der Landwirtschaft zwingt uns dazu, einen Lohnabbau mit Beginn des Jahres 1927 zu fordern.

2. Die Verringerung des Ausländerkontingents und der damit verbundene Ausfall an brauchbaren landwirtschaftlichen Arbeitskräften, besonders an weiblichen, veranlaßt uns, Sie zu ersuchen, eine Aussprache mit der Arbeitnehmerseite darüber herbeizuführen, durch welche tarifliche Maßnahmen diesem Uebelstande abgeholfen werden kann.

Bevor sich die Arbeitnehmerseite nicht grundsätzlich damit einverstanden erklärt hat, an derartigen Bestimmungen mitzuarbeiten, ohne daß durch die zu treffende Regelung den Betrieben neue Belastungen erwachsen, ist es natürlich sehr schwierig, ins einzelne gehende Vorschläge zu machen. Immerhin steht fest, daß ausländische Wanderarbeiter nur durch mit landwirtschaftlicher Arbeit vertraute deutsche Arbeitskräfte ersetzt werden können, und zwar nur durch solche, die den ganzen Sommer hindurch durchhalten. Infolgedessen sind Maßregeln gegen den Kontraktbruch unerläßlich.

Ferner regen wir an, daß in die Tarife Bestimmungen aufgenommen werden, welche die Werkwohnungsinhaber verpflichten, aus ihrer Familie mindestens eine weitere Arbeitskraft zu stellen, wenn diese vorhanden ist. Gleichzeitig bedürfen die tariflichen Paragraphen, die über Benutzung der Werkwohnungen vereinbart worden sind, einer Ueberprüfung, die ebenfalls im obigen Sinne zutage treten soll. Vielleicht ließe sich das erstrebte Ziel auch dadurch erreichen, daß man demjenigen Werkwohnungsinhaber, der keine Arbeitskraft stellt, nicht den vollen Spitzenlohn gewährt, sondern einen Abzug vornimmt.

Endlich muß die Mitarbeit der Frauen zur Zeit der Arbeitsspitzen sichergestellt sein. Wir möchten hierbei darauf hinweisen, daß der Herr Präsident der Reichsarbeitsverwaltung u. W. die Arbeitnehmerseite mehrfach auf die Mitarbeit der Frauen hingewiesen hat, so daß es nunmehr angezeigt erscheint, die praktische Arbeit in dieser Hinsicht beginnen zu lassen.

Im Auftrage der mitteldeutschen landw. Arbeitgeberverbände
gez. v. Massow.

Dieses Schreiben unterbreiten die landwirtschaftlichen Unternehmer Mitteldeutschlands zu derselben Zeit, wo die Ueberzeugung Allgemeingut geworden ist, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter unbedingt verbessert werden müssen. Ueber die Einstellung der freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter zu den Verschlechterungsbestrebungen kann ein Zweifel nicht bestehen. Sie erheben dagegen schärfsten Protest und erklären, hier Vorschläge vor sich zu haben, die für sie völlig undiskutabel sind.

Jubiläumsfeier der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter feierte am Sonnabend im Saalbau Friedrichshain ihr dreißigjähriges Bestehen. Das Programm des Abends war mit großer Liebe und künstlerischem Geschmack zusammengestellt. Eingeleitet wurde die Feier mit Szenen aus der Frithjofsage, die der Männerchor „Namenlos", die Opernsängerin Mary Ettinger mit Konzertsänger Fred Drissen und dem Berliner Konzertorchester unter Leitung des Kapellmeisters Emil Thilo trefflich zum Vortrag brachten.

Das Ueberschichtenunwesen im Ruhrbergbau.

Doppelschichten „nach Möglichkeit" zu vermeiden.

Dortmund, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Oberbergamt fanden am Montag nochmals Verhandlungen mit den Bergarbeiterorganisationen über die Frage der Ueberschichten im Ruhrbergbau statt. Es handelt sich um die Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der in Frage kommenden Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung. Das Oberbergamt hatte sich wegen der Auslegung an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe gewandt, der wieder das Reichsarbeitsministerium um Stellungnahme gebeten hatte. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurden jetzt vom Oberbergamt an die Zechen strenge Durchführungsbestimmungen erlassen, die die Frage der Ueber- und Nebenschichten regeln. Die getroffene Anordnung stützt sich auf die §§ 196 und 197 des Allgemeinen Berggesetzes in Verbindung mit § 9 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923, sowie auf ein Urteil des Gesundheitsbeirats. Nach Ansicht dieses Gesundheitsbeirats sind Nebenschichten, falls sie in der Regel höchstens einmal in der Woche, und zwar vor einem Feiertage verfahren werden, noch nicht als gesundheitsschädlich anzusehen, desgleichen Ueberschichten, wenn sie zweimal in der Woche mit einer Dauer von nicht mehr als 4 Stunden eingelegt werden. Die achtstündigen Ueberschichten (Doppelschichten) dagegen sind als gesundheitsschädlich anzusehen und daher nach Möglichkeit zu vermeiden.

Machtdünkel der Zechenherren.

Bochum, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Zeche „Freier Vogel", die nach Ansicht der interessierten Gemeinden bereits am 15. November wieder in Betrieb genommen werden sollte, bleibt bis auf weiteres stillgelegt, da die Verwaltung die Wiederinbetriebnahme von der Vorbedingung der **Verlängerung der Arbeitszeit auf 8½ Stunden** (im Bergbau!) abhängig macht. Die finanzielle Lage ist durchaus günstig.

Lohnbewegung im Greiz-Geraer Textilbezirk.

In diesem Bezirk haben die Weber vor einiger Zeit eine Lohnerhöhung um 15 Proz. gefordert. Der Spitzenlohn beträgt zurzeit 53 Pf. Seit Jahr und Tag haben die Weber keine Lohnaufbesserung erhalten. Daß die Löhne durchaus unzureichend sind, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Trotzdem haben die Unternehmer die Lohnforderungen abgelehnt, ohne auch nur in Verhandlungen einzutreten. Inzwischen haben die Weber in einigen Betrieben des Bezirks die Unternehmer wissen lassen, daß die Arbeit niedergelegt wird, wenn keine Lohnerhöhung eintritt.

Wie die Dinge liegen, muß damit gerechnet werden, daß die Weber der Firma Schulenburg u. Beßler in Gera und die Weber in einer größeren Weberei in Greiz heute die Arbeit niederlegen. Wird eine Einigung über die Lohnfrage auf Grund dieser Arbeitseinstellungen nicht erzielt, dann ist in dem sächsisch-thüringischen Textilbezirk ein größerer Lohnkampf unvermeidlich.

Der Lohnkampf im Magdeburger Mühlengebiet.

Die neuen Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreits im Magdeburger Mühlengebiet, der schon drei Wochen dauert, brachte keine Einigung. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses blieb bei seinem Schiedsspruch vom 7. Oktober. Für ihn ist der Wille der Arbeitgeber Befehl. Seine Haltung ist um so unbegreiflicher, wenn man bedenkt, daß die Arbeitgeber nach ihrem Geständnis die Lohnerhöhung nur deswegen nicht zahlen, weil an anderen Orten noch schlechter gezahlt wird. Das Zugeständnis der Arbeitgeber, daß der entstandene Ausfall für lange Zeit zur Deckung der Forderung ausgereicht hätte, spricht Bände. Die Mühlenarbeiter haben am Sonnabend den Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Der Kampf geht also weiter. Mühlenarbeiter, übt Solidarität!

Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

Die Annahme der Bedingungen wahrscheinlich.

London, 15. November. (Eig. Drahtber.) Die Abstimmungen des britischen Kohlenreviers über die Friedensgrundlagen im Bergbau haben am Montag begonnen. Die ersten Ergebnisse zeigen eine Mehrheit für die Annahme der Bedingungen. Sowohl die Bergarbeiter von Warwickshire als von Südwales haben sich für die Annahme der Bedingungen entschieden. Diese letztere Entscheidung ist deshalb als Stimmungsmesser besonders bemerkenswert, als die Bergarbeiter von Südwales für den linken Flügel innerhalb des Bergarbeiterverbandes gelten und ihre Vertreter auf der jüngsten Delegiertenkonferenz gegen die Annahme der Vorschläge gestimmt hatten. Nach diesen ersten Stichproben kann die Annahme der Bedingungen im gesamten Bergbau als wahrscheinlich gelten.

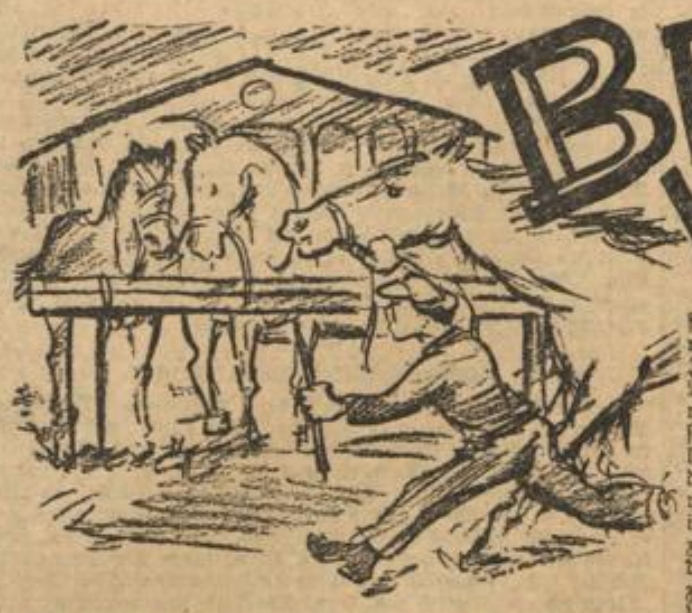
Die Regierung hat inzwischen mit den Vorbereitungen des Gesetzentwurfes für die Errichtung des Schiedsgerichts im britischen Bergbau begonnen. Dieser Entwurf wird jedoch im Unterhaus erst nach der Annahme der Friedensvorschläge durch die Bergarbeiter eingebracht werden. Der Gesetzentwurf soll nach der Meldung bürgerlicher Abendblätter u. a. einen Passus enthalten, nach dem eine Weigerung der Unternehmer, die Entscheidungen des Schiedsgerichts anzunehmen, eine Entziehung der Möglichkeit für diese Unternehmer, vom Recht der längeren Arbeitszeit Gebrauch zu machen, zur Folge haben wird. Als selbstverständliche Folge der Entscheidung der Delegiertenversammlung vom Sonnabend vermögen die Unternehmer mit Wochenbeginn die Rückkehr einer größeren Anzahl von Arbeitern zur Arbeit zu melden, als an den vorangegangenen Tagen.

Anklage wegen Gefährdung der Kohlenversorgung.

London, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Der zur Arbeiterpartei gehörende Unterhausabgeordnete Kirkwood hatte sich am Montag vor dem Gericht in Renishaw in Derbyshire wegen Verletzung des Ausnahmezustandes zu verantworten. Er war angeklagt, aufrührerische Reden gehalten und die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen gefährdet zu haben. Kirkwood forderte die Vernehmung des Innenministers als Zeugen. Die Gerichtsverhandlung wurde am Montag vertagt. Der Abgeordnete Macson, ein Mitglied des Parteivorstandes der Arbeiterpartei und Vorsitzender der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens, wurde wegen eines Zwischenrufes aus dem Saal gewiesen. Kirkwood wurde von einer vieltausendköpfigen Menge begeistert zum Bahnhof geleitet.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Dienstag, 7½ Uhr, sagen die Gruppen: **Frankfurter Allee:** Gruppenheim Städtisches Jugendheim Tilsiter Str. 45, 1 Treppe. Vortrag: „Konsumgenossenschaften". — **Landsberger Platz:** Gruppenheim Pistelmeyerstr. 5. Vortrag: „Der Weg der proletarischen Revolution". — **Lichtenberg:** Gruppenheim Jugendheim Volkestr. 22. Vortrag: „Amerikanische Wirtschaftsweisen und ihre Anwendung in Deutschland". — **Treptow:** Gruppenm. Schule Wildenbruchstr. 53/54 (Hortzimmer). Vortrag: „Unsere Mädelsarbeit". — **Metallarbeiter-Jugend:** Mittwoch 7 Uhr Jugendveranstaltung in der Kulturabteilung. Vorführung technischer und unterhaltender Filme.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ebkorn; Feuilleton: K. H. Pöcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".



BERLINER VIEHHANDEL

Man könnte wetten, daß keine zehn Prozent der Berliner von dem Bestehen und dem Zweck des „Magerviehhofs" in Friedrichsfelde eine Ahnung haben. Und doch ist er eine kleine Stadt für sich, weit draußen im Osten Berlins, ins Grün der Felder gelagert, mit eigenem Bahnhof und großen Zufuhrrampen. Auf einem 36 Hektar großen Gelände erheben sich große langgestreckte Hallen und offene Stände, Verwaltungsgebäude und lindenbeschattete Straßen, in deren Umwauerung gewaltige Mengen Zuchtvieh zum Verkauf aufgetrieben werden. Durch den ausschließlichen Handel mit Zuchtvieh unterscheidet sich der Magerviehhof von dem Zentralviehhof in der Eldenaer Straße, auf dem nur schlachtreifes Vieh gehandelt wird.

Die Bedeutung des Magerviehhofs.

Den Gründern des Handelsviehhofs, den preußischen Landwirtschaftskammern, hatte in allgemein schlechten Zeiten, wie sie für die Landwirtschaft vor 25 und 30 Jahren bestanden, manche gute und löbliche Absicht vorgeschwebt. Sie glaubten durch den Zusammenschluß der Landwirte zu Viehverwertungs-Verbänden **unter Umgehung des Großhandels konstante und regulierbare Preise schaffen zu können,** was zu guterletzt wohl auch dem Verbraucher zugute gekommen wäre. Aber die Verhältnisse waren stärker, von allen Seiten, selbst von den städtischen Behörden, erfitt die Organisation Anfechtungen Als in einer besonders schweren Krise die Landwirte sich nicht mehr an die Abmachungen der Organisation kehren wollten und fluchtartig aus der „Genossenschaft für Viehverwertung" austraten, so daß sie in Liquidation gehen wollte, sangen ihr die Berliner Schlächter folgendes Schwanenlied:

„Als kuriert man von dem falschen Wahne,
Da verließ in Massen man die Fahne,
Die Zentrale blieb zurück in Not.
Nun wird wohl der Zwang zu liquidieren,
Zum Begräbnis erster Klasse führen;
Nach dem Anschein ist sie — mausetot.

Wenn im Wettbewerb sich Kräfte regen,
Für die Allgemeinheit bringt es Segen,
Doch das Trustsystem stets Unheil bringt.
Der Viehhandel atmet auf von neuem,
Auch den Fleischerstand wird es erfreuen,
Wenn das Schwanenlied man der Zentrale singt."

Schon aus der Tendenz dieses Poems ersieht man, welche feindlichen Kräfte am Werk waren, um eine direkte Belieferung des Landes an die Städte zu unterbinden. Der Krieg und die nachfolgenden Jahre mit ihren wirtschaftlichen Wirrnissen erschwerten weiter das Aufblühen des Unternehmens; es hat sich lediglich auf den Zutrieb von Zuchtvieh beschränkt. Wenn es seitens der städtischen Behörden zu begrüßen gewesen wäre, daß man den Privathandel mit Vieh in Ställen und öffentlichen Märkten, der unkontrolliert stattfindet, verbieten oder hier nach dem Magerviehhof hinaus verlegen konnte, so ist doch ebenfalls kein Wandel geschehen; es wird in der Weltstadt Berlin ebenso noch mit Vieh gefeilscht und gehandelt wie vor hundert Jahren. Die Leiter des Magerviehhofs hoffen, daß ihre Zeit noch einmal kommt und daß sie ein vermittelndes Glied zwischen der Landwirtschaft und der Großstadt werden können. Allerdings wieder letzten Endes nur durch ein direktes Zusammenarbeiten zwischen Produzenten und Konsumenten könnten die Preise für die Landwirtschaft und die Verbraucherschaft erträglich gestaltet werden.

Trotzdem ist dieser Viehhof wohl immer noch der größte in Deutschland, auf dem Zuchtvieh aufgetrieben wird. **Meist mit der Beendigung der Weide gelangt viel Vieh, besonders Rinder, Schafe und Gänse, auf die Märkte, damit es dort von körnerreichen Ländern und Spezialmästereien zur Mastzucht aufgekauft werden kann.** Viele Landwirtschaften können sich nur mit der Aufzucht von Jungvieh beschäftigen, während sich wieder andere, z. B. in der Nähe großer Städte, nur mit der Milchproduktion abgeben und keine Zeit zur Aufzucht haben. In dieser Arbeitsteilung erfüllt der Magerviehhof seinen ausgleichenden Zweck. Darum sieht man auch als Käufer die kleinen Geschäftsleute und Fuhrunternehmer, die ein kleines Pferd oder einen schweren Belgier zur Wagenbespannung kaufen. Ebenso sind die Berliner Molkereibesitzer stark vertreten, die eine gute Milchkuh kaufen, nachdem sie das im Stall stehende Stück zur Mast und Schlachtung fettgemacht haben. Das Gros der Besucher stellt jedoch das landwirtschaftliche Gewerbe der weiteren Umgebung Berlins. Die kleinen Landwirte haben sehr gut herausgefunden, daß sie hier unter veterinärpolizeilicher Kontrolle und bei Ueberwachung des Handelsverkehrs besser kaufen als auf den kleinen, wilden Märkten. Der Händler mit dem nicht ganz einwandfreien Gebaren meidet aus demselben Grunde diesen öffentlichen Verkauf und bevorzugt lieber die Märkte ohne Kontrolle.

Der Pferdemarkt.

An bestimmten Wochentagen findet nur **Pferde- und Rindermarkt** statt, an anderen wieder der **Schweine-, Schaf- oder Geflügelmarkt.** Es werden heute immer noch am Markttag 700 bis 800 Pferde aufgetrieben, dieselbe Zahl auch an Rindern. In langen Reihen stehen die Pferde angekoppelt. Knechte mit langen Peitschen laufen zwischen ihnen und wippen ihnen eins, worauf die Tiere folgsam einen Schritt vortreten und schön ausgerichtet wie eine Kompagnie Soldaten still stehen, geduldig und ergeben, als wüßten sie, daß sich hier eine Veränderung ihres Schicksals anbahnt zum Guten oder Bösen. Bald drängen sich die Käufer heran, die Händler und Zwischenmänner, denn bei jedem **Pferdeverkauf sind vier bis fünf Mann beteiligt.** Da wird gemustert und beklopft, debattiert und geschrien; die heiligsten Beteuerungen genügen nicht, wenn der Dickschädel von Käufer seine Skepsis nicht überwinden will. Man sieht es den Gruppen förmlich an, wie das Spiel sie berauscht und begeistert und wie es in Nichts zerfällt, sobald der Kauf durch Handschlag abgeschlossen ist. Wehe dem frühzeitigen Handschlag in die dauernd hingestreckte Hand! Er hat gesetzliche Sanktion und gilt mehr als mündlicher oder schriftlicher Vertrag. Die Pferde werden zur Bekräftigung der gepriesenen Tonarten aus ihren Ständen herausgerissen und in allen Gangarten vorgeführt; anfeuernde Zurufe und die Peitsche müssen ein übriges wirken. Und es scheint, als witterten die Tiere mit klugem Instinkt, um was es sich handelt. Sie möchten zeigen, was sie können, sie laufen, springen, jagen in die Höhe und zittern vor Temperament, nur damit ihr Herr zufrieden sein soll und die peinliche Situation schnell beendet wird. Selbst die kleine Kosakenmähre des Zigeuners legt noch einmal Ehre ein und träumt vielleicht im Augenblick von russischer Steppe, während sie an einen Berliner Lumpenhändler verschachert wird.

Der Kuhmarkt.

Ebenso lebhaft geht es in den Kuhständen zu. In Hallen von Riesenausmaßen, mit Oberlicht und allen praktischen Einrichtungen stehen oder liegen hier die Tiere. In dauernder Beschäftigung mit Wiederkäuen kümmern sie sich wenig um das laute Gebaren der Händler und Käufer in den Gängen. Viele sind noch dazu mit Familiensorgen belastet, die Mehrzahl ist tragend. Andere haben schon ihr Wochenbett im fremden Stall aufgemacht und lecken die eben geborenen Kälbchen. Es scheint, daß die tragenden Kühe oder die Mütter mit Kälbern beim Kauf bevorzugt werden, weil sich wohl an ihnen eine schärfere Kontrolle ihres Milchsegens ermöglicht als bei den anderen Stücken. Man sieht ihnen auch an, aus welchem Stall sie kommen, die einen sind glatt und rund und zeigen das gute Leben auf der Weide, die anderen zeigen den Sorgenstand ihres Besitzers, den sie bildeten. Der Kenner wird sich durch das Aeußere nicht immer bestechen lassen, trotzdem muß auch er auf der Hut sein. Bei alten Tieren hat man, ehe sie herkamen, verschiedene Schönheitsmittel angewandt: man hat ihnen die Jahresringe an den Hörnern abgehobelt und gar die Hörner verkürzt, damit sie jünger erscheinen sollen, als sie sind. Zuletzt sind die Tiere ungeduldig, weil das volle Euter sie quält. Nur eine mitleidsvolle Seele erbarmt sich versteckt hinten in einer Ecke einer Kuh. Es ist ein alter weißhaariger Vagabund, der sich heimlich seine Feldflasche mit frischer Milch vollmelkt. An einer anderen Stelle der Gebäude sind Schweinebuchten, in denen sich herrliche Zuchteber präsentieren, Tiere von acht Zentnern Gewicht, die wie vorsintflutliche Geschöpfe in ihrer Größe und Kompaktheit anmuten. Anderswo grunzen vor Muttergluck Zuchtsauen mit einem Dutzend kleiner glatter Ferkel. Immerhin geht der Preis für ein solch kleines Schwein bis 100 Mark hinauf.

*

Geknäult und verwirrt sind die Energien, die sich hier auf dem großen Viehhof im Rücken der Stadt aufspeichern. Drohend rückt sie draußen immer näher heran. Eines Tages wird die nimmersatte Stadt auch den Magerviehhof samt seinem Inhalt auffressen. Dann mag der Landmann sich besinnen, wie er zu dem ihm feindlichen Prinzip wieder in einer neuen, glückbringenden Form des Verkehrs findet.

Die Wunder der Klara van Haag.

14] Von Johannes Buchholtz.

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

„Ja, Sivert war ein Held, er überwand alle Schwierigkeiten spielend. Dazu hatte er den Kopf voll von Mystik und Schnurren. Er lag in seinem primitiven Bett und erzählte mit flüsternder Stimme allerhand seltsame Erlebnisse, die von Gespenstern und Leichen wimmelten. Emanuel hörte mit zurückgehaltenem Atem zu.

„Was dann?" sagte er begierig, wenn Sivert eine Sekunde die Lippen mit der Zunge anfeuchtete.

Wenn die Dunkelheit hereinbrach, wurde Emanuels Gesicht wie ein kleiner weißer Mond. All das Unheimliche kam näher. Und Sivert kannte seine Macht über das empfängliche Gemüt. Wenn die Zeit kam, daß Emanuel sich losreißen und hinuntersteigen mußte, konnte Sivert sagen: „Wenn du auf dem Boden auf etwas Weiches trittst, dann ist es die Frauenleiche, die ich liegen habe. Paß auf, daß ihr langes Haar sich nicht um deine Füße schlingt."

Emanuel wußte gut, daß die Frauenleiche eine dichterische Uebertreibung war. Aber nichtsdestoweniger hämmerte das Herz in ihm in der Brust, und er hob seine spitzen Knie ungeheuer hoch, als er den bekannten Weg durch das Gerümpel zur Bodenluke schlich.

Ja, eine goldene phantastische Zeit war es für die beiden Brüder.

Nicht dagegen für ihre Mutter. Phantastisch wohl, aber nicht golden.

Es war auf die Dauer außerordentlich beschwerlich, zwei Haushalte, darunter einen heimlichen, zu führen. Sivert wurde verdrießlich und querköpfig vom langen langweiligen Eingesperrtsein. Er klagte über die Kost und verlangte namentlich genaue Einhaltung der Eßzeiten, was sehr schwierig sein konnte. Er hatte eine Waffe in der Hand, die schon wirken sollte: er drohte damit, sich entdecken zu lassen. Wenn sie gerade etwas in der Hand trug, um es Egholm vorzusetzen, kam Siverts Arm durch die Bodenluke herunter und winkte. Sie antwortete, indem sie nach der Stube zeigte. Es war doch billig, daß der Hausherr zuerst bekam. Aber Sivert nahm einen leeren Teller und klirrte so deutlich unter der Decke entlang, daß es ein Wunder Gottes war, wenn Egholm nicht Unrat wittrte. Und Sivert klirrte weiter, bis die erste Portion den Weg ging, den er wünschte.

Die Erregung des Vaters hatte sich nicht gelegt. Er forderte von seinem Gehirn, daß es eine Lösung der Aufgabe finden sollte. Eines Tages ging er selbst zu Bisserups. Kaufte sich eine Bartbürste, um die Dinge anzusehen, und, obwohl er nichts als Schmutz und Armut sah, wurde er noch verpflichter auf die Ausführung seines Planes. Gleich als er heimkam, ließ er Emanuel rufen.

„Wo hältst du dich tagsüber auf, Junge? Lernst deine Aufgaben? Ich finde, du hast in der letzten Zeit soviel auf dem Boden zu suchen."

Emanuel antwortete mit dreieckigen Augen und einem zitternden Lächeln, daß er zwei- oder dreimal auf dem Boden gewesen wäre, um Fliegen für seine Dohlen zu fangen. Die Aufgaben könne er immer. Er sei ja der erste in der Schule!

„Schön, mach weiter so, daß du nicht herabsinkst zu einem solchen Auswurf wie dein Bruder Sivert ist. Ich erwarte viel von dir, wenn du groß bist. Meine ganze Lebensweisheit sollst du erben und fruchtbar machen. Darauf kannst du dich freuen."

Emanuel erinnerte sich im Augenblick nicht, was Lebensweisheit war, aber er sah froh aus, weil der Vater offenbar freundlich gestimmt war.

„Ich öffne dir die Augen für die tiefsten Geheimnisse der Religion, daß du im Handumdrehen reich und froh werden kannst. Die Kunst, zu beten, daß du Gott an seinen Worten festnageist, kannst du von mir lernen. Die Kunst, dich bei ihm einzuschleichen, die Schriftstellen gegen ihn zu richten und zu rufen: Hands up!"

Dies Bild gefiel Emanuels Indianerphantasie. Er war gewohnt, den Vater von streng juristischer Anwendung der Bibel reden zu hören, aber jetzt ging er einen Schritt weiter, so daß die Sache spannend wurde.

„Der Kampf mit Gott, das ist der schwerste, den man zu bestehen hat. Der ist tausendmal schwerer als der mit dem Teufel. Man muß ihn fassen und mit ihm ringen, bis einem die Luft ausgeht und er sich ergibt."

Emanuel wurde in der biblischen Geschichte von keinem übertroffen. Er legte den Kopf schief und sagte mit funkelnden blauen Augen:

„So war es, als Jakob mit dem Herrn rang, aber hinterher berührte der Herr seine Hüfte, daß er lahm wurde."

„Eben das hat er auch mit mir gemacht, nur tat er es leider, ehe ich ihn besiegt hatte. Einmal wird es deine Pflicht sein, die Niederlage deines Vaters zu rächen. Noch bist du jung. Aber in einem kleinen menschlichen Kampfe kannst du mir zu großem Nutzen sein. Du kannst wohl selbst erraten, um was es sich handelt."

Das konnte Emanuel nicht. Er dachte, daß die Jolle des Vaters wohl abgeschrabt werden sollte, aber derlei zu erraten, hatte er keine Lust.

„Nicht?" sagte der Vater. „Es handelt sich um diese Petrea. Ich dachte mir, ob du nicht um sie freien könntest. In Siverts Namen natürlich — so daß wir mit ihr in Ordnung sind, wenn der Bursche in einiger Zeit die Nase heimwärts kehrt. Recht lange pflegt er sich ja nicht fernhalten zu können!"

„Es ist sehr peinlich, um jemand zu freien," sagte Emanuel mit blutroten Wangen.

„Peinlich! Keine Spur. Aber du sollst es nicht umsonst tun. Sieh hier," der Vater zog seine Börse heraus, „hier ist Geld. Hier sind fünfundzwanzig Oere. Die legen wir hier auf die äußerste Kante des Uhrgehäuses. Bringst du die Geschichte in Ordnung, dann stoßen wir dagegen, daß das Geld in deine Mütze fällt!"

Es geschahen wundersame Dinge in Emanuels schattengrauen Hirnfalten. Ihn widerte die Rolle an, die ihm zugeteilt war. Aber das Lob, das das Fünfundzwanzig-Oere-stück repräsentierte, zog ihn außerordentlich an. Vaterlob war eine große Seltenheit. Er fühlte sich innerlich ganz warm bei dem Gedanken, daß er in den Augen des Vaters etwas wert sei.

„Du sagst einfach, so und so, du hättest einen Bruder, der gerne heiraten — nein, sag' lieber, sich verloben möchte — mit ihr, er wage aber nicht selbst zu freien, weil er ein Idiot sei. Nein, natürlich lobst du ihn eher ein bißchen. Du bist ja ein glänzend begabter kleiner Bursche. Du wirst leicht mit der Geschichte fertig. Sieh, wie das Silberstück auf der allerunterstenKante wippt."

Der kleine blasse, altkluge Knabe sagte mit seltsamer Festigkeit in seiner zarten Stimme: „Nun ja, dann muß ich wohl gehen, wenn kein anderer will."

„Das ist recht, mein Sohn," sagte der Vater und drückte ihm die Mütze fest auf den Kopf.

Hierauf geht er in seine Dunkelkammer, aber er kann heute nicht arbeiten. Er beginnt mit rastlosen Schritten auf und ab zu gehen. Alles ist ihm im Wege. Jetzt stellt er die Löwensäule um, jetzt pufft er gegen das Burgfenster. Kurz darauf geht er zur Tür hinaus, wandert durch den Garten und bleibt geistesabwesend vor dem Lilienbeet stehen. Sein Blick flackert hinauf und hinunter. Sieh, ein paar Dachziegel sind heruntergeweht — die müssen gleich wieder eingesetzt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Wieder Großschieberprozesse.

Kutisker. — Kopp, Spritwebers Hauptlieferant.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann am Montag vormittag unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Wartenberger ein Prozeß gegen Iwan Kutisker und die früheren Direktoren der Preußischen Staatsbank, Finanzrat a. D. Dr. Rühe und Oberfinanzrat Dr. Hellwig. Die Angeklagten haben sich wegen Vergehens gegen die Kapitalflucht- und Devisengesetzgebung zu verantworten. Iwan Kutisker wird von Justizrat Dr. Werthauer und Rechtsanwalt Dr. Rübell verteidigt, während als Verteidiger des Angeklagten Dr. Hellwig Justizrat Dr. Löwenstein und des Angeklagten Dr. Rühe Rechtsanwalt Hildebrandt fungieren.

Es handelt sich bei dieser Anklage um Geschäfte aus den Jahren 1923 und 1924, die zwischen der Steinbank Kutiskers und der Preußischen Staatsbank getätigt worden sind und in denen nach der Anklage die devisengesetzlichen Bestimmungen nicht innegehalten worden sind, insofern, als die Steinbank nicht die Berechtigung zur Ausführung von Devisengeschäften gehabt hat. Zunächst dauerte es eine geraume Zeit, ehe Klarheit darüber geschaffen werden konnte, ob der schwer kranke Kutisker, der seit 4½ Monaten in der Charité liegt, verhandlungsfähig war. Nachdem der Charitéarzt Dr. Banse die Verhandlungsfähigkeit erklärt hatte, trat man in die Verhandlung ein.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses bemerkte der Vorsitzende zu Kutisker, daß er ja die Anklage erhalten habe und wisse, um was es sich handle. „Geben Sie zu, daß Sie gegen die Devisengesetze verstoßen haben?" Angekl. Kutisker (aufgeregt): Nein, nein! Herr Vorsitzender, ich will aber nicht wieder in die Charité zurück. Ich möchte Sie bitten, bestrafen Sie mich. Ich werde in der Charité direkt gefoltert. Ich will hier bleiben in Moabit, und wenn es im Keller ist, bei Wasser und Brot.

Die beiden anderen Angeklagten, Finanzrat a. D. Dr. Rühe und Oberfinanzrat Dr. Hellwig, bestritten, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben.

Kutisker erklärte, daß er bei der Uebernahme der Scharlachbank betrogen worden sei, da er geglaubt habe, daß diese Bank im Besitz der Devisenhandelserlaubnis gewesen wäre. Im übrigen sagte er aus, daß er von den ganzen Geschäften nichts gewußt und im Leben nicht in die Bücher geschaut habe. Die Angeklagten Dr. Rühe und Hellwig erklärten in Uebereinstimmung, sie wären der Meinung gewesen, daß die Steinbank Devisengeschäfte habe machen können. Die Verhandlung wurde sodann auf heute früh 9½ Uhr vertagt.

*

Der Hauptlieferant Spritweber's, der Kaufmann Franz Kopp, der als das geistige Haupt der durch ihre großen Schiebungen in den Jahren 1922 bis 1924 bekannt gewordenen Schiebergesellschaft gilt, steht jetzt, wie angekündigt, mit seinem „Interessentenkreis" vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Tempelhof. Angeklagt sind neben Kopp der Oberzollsekretär Günther Quohl, der Zollassistent Wilhelm Welsch, ferner Kopps Geschäftsführer und seine rechte Hand, der Kaufmann Walter Erzleben, die Kaufleute Friedrich Schmidt, Hermann Böhle, Franz König und schließlich der Kaufmann Robert Simke. Gegen sie lautet die Anklage, die von Staatsanwaltschaftsrat Bürkle vertreten wird, auf Bestechung und falsche Beurkundung in gewinnsüchtiger Absicht, Anstiftung zur falschen Beurkundung, Hinterziehung gegenüber dem Monopolamt und Beihilfe dazu, zum Teil in gewinnsüchtiger Absicht. Als Nebenkläger hat sich dem Verfahren das Hauptzollamt Neukölln angeschlossen, das wie im Weberprozeß durch R.-A. Dr. Arthur Brandt und Regierungsrat Dr. Reißer vertreten wird. Voraussichtlich wird die Verhandlung, deren Vorsitz Landgerichtsdirektor Laschke führt, drei Wochen dauern. — Kopp soll 905 000 Liter Sprit, der zu ermäßigten Preisen von der Monopolverwaltung abgegeben worden war, bezogen haben. Bis auf kleine Mengen soll dieser Sprit an Likörfabrikanten verschoben worden sein, und Spritweber allein soll davon mehr als die Hälfte bezogen haben. Diese Schiebungen waren nach der Anklage Kopp nur mit Hilfe von ungetreuen Beamten, dem angeklagten Oberzollsekretär und dem angeklagten Zollassistenten möglich, die bei der Vergällung des Sprits ein Auge zudrückten. Der hinterzogene Zoll beträgt, wie die Anklage behauptet, 1 850 000 Mark. Während Kopp und die anderen Spritschieber dadurch Millionen verdienten, sollen sich die angeklagten Beamten ihre Existenz und ihre Ehre für ein Butterbrot aufs Spiel gesetzt haben. Angeblich ließen sie sich mit kleinen Geldgeschenken, mit Einladungen zum Essen und Theaterbilletts abspeisen. Der Hauptangeklagte Franz Kopp erklärte, daß er nicht aufdecken könne, wie es zu den Spritverschlungen gekommen sei. Er müsse sonst den Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragen, weil viele Beamte von unten bis nach oben bloßgestellt werden würden, die sich auch durch derartige Dinge strafbar gemacht hätten. Er habe aber keine Lust zu enthüllen. R.-A. Dr. Arthur Brandt erklärte als Vertreter der Reichsfinanzbehörde, daß er die allgemeinen Angriffe Kopp's auf die Beamtenschaft entschieden zurückweisen müsse. Wenn Herr Kopp Material habe, so müsse er es nennen. Die Finanzbehörde werde gegen jeden Beamten, der sich irgendwie strafbar gemacht habe, mit aller Energie vorgehen. Andeutungen ohne Namensnennungen müssen als unbegründete und unbeweisbare Behauptungen aufgefaßt werden. Der Angeklagte Kopp hüllte sich in Schweigen.

Falsches Mordgerücht.

Schnell widerlegt wurde das Gerücht von einem Frauenmorde, das gestern nachmittag im Westen der Stadt im Bayerischen Viertel verbreitet war. Die 50 Jahre alte Frau E., die Gattin eines Frauenarztes, wurde von ihrem Gatten, als er mittags heimkehrte, in ihrem Schlafzimmer im Bette liegend tot aufgefunden. Die Frau lag mit einer Schußwunde in der Brust tot im Bett. In begreiflicher Aufregung veränderte der Gatte bei der Untersuchung, die er sofort vornahm, die Lage der Leiche und schob auch den Revolver beiseite. Er glaubte zunächst an einen Mord. Die Feststellungen der herbeigerufenen Mordkommission ergaben aber, daß Frau E. sich selbst erschossen hatte. Da die Anzeige erst zwei Stunden nach Auffindung der Leiche erstattet wurde, waren die ersten Nachforschungen sehr erschwert. Erst die späteren Ermittlungen und Vernehmungen klärten den Tatbestand. Frau E. hatte in letzter Zeit zur Schwermut geneigt.

Geschädigte Auslandsdeutsche.

Der „Schutzverband geschädigter Auslandsdeutscher, Kolonialdeutscher und Verdrängter", eine Oppositionsgruppe gegen den Bund der Auslandsdeutschen des Admirals Scheer, veranstaltete am Sonntag vormittag eine sehr stark besuchte Protestversammlung gegen die Verschleppung des Entschädigungsverfahren der Auslandsdeutschen in Kliems Festsälen in der Hasenheide. Es sprachen Gieseler, der erste Vorsitzende des Verbandes, der Geschäftsführer Trapp, ein Reichsdeutscher aus Rußland und ein Dr. Uth über den Versailler Vertrag und das Entschädigungsproblem. Sämtliche Redner wandten sich mit scharfer Kritik gegen die angeblich tropfenweise Entschädigung der Auslandsdeutschen, von denen zahlreiche schon in ihrer Existenz völlig zusammengebrochen seien. In der anschließenden Diskussion ging es zum Teil recht lebhaft zu. Bei der andauernden Unruhe waren die Ausführungen meist unverständlich. Ein Mann, der sich offensichtlich über sein Tun und Reden nicht ganz klar war, forderte eine Art „Gegenrevolution", ein anderer versicherte, daß man in seinem Verbandsbureau eine Haussuchung abgehalten habe, welchem Verband er angehört, verriet der Herr leider nicht. Als ein Vertreter des Bundes der Auslandsdeutschen sprechen wollte, wurde er von der stürmisch erregten Menge niedergeschrien. Zwei Resolutionen wurden angenommen, von denen die eine entschiedensten Protest dagegen erhebt, daß der Bund der Auslandsdeutschen sich als Vertreter des Auslandsdeutschtums und als seine „Vertrauensstelle" ausgebe. „Die Versammlung spricht dem BdA. ihr Mißtrauen aus und hält diesen unter keinen Umständen für berechtigt, die Interessen der geschädigten Auslandsdeutschen wahrzunehmen." Die zweite Entschließung fordert schleunigste endgültige Lösung der Entschädigungsfrage auf der Basis von 75 Proz. und gibt in den Details die einzelnen Forderungen der Geschädigten wieder.

Völkisch-kommunistische Raufereien.

Zusammenstöße in Treptow.

Zu einer schweren Schlägerei zwischen Angehörigen rechtsradikaler Verbände und Kommunisten kam es gestern abend in der Grätzstraße und am Treptower Park. Ein großer Zug von Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens veranstaltete einen Umzug vom Görlitzer Bahnhof nach Treptow. In der Grätzstraße kam es zu den ersten Reibereien, die sich nachher im Treptower Park fortsetzten. Die Rechtsradikalen erhielten hier aus dem Restaurant Irmer, in dem ein völkischer Werbeabend veranstaltet wurde, Zuzug. Gummiknüppel, Schlagringe und Stöcke spielten bei der Schlägerei eine Rolle. Einige Personen erhielten schwere Kopfverletzungen und mußten durch Polizeibeamte in die naheliegende Rettungsstelle 2 geschafft werden. Die Verletzten sind ein Student Adolf Hahn aus der Wiesbadener Straße und ein Kaufmann Adolf M. aus der Neuen Bahnhofstraße. Die Polizei nahm einige Feststellungen vor und stellte die Ruhe wieder her.

Mady Christians sollte nie im Rundfunk singen, sie sollte überhaupt nicht singen, ihre Stimme klingt, besonders in der Höhenlage, schrill und scharf, und dann werden die Pointen unnötigerweise dick unterstrichen. Eine zweite Enttäuschung bereitete das Orchester. Die Funkstunde hatte sich dazu aufgeschwungen, die wenig bekannte Ouvertüre zu Millöckers „Vizeadmiral" anzukündigen, und das Orchester spielte an ihrer Stelle Offenbachs Orpheus-Ouvertüre, die sicherlich wundervoll ist, aber zu oft im Rundfunk serviert wird. Warum geht die Orchesterleitung jeder Neueinstudierung auf diesem Gebiet in weitem Bogen aus dem Wege, warum verschleppt Seidler-Winkler im Orpheus die Tempi? Er spielte kaum noch Offenbach. Wassermanns „Hockenjos" machte sich sehr nett, auch Transky, Kuttner und Elisabeth Kleppner sangen brav und sauber Duette aus dem „Bettelstudent" und aus den „Glocken von Corneville". Alles blieb jedoch belanglos, gemessen an Hans Reimann. Immer wieder muß man feststellen, daß Reimann heute an erster Stelle unter den deutschen Humoristen und Satirikern steht, und daß sich hier Schriftsteller und Vortragskünstler vollkommen die Wage halten. Das Nachmittagskonzert suchte an Langweiligkeit seinesgleichen, und in der „Stunde der Lebenden" kamen Felix Langer und Marieluise Fleischer zu Wort.

Am Montag nachmittag sind Novellen fällig. Leo Reuß liest im Prestotempo „Das Baby" und „Das Sterben" von Ludwig Thoma. Der Zweck dieser Uebung ist schwer zu erkennen. Das Nachmittagskonzert bringt nichts Bedeutendes. Darauf zwei interessante Vorträge. Dr. Selter zeigt in seiner Schilderung „Pioniere der Industrie" die sozialen Verdienste Alfred Krupps und Ernst Abbés, kann sich aber leider nicht enthalten, dem Achtstundentag einen vorsichtigen Hieb zu versetzen. Ueber „Bücherdiebe aus Leidenschaft" spricht Helmut Jaro-Jaretzki und sucht auseinanderzusetzen, wie die Liebe zum Buch bei schwachen Naturen zum Diebstahl und selbst zum Mord führen kann, wenn es ihnen nicht möglich ist, auf legalem Wege in den Besitz des Buches zu gelangen. Abends im Zyklus „Die deutsche Erzählung" Oskar Loerke. Der Schriftsteller Leo Greiner spricht zu schwer und zu unverständlich über Loerke, erst spät gelangt er zur Charakteristik der Werke und der Loerkeschen Menschen, er findet kein Ende und vergißt, daß die Rundfunkhörer sich nicht nur aus Literaten zusammensetzen; als Dramatiker müßte Greiner jedoch über Konzentrationsfähigkeit verfügen. Dann liest Edith Herrnstadt-Oettingen aus dem unveröffentlichten Roman „Sturmgespenst" ein Kapitel von eindringlicher, visionärer Sprachgewalt. Der zweite Teil des Programms bringt Kompositionen des Italieners Ottorino Respighi. Zuerst eine Sonate für Violine und Klavier, mit dem Komponisten am Klavier, es folgt die Gesangsszene „Tramato". Elsa Respighi ist die Solistin. Die klassische Form der Sonate ist zerbrochen. Aus stürmischen Klavierpassagen schwingt sich eine Melodie empor, zerflattert, löst sich auf, alles ist bunt, schillernd, schwebend und nach oben drängend, ein ständiges Wogen. „Tramato" zeigt ruhigeren Charakter, die Gesangsstimme wird von dem Orchester getragen, das breit untermalt und dann wieder die Führung an sich reißt. Hier bei Respighi ist keine Spur von klassizistischem Formalismus. Ein Romantiker spielt hier.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 16. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm

12.30 Uhr nachm.: Die Viertelstunde für den Landwirt. **4 Uhr** nachm.: Stunde mit Büchern. Robert Hohlbaum: Die Pfingsten von Weimar. Otto Flake: Villa U. S. A. Felix Salten: Bambi. Rudolf G. Binding: Reitervorschriften für eine Geliebte. Josef Friedrich Perkonig: Dorf am Acker. **4.30 Uhr** nachm.: Walt Whitman. 1. Einleitende Worte (Erich Burger). 2. a) Vom Wegrand, b) Gesang von mir selbst, c) Gib mir die stille, glänzende Sonne, d) Als ich am Schluß des Tages hörte, e) Was meine Mutter mir erzählte, f) Geflüster vom himmlischen Tod (Gertrud Eysoldt, Rezitation). **5—6 Uhr** abends: Kammermusik. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. **6.30 Uhr** abends: Oberst a. D. Dr. v. Abereron: Der Zauber einer Fahrt im Freiballon. **7.05 Uhr** abends: Dr. Max Hochdorf: Auf hellenischer Erde. Alte Steine und ein junges Volk. **7.30 Uhr** abends: Professor Heinz Saltenburg: Das Theater. **8 Uhr abends:** Sendespiele. Uraufführung. „Die Gletscherfee", Operette in drei Teilen von Rudolf Presber und Leo Walter Stein. Gesangstexte von Günther Bibo. Musik von Willi Bredschneider. Dirigent: Der Komponist. Leitung: Cornelis Bronsgeest. Tobias Webster: Franz Groß; Maud, seine Tochter: Maria Hussa-Greve; Miß Pott: Christel von Pommer; Johannes Baumgarten, Bergführer: Erik Wirl; Kurt Sprüngli: Artur Hell; Gottfried Nägeli, Besitzer des „Schweizer Hof": Leopold Hainisch; Dr. Peter Flemming: Willi Winter; Marchese Gattamelata: Fritz Treu; Knut Peterson: Artur Grosse; Werner Affolder: Hans Sternberg; Emmerenzia, seine Tochter: Lucie Bredschneider. Ort der Handlung: Erster und dritter Teil: Hotel im Berner Oberland, zweiter Teil: Auf einer Alm im Hochgebirge. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage, Wetterdienst. Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Dienstag, den 16. November.

3—3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri, G. v. Eyseren: Spanisch. **3.30—4.30 Uhr** nachm.: Dr. Hans Strohmeyer: Methodik des französischen Unterrichts auf Grund der Richtlinien: Aussprache und Sprachfarbigkeit. Der Unterricht in der Grammatik. **4.30 bis 5 Uhr** nachm.: Aus der pädagogischen Welt. **5—6 Uhr** abends: Dr. Emanuel Lasker: Die moderne Schachpartie. **6—6.30 Uhr** abends: Min.-Dir. Geh. Regierungsrat Dr. Fritz Sitzler: Ueberblick über das Arbeitsrecht der Gegenwart und Ausblick in die Zukunft. **6.30 bis 7 Uhr** abends: Dr. Neuburger: Lyriker der Romantik. **7 bis 7.30 Uhr** abends: Reg.-Rat Dr. Kramer: Deutsche Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts. **7.30—8 Uhr** abends: Dr. Paul Fechter: Eduard Mörike. **Ab 8 Uhr** abends: Uebertragung aus Berlin.

Der Ankauf des Rittergutes Düppel.

Die Verhandlungen wegen Ankaufes des Rittergutes Düppel durch die Stadt Berlin sind bereits so weit gediehen, daß nach der schon erfolgten grundsätzlichen Zustimmung des Magistrats in allernächster Zeit eine Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu erwarten ist. Das bisher dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gehörige Besitztum umfaßt 756 Hektar, als Kaufpreis ist 1,45 M. pro Quadratmeter festgesetzt. Ein kleiner Teil des Geländes soll als Bauterrain für Siedlungszwecke ausgewiesen werden, der größte Teil dagegen wird in seinem jetzigen Zustande erhalten bleiben und als Ausflugs- und Erholungsstätte für die Berliner dienen. Das Gelände liegt bekanntlich unweit Zehlendorf und Wannsee und kann mit den vorhandenen Verkehrsmitteln leicht erreicht werden. Der Prinz hat bereits vor drei Jahren von der Stadt Berlin auf diesen Ankauf 2¼ Millionen Mark als Darlehen erhalten, die natürlich jetzt angerechnet werden. Eine süddeutsche Bank bekommt auf das Besitztum eine Hypothek eingetragen, sie zahlt den Prinzen aus, so daß die Stadt Berlin gegenwärtig bares Geld nicht aufzuwenden hat.

Konzerte der Arbeitersänger.

Sonnabendabend-Feierstunde des Volkschors Tempelhof—Mariendorf. Die Frauen in hübschen, hellen Blusen und die Kinder im Sonntagsstaat. Freiheitssänge voll Freude und Begeisterung leiten den Abend ein. Dann kommen die kleinen Sänger. Während eines kurzen Orgelvorspiels gruppieren sie sich ganz leise und behutsam, gucken zum linken und rechten Nachbar noch schnell hinüber, ob er ebenso in Bereitschaft ist, zupfen das Kleidchen zurecht, lachen freudig-verlegen zu Mutters Platz, dann, wenn der Dirigent den Taktstock hebt, setzen sie mit ihren frohen, hellen Stimmchen ein. „Wenn ich ein Vöglein wär'" und das Lied vom wandernden Gesellen. Heiter tönt es aus all den kleinen Herzen, die Augen leuchten und nach dem letzten Ton springen sie dann fröhlich wieder an ihren Platz. Jetzt singen die Erwachsenen all die schönen Volksweisen von froher Wanderschaft, vom Scheiden aus der Heimat, vom Verlassensein und Sterbenmüssen. Es liegt ungemein viel Tiefe und Bodenständigkeit in all diesen Heimatsgesängen, wirkliches, echtes Volksempfinden und urwüchsige Kraft. Es folgten dann noch stimmungsvolle Chorgesänge, wie „Sonnenuntergang" von Jöllner, „Herbstfeier" von Schulken, Mendelssohn's „Frühlingslied" (Kinderchor) und viele andere. Der Chor brachte all diese Weisen unter der Leitung des Chormeisters Dargel sehr wirkungsvoll zum Ausdruck und erntete von dem sehr zahlreich erschienenen Publikum den wohlverdienten Beifall.

Am Sonntag abend veranstalteten im Konzertsaal der Hochschule für Musik die Berliner Liederfreunde, vereinigt mit dem Männerchor Weißensee, ein Konzert. Der prachtvoll geschulte Chor unter Leitung des Chormeisters Gröpel brachte wirklich ausgezeichnete gesangliche Leistungen. „Wir sind nicht Mumien" von Liszt, gedichtet von Hoffmann von Fallersleben, ganz zeitgemäße Worte, musikalisch geschmackvollst illustriert, als Gegenstück „Waldesfrieden" von Neumann (Worte von König), banges Todesahnen, ein tiefes Sehnen nach Ruhe und Frieden. Und wieder ein anderes Stimmungsbild „Verstohlen geht der Mond auf" von Zuccalmaglio, heiteres, schalkhaftes Tändeln mit der Liebsten, voll Uebermut und Lebensfreude. Es folgten dann noch Lieder von Schumann, Silcher und Webers's Trutzlied aus dem „Freischütz". Das mitwirkende Schubert-Quartett brachte in Abänderung des Brucknerschen F-dur-Konzerts ein Klavierkonzert von Zäsar Franke und erfreute ebenfalls durch saubertste Technik und schönen Vortrag. Besonderen Beifall fand das Klavier-Quintett von Dvorak, diese echt slawische Volksmusik, von tiefster Schwermut überspringend in das fröhliche, breit gehaltene tänzerische Moment und wieder zurückziehend in dumpfe Melancholie. Die ganze Seele seines Volkes offenbart sich in Dvoraks Musik, echt, stark und bezwingend. Es war ein wirklich genußreicher Abend.

Revolverüberfall wegen verschmähter Liebe.

Am Montag nachmittag versuchte die 41 Jahre alte Agnes Smuda aus der Marienstraße 4 einen Revolveranschlag auf den 49 Jahre alten Ingenieur Eugen Schipke aus Reinickendorf-West, weil er die Beziehungen zu ihr lösen wollte. Die Smuda hatte wiederholt versucht, den Mann zu ihren Gunsten umzustimmen. Am Montag nachmittag lauerte sie ihm wieder auf, begleitete ihn bis zu seiner Haustür, und suchte ihn von neuem zu überreden. Schipke lehnte jedoch jede weitere Zusammenkunft kurzweg ab und wandte sich ab, um ins Haus zu gehen. Die Verschmähte zog jetzt einen Revolver und schoß hinter dem Manne her. Die Schüsse streiften Schipke am Unterleib. Seine Verletzungen sind jedoch nicht lebensgefährlich. Passanten nahmen die Smuda fest und übergaben sie der Polizei.

Die Zugattentate in Hoppegarten.

Zu den Steinwürfen auf die drei Züge am Bahnhof Hoppegarten, über die wir gestern bereits in Kürze berichteten, erfahren wir noch, daß am gestrigen Montag die Nachforschungen nach den Tätern fortgesetzt wurden, jedoch bisher noch zu keinem bestimmten Ergebnis führten. Es konnte festgestellt werden, daß die Uebeltäter zu einer Rotte junger Burschen gehören, die, 6 bis 8 Mann stark, in der Gegend wie die Hunnen gehaust haben. In der Siedlung Birkenstein gingen sie am Bahnkörper entlang und verübten jeden erdenklichen Unfug: sie brachen Gartenzäune um, hoben die Gartentüren aus den Angeln und warfen sogar die Stützstangen einer großen Reklametafel um und zerbrachen sie. Außerdem bewarfen sie die Züge mit einem Steinhagel. Nach diesen „Heldentaten" zog die Bande weiter nach Mahlsdorf zu und setzte dort ihr wüstes Treiben in der Händel- und Lortzingstraße fort. An einer Wohnung warfen sie mit Steinen die Fensterscheiben ein. Der Wohnungsinhaber quittierte mit mehreren Schreckschüssen, die die Rowdys verjagten. Sie krönten ihr Werk, indem sie die Straßenschilder herunterrissen und die Beleuchtungskörper zerstörten. Wohin sie von Mahlsdorf aus gezogen sind, ließ sich bisher noch nicht feststellen. Die Eisenbahnverwaltung hat für die Ergreifung dieser Strolche eine namhafte Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen erbittet Kriminalkommissar Dost, Dienststelle H. 4 im Polizeipräsidium.

Der „Stingl-Fritz" als Republikaner.

Republikanischer Erfindungsgabe ist es gelungen, den Markenfriderikus-Rex, den der Republikaner Stingl einführte, zu einem Symbol der Republik umzuwandeln. Eine Schweidnitzer Firma hat Markenumrandungen in Schwarzrotgold hergestellt, und das Reichsbanner mit seinen 4 Millionen Mitgliedern stellt sie zu einem wirklich billigen Preise zum Gebrauch: ein Bogen von 25 Umrahmungen für 10 Pf. Die beste Parade ist der Hieb, und so erweist sich der Unfug, einen König auf die Marke einer Republik zu setzen, als ein Fiasko: es wird den Monarchielüsternen

wohl nicht gut ums Herz sein, wenn sie den Alten Fritz aus republikanischer Umrahmung herausblicken sehen. Wohl gibt es ein doppeltes Kleben, erst die Marke auf die Umrahmung, dann das Ganze auf den Brief — aber die Mühe lohnt schon, wenn man dadurch den royalistischen Uebereifer höherer Beamten ad absurdum führen kann.

Revolutionsfeier der Kinderfreunde. Am Sonntag sah man viel frohe Kinderzüge, singend, mit roten und schwarzrotgoldenen Fahnen nach dem Friedrichshain ziehen. Pünktlich um 2,30 Uhr ward die Feier mit dem dänischen Sozialistenmarsch eröffnet. Dann folgte ein Kindersprechchor, an dem sich die Internationale anschloß. Die kleine Kundgebung wirkte in ihrer Einfachheit und Schlichtheit ganz besonders stark. Zum Schluß reihte sich die Kinderschar zu einem großen Zug, der ein beredtes Zeugnis ablegte von dem steten Wachsen der Berliner Kinderfreundebewegung.

Die Polizei im neuen Staate. Der stellvertretende Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, spricht am Mittwoch, den 24. November 1926, abends 8 Uhr, beim Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Bezirk Nord, über: „Die Polizei im neuen Staate". Der Vortrag findet in den Prachtsälen am Märchenbrunnen, Am Friedrichshain 29/32, statt. Eintritt nur gegen Einlaßkarten, die im Bureau des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, C. 2, Burgstr. 26 II, Zimmer 10, und zwar nur in sehr beschränkter Anzahl zu haben sind.

Ein schwerer Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Montag nachmittag vor dem Hause Petersburger Straße 1. Das 33jährige Hausmädchen Martha Schubert aus der Frankfurter Allee 327, die einige Einkäufe besorgen wollte, wurde beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Privatkraftwagen erfaßt und überfahren. Die Verunglückte wurde zur nächsten Rettungsstelle geschafft, wo jedoch der Tod kurz nach der Einlieferung infolge doppelten Schädelbruches eintrat. Die Leiche wurde ins Schauhaus gebracht. Die Schuldfrage ist nicht geklärt.

Aus der Partei.

Gen. Dr. Georg Gradnauer begeht heute seinen 60. Geburtstag. Seit sechsunddreißig Jahren im Dienst der Partei, Journalist, Schriftsteller, Reichstagsabgeordneter, sächsischer Ministerpräsident, Reichsinnenminister in der Regierung Wirth, jetzt seit Jahren Gesandter des Freistaates Sachsen in Berlin. Diese kurze Aufzählung umspannt ein Leben, das voll ist von Arbeit und Kämpfen und in dem eine klare Linie erkennbar ist: unter allen wechselnden Umständen treue Hingabe an die Sache der Arbeiterbewegung und der Allgemeinheit. Mit ruhiger Festigkeit hat Gradnauer seinen Standpunkt zu den drängende Problemen unserer Zeit gewählt und in allen Stürmen unbeirrt festgehalten, seine jahrzehntelange Verbundenheit mit der Partei hat ihm die Möglichkeit gegeben, über alle Richtungskämpfe des Tages hinweg, stets das Ganze im Auge zu behalten. So war er für manche schwierige Lage, die Ausgleich und Vermittlung verlangte, der gegebene Mann. Vor allem aber denken wir heute daran, daß Gen. Gradnauer acht Jahre lang, von 1897 bis 1905, als politischer Redakteur am „Vorwärts" wirkte. Enge Freundschaft verband ihn in jener Zeit mit Kurt Eisner, und vom Tode Wilhelm Liebknechts an bis zu dem Konflikt von 1905 drückten die beiden ganz verschiedenen, darum aber einander desto besser ergänzenden Temperamente dem Blatt den Stempel ihrer Persönlichkeit auf. Mit der Erinnerung an jene Zeit verbindet sich heute unser herzlichster Glückwunsch. Das Schiff grüßt den alten Steuermann.

Ostpreußischer Parteitag.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Am Sonntag tagte im Volkshaus in Elbing der Parteitag der ostpreußischen Sozialdemokratie. Der preußische Ministerpräsident Genosse Otto Braun wohnte ihm bei. Ueber die politische Lage referierte Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Hertz. Entschließungen, die sich für und gegen die Große Koalition aussprachen, wurden nach längerer Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Der Parteitag stimmte der Meinung des Referenten bei, daß die endgültige Entscheidung über eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie nur nach der konkreten Situation getroffen und dem Ermessen der Reichstagsfraktion überlassen werden müsse. Zur Regelung der Erwerbslosenfürsorge wurde einstimmig folgender Antrag angenommen:

„Der Ostpreußische Bezirksparteitag der SPD. erkennt die bisherige Förderung der Erwerbslosenfürsorge durch die Reichstagsfraktion der SPD. an und erwartet, daß sich die Reichstagsfraktion auch weiter für Verbesserung der Lage der Erwerbslosen (Unterstützung und Arbeitsbeschaffung) einsetzt, ebenso dafür, daß das Unterstützungsalter der Arbeitsinvaliden aus der Invalidenversicherung von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt wird."

Der vom Genossen Schulz-Königsberg erstattete Geschäftsbericht wies beachtliche Fortschritte der Parteiorganisation nach. In der Werbewoche sind mehr als 700 Mitglieder neu gewonnen worden. In der Aussprache wurde die Klage des Berichterstatters über zu geringe Fortschritte bei der Demokratisierung der Verwaltung von zahlreichen Delegierten unterstützt. Folgende Entschließung fand einmütige Billigung des Parteitages:

„Der Ostpreußische Parteitag der SPD. stellt fest, daß im achten Jahre der republikanischen Verfassung in Ostpreußen noch zahlreiche einflußreiche Staatsstellen sich in Händen republikfeindlicher Beamten befinden, ein Zustand, der allem demokratischen Empfinden Hohn spricht und Staat und Verwaltung gefährdet. Der Parteitag fordert von der preußischen Staatsregierung mehr wie bisher die Demokratisierung der Verwaltung in Ostpreußen zu fördern und in Zukunft höhere Verwaltungsstellen nur mit erprobten republikanischen, verfassungstreuen Beamten zu besetzen."

Parteifortschritte in Anhalt.

Am 1. Januar nächsten Jahres wird im Unterbezirk Anhalt die vierte sozialdemokratische Tageszeitung erscheinen, und zwar im Kreise Zerbst. Neben dem „Volksblatt für Anhalt", das in Dessau bereits im 37. Jahrgang erscheint, schufen unsere Genossen im Jahre 1919 in Bernburg ein zweites Blatt, das wie das Dessauer in einer eigenen Druckerei hergestellt wird. Im vorigen Jahre wurde der „Volkswille" in Cöthen gegründet, der in Bernburg gedruckt wird. Diese drei Blätter haben insgesamt einen um beinahe 6000 höheren Abonnentenstand als ihn das Dessauer Volksblatt in der Vorkriegszeit zählte. Nach diesen guten Erfahrungen besteht bei der agitatorischen Rührigkeit der Anhalter Genossen die begründete Aussicht, daß auch der neue Streiter in Zerbst sich durchaus lebenskräftig entwickeln wird. Durch die Schaffung von Buchhandlungsfilialen mit angestellten Leitern in Zerbst, Roßlau, Jeßnitz, Cöthen und Harzgerode — in Dessau besteht schon seit vielen Jahren eine Buchhandlung der Partei — wurden für dieses Unternehmen und damit auch für die Parteibewegung Stützpunkte von nicht geringer Bedeutung geschaffen. In diesen Städten sind Verkaufsläden in bester Lage der Stadt eingerichtet, die gleichzeitig die Zeitungs- und Druckereigeschäftsstelle bilden. In Zerbst und Roßlau haben die Genossen eigene Grundstücke erworben. Der Dessauer Betrieb, der schon lange auf eigenem Grund und Boden steht, ist durch den Ankauf eines Nachbargrundstückes erheblich erweitert, das Druckereigebäude vergrößert worden.

In fast allen diesen Orten sind unsere Parteigenossen Besitzer guteingerichteter Volkshäuser, die in eigener Regie bewirtschaftet werden und durch ihre großen Versammlungssäle das Parteileben und durch ihre gutausgestatteten Nebenräume und Restaurationseinrichtungen das gesellige Leben unter den Genossen stark fördern.

Nicht nur die Parteiorganisation in Anhalt, sondern auch die praktischen Einrichtungen innerhalb der Partei verdienen Anerkennung und eifern zum Wettbewerb an.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Dienstag, den 16. November: Konferenz aller Obleute und Mitglieder der Kreisbildungsausschüsse im Festsaal des Preußischen Landtages, Prinz-Albrecht-Straße, im Fraktionssaal der SPD., 7½ Uhr abends.

4. **Kreis Prenzlauer Berg. Arbeiterwohlfahrt:** Achtung, Genossinnen! Heute Dienstag, 16. November, von 7–7½ Uhr im Lokal Burg, Prenzlauer Allee 189, Lose abrechnen.

7. **Kreis Charlottenburg.** Dienstag, 16. November, 7½ Uhr, Kreismitgliederversammlung im Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 25/26. Tagesordnung: „Die Umbildung der Regierung im Reich". Referent: Dr. Paul Hertz, M. d. R.

9. **Kreis Wilmersdorf.** Freie Schulgemeinde. Dienstag 8 Uhr Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114/115, Monatsversammlung. Referent Justus Topp: „Alte und neue Erziehung". Gäste willkommen.

13. **Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade.** Die Mitglieder des Kreisbildungsausschusses nehmen an der Konferenz der Bildungsausschüsse am Dienstag, 16. November, 7½ Uhr, im Fraktionssaal der SPD. im Preußischen Landtag, Prinz-Albrecht-Str. 5, teil.

17. **Kreis Lichtenberg.** Achtung, Zeitungskommission! Dienstag, 16. November, 7½ Uhr, in der Bibliothek Weichselstr. 38 Sitzung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

18. **Kreis Weißensee.** Heute, Dienstag, 16. November, 8 Uhr, im neuen Jugendheim Parkstr. 36 Fortsetzung des Kursus: „Einführung in die Gesellschaftswissenschaft".

Heute, Dienstag, 16. November:

67. **Abt. Grunewald.** 8 Uhr im Bahnhofsrestaurant Grunewald Vortrag über: „Die Freie Schulgemeinde". Referent Wilhelm Mielkke. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen. Gäste herzlichst willkommen.

83. **Abt. Tempelhof.** Die Fragebogen sind durch die Bezirksführer dem Genossen Wille schnellstens zuzustellen. Die Bezirksführer werden außerdem gebeten, die Wählerlisten dem Vorsitzenden zukommen zu lassen.

96. **Abt. Neukölln.** 8 Uhr im Restaurant Teich, Knesebeckstraße, wichtige Funktionärsitzung.

125. **Abt. Weißensee.** 8 Uhr im neuen Jugendheim Parkstr. 36 Fortsetzung des Kursus: „Einführung in die Gesellschaftswissenschaft". Wir bitten um rege Beteiligung.

146. **Abt. Reichsdruckerei.** Nachmittags 4 Uhr im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstr. 44, Versammlung. Vortrag: „Der Achtstundentag". Referent Franz W. Beidler. Sympathisierende sind herzlichst eingeladen.

Morgen, Mittwoch, 17. November (Bußtag):

6. **Abt.** Zur Besichtigung des Westhafens treffen sich die Mitglieder vormittags 9 Uhr bei Dobrohlaw, Swinemünder Str. 11, oder 10 Uhr am Eingang des Westhafens, Putlitzbrücke.

7. **Abt.** Besichtigung der Wasserwerke in Friedrichshagen. Treffpunkt: pünktlich 9½ Uhr Bahnhof Friedrichstraße.

101. **Abt. Treptow.** Nachmittags ab 4 Uhr gemütliches Beisammensein beim Genossen Fallenhagen im Restaurant Neu-Tivoli, Neue Krugallee (früher Mikkel). Kaffeekochen gestattet. Vorträge, Unterhaltung usw. Die Abteilung Baumschulenweg ist herzlichst eingeladen.

Nowawes. Abends 8 Uhr im Eisenbahnhotel Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Kommunale Angelegenheiten.

Jungsozialisten. Heute, Dienstag, 16. November:

Gruppe Weißensee: 7½ Uhr im Jugendheim Parkstr. 36 Kursus: „Einführung in die Gesellschaftswissenschaft".

Frauenveranstaltungen:

79. **Abt. Schöneberg.** Mittwoch, 17. November, 7½ Uhr, bei Groß, Gedanstraße 17. Vortrag: „Wie schütze ich mich vor Typhus und anderen ansteckenden Krankheiten?" Referentin Dr. Käthe Frankenthal.

85. **Abt. Tempelhof.** Dienstag, 16. November, 7½ Uhr, bei Buse, Werberstraße. Vortrag: „Die Fürsorgepflichtverordnung". Referent Gen. Becker.

*

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Steglitz, 82. Abt.: Heute, Dienstag, 16. November, von 4–6 Uhr im Heim Albrechtstr. 47 Einübung zur Weihnachtsfeier.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

82. **Abt. Mariendorf.** Unser alter Genosse August Koepke, Bergstr. 7, ist am 13. November verstorben. Beerdigung heute, Dienstag, 16. November, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Friedhof in der Friedenstraße. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Abteilungsleiter, rechnet die Revolutionsfeierkarten ab und holt die Eintrittskarten für „Rund um den Schund" am 8. Dezember.

Freie Sozialistische Hochschule. Sonnabend, 20. November, 7½ Uhr, spricht Prof. Dr. Karl Vorländer-Münster über „Die ethische Idee im Sozialismus" im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3. Einlaßkarte 50 Pf.

Heute, Dienstag, 16. November, abends 7½ Uhr:

Wedding-Nord: Jugendheim Turiner Ecke Seestraße. Vortrag: „Staatsformen". — **Ballon:** Gemeindeschule Schulstraße. Vortrag: „Warum muß jeder klassenbewußte Arbeiter organisiert sein?" — **Senefelder-Viertel:** Jugendheim Danziger Str. 23. Vortrag: „Ferdinand Lassalle". — **Südwest:** Jugendheim Belle-Alliance-Platz 1. Vortrag: „Entwicklung der Technik". — **Wilmersdorf:** Jugendheim Hildegardstr. 4. Vortrag: „Erlebnisse aus der Revolution 1918". — **Mariendorf:** Alte Schule Dorfstr. 7. Vortrag: „Jugendschutz und Jugendrecht". — **Wannsee:** Schule Charlottenstraße. Vortrag: „Was ist Sozialismus?" — **Neukölln I:** Jugendheim Sander- Ecke Hobrechtstraße. Vortrag: „Der Bauernkrieg. — **Neukölln III:** Schule Weisestr. 19. Vortrag: „Sozialismus und Nation". — **Neukölln VI:** Schule Herzbergplatz. Arbeiter-Dichter. — **Reinickendorf-Ost:** „Seebad", Residenzstr. 46. Literaturabend: „Dostojewski". — **Pankow:** Städtisches Jugendheim Kissingen- Ecke Granitzstraße. Vortrag: „Bub und Mädel", erster Teil.

Werbebezirk Müggelsee: Bildungskursus, zweiter Abend. Jugendheim Köpenick, Grünauer Str. 5. Thema: „Einführung in den Sozialismus".

Werbebezirk Osten: Kreisvorstandssitzung 8 Uhr Jugendheim Rigaer Str. 108.

Abt. Senefelder-Viertel: Die Bestattung unserer verstorbenen Jugendgenossin Hilde Otto findet heute nachmittag ¼4 Uhr auf dem Friedhof der Zionsgemeinde, Nordend, statt. Die Jugendgenossinnen und -genossen, die an der Beerdigung teilnehmen, treffen sich 3¼ Uhr am Eingang des Friedhofs.

Morgen, Mittwoch, 17. November:

Neukölln VI: Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße. — **Britz:** Fahrt Gosener Berge. Treffpunkt ½7 Uhr Grenzallee Ecke Rudower Straße. — **Falkenberg:** Fahrt Krumme Lanke. Treffpunkt ½8 Uhr Bahnhof Grünau. — **Lichtenberg-Mitte und -West:** Fahrt Buch—Birkenwerder. Treffpunkt ½7 Uhr Stralau-Rummelsburg. — **Neukölln IV:** Fahrt Finkenkrug. Treffpunkt ½7 Uhr Ringbahnhof.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr. **Prenzlauer Berg:** Fr., d. 19., Kameradschaft Nordkap bei Gscheßl, 8 Uhr. Gäste können eingeführt werden. Kameradschaft Humannplatz an bekannter Stelle. Kameradschaft Arnswalder Platz im „Verwunschenen Schloß", Elbinger Str. 87. Kameradschaft Senefelder-Platz Di., d. 16., 7½ Uhr, bei Büttner, Schwedter Str. 23, Vollversammlung. Anschließend gemütliches Beisammensein mit Angehörigen. Vortrag des Kam. Jachert, M. d. L. — **Kreuzberg:** Abteilung 1 Fr., d. 19., 8 Uhr, außerordentliche Versammlung bei Seehof, Willibald-Alexis-Str. 5. — **Reinickendorf (Kreis):** Mi., d. 17., vormittags 9 Uhr, sämtliche Radfahrer des Kreises in Rosenthal 1 am Kirchplatz zur Stelle. Propagandafahrt. — **Wilden:** Fr., d. 19. Monatsversammlung bei Dubian, Restaurant zum grünen Baum. — **Schildow:** Kameradschaftsversammlung Mi. (Bußtag), d. 17., 5 Uhr, im Lokal Werner. Vollzähliges Erscheinen Pflicht. — **Neukölln:** Jungmannschaft Di., d. 16., arbeitslose Kameraden treten vormittags 10 Uhr Hermannplatz zum Besuch eines Druckereigroßbetriebes an.

Arbeiterverein für Biochemie und Lebensreform i. V. B. Monatsversammlungen finden in folgenden Bezirken statt: Dienstag, 16. November: **Reinickendorf:** Lokal Rößler, Residenzstr. 100. „Nervenleiden". — Donnerstag, 18. November: **Neukölln:** Lokal Angelrath, Elbestr. 28. „Das Herz und seine Leiden". **Hallesches Tor:** Lokal Kroll, Alte Jakob- Ecke Hollmannstraße. „Nieren- und Blasenleiden". Beginn überall 8 Uhr. Gäste willkommen. — Allgemeine Funktionärversammlung Freitag, 19. November, ½8 Uhr, Lokal Wertalla, Hohenlohestr. 3. Funktionärkarte 1926 legitimiert.

Psychologische Gesellschaft zu Berlin. Donnerstag, 18. November, 8 Uhr, ordentliche Sitzung im Institut für praktische Psychologie, Kurfürstendamm 45. Vortrag: „Eros und Sexualität".

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen. Ortsgruppe Norden 14: Donnerstag, 18. November, 8 Uhr, Mitgliederversammlung in den Kasino-Festsälen, Pappelallee 15. Bericht vom Gautag.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Genosse Pfarrer Bleier spricht am Bußtag im Rahmen von religiösen Feierstunden vormittags 10 Uhr in der Philipp-Melanchthon-Kirche, Neukölln, Kranoldstr. 16; abends 6 Uhr in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, über das Thema: „Wer soll Buße tun?" Am Totensonntag, abends 7 Uhr, spricht Pfarrer Bleier für den Volksfeuerbestattungsverein im Kaiserin-Augusta-Gymnasium, Charlottenburg, Cauerstr. 36 (nahe Berliner Straße). Totengedächtnisfeier.

Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner. Donnerstag, 18. November, 8 Uhr, Dönhoffkonditorei, Kommandantenstr. 84, öffentliche Sitzung des Arbeitsausschusses. Entschiedene Republikaner aller Parteien willkommen.

Arbeiter-Radio-Klub, e. V., Berlin SO. 36, Oranienstr. 182. **Bezirksgruppe Berlin:** Montag, 15. November, erweiterte Vorstandssitzung in der Geschäftsstelle. — **Gruppe Charlottenburg:** Dienstag, 16. November, Vortrag von Dipl.-Ing. Mendelsohn. Gäste willkommen. — **Gruppe Friedrichshain:** Jeden Mittwoch Straußberger Str. 3. Mittwoch, 17. November, fällt der Bastelabend aus. — **Gruppe Prenzlauer Berg:** Donnerstag, 18. November, großer öffentlicher Werbeabend. Thema: 1. Vortrag des Reichsvorsitzenden W. Hoffmann: „Der Rundfunk dem Arbeiter". 2. Technischer Vortrag des Schriftleiters Dipl.-Ing. Mendelsohn: „Wo liegt der Fehler". — **Gruppe Schöneberg:** Donnerstag, 18. November, Vortrag über „Mehrfachröhren".

Bei den „Freunden internationaler Kleinarbeit" spricht am Donnerstag, 18. November, 8 Uhr, in der Juristischen Sprechstunde im Vorwärtsgebäude Regierungsrat W. Donau, Direktor des Zweigamtes Berlin des IAA., über: „Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes".

Verein der Freidenker für Feuerbestattung E. V. Bezirk 3 Wedding: Oeffentliche Lichtbildervorträge: „Das Bestattungswesen im Wandel der Zeiten". Dienstag, 16. November, Henkels Familienhaus, Pasewalker Str. 3. Donnerstag, 18. November, Schmidts Festsäle, Prinzenallee 33. Montag, 22. November, Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42. Dienstag, 23. November, Schreibers Festsäle, Triftstr. 68. Mittwoch, 24. November, Sängerheim, Weddingstr. 9. Anfang 7 Uhr. Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pf. erhoben.

„Der Junge Chor" (Mitglied des ASB.) ruft alle sangesfreudigen Burschen und Mädel der arbeitenden Jugend zur Mitarbeit auf. Im März will der Chor an zwei Sonntagen neben anderen Chören des ASB. an der Aufführung des „Frühlingsmysteriums" von Bruno Schönlank, von H. Tiessen vertont, mitwirken. Hinterher soll im April ein eigenes Konzert von klassischen Volks- und Jugendliedern stattfinden. Daneben heißt es hier und da die Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen verschönern helfen. Alle, die Lust und Freude am Gesang und ernster Arbeit haben, mögen zum Jungen Chor kommen. Jeden Dienstag Uebungsabend 8–10 Uhr in der Schulaula Weinmeisterstr. 15. Aufnahme neuer Mitglieder jeden ersten Dienstag im Monat. Schriftliche Anfragen an Max Seidelmann, NW 87, Brüsselstr. 44 T. und Paul Bühler, SO 36, Wrangelstr. 21.

Geschäftliches.

In einem der großen Lichthöfe von A. Wertheim, Leipziger Platz, erhebt sich eine wunderschöne Spielzeugausstellung, welche durch ihre Märchenpoesie jung und alt erfreut. Auf grünem Rasen unter großen, leuchtenden Blumen treiben groteske Wurzelmännchen und liebliche Elfen ihr neckisches Spiel. Und alles überragt ein hoher, silberner Zauberberg, von dessen Hängen sich goldene Bäche auf grünen, blumigen Wiesengrund herabstürzen. Um diesen großen Mittelaufbau sind Bilder aus unseren schönsten Märchen dargestellt. Da sieht man die Märchen: „Die Prinzessin und der Schweinehirt", „Der Rattenfänger von Hameln", „Die Heinzelmännchen", „Tischlein deck dich" und „Der Froschkönig". Auch in den anderen Häusern der Firma Wertheim sind sehenswerte Spielzeugausstellungen. In der Königstraße wird „Gretchens Traumreise" gezeigt. Die Rosenthaler Straße bringt „Stahlhänschen", und Moritzplatz hat das Märchen vom „Kleinen Muck" lebendig werden lassen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgebung. (Nachdr. verb.) Nach kühler Nacht am Tage wieder mild, zunehmende Bewölkung, aber keine erheblichen Niederschläge. — **Für Deutschland.** Im Süden meist heiter, sonst keine wesentlichen Aenderungen; an der Küste zeitweise etwas Niederschläge.

Arbeiter-Sport

Zum Kreistag in Brandenburg.

Praktische Arbeit gegen kommunistische Parolen!

Dem bevorstehenden Kreistag des 1. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund widmet die Montags-„Rote Fahne" einen längeren Artikel mit einem Wunschzettel dafür, was der Kreistag alles tun soll.

In dem Aufsatz stellt die „Rote Fahne" gegenüber dem Mitgliedergewinn der bürgerlichen Sportverbände eine gewisse Stagnation im Arbeiter-Turn- und Sport-Bund fest. Es wäre dem Bolschewistenblatt leicht gewesen, die tatsächlichen Verhältnisse mitzuteilen. Nach dem Geschäftsbericht des Bundes haben gerade die Quartalsbestanderhebungen im Jahre 1926 einen erfreulichen Zugang zu verzeichnen. Gegen den Bestand von 1925 wird ein Mehr von 31 000 Mitgliedern über 14 Jahre registriert. Und das trotz Massenarbeitslosigkeit, Massenelend und umfangreichster kommunistischer Gegenarbeit! Sollte allerdings mit dem angeblichen Mitgliederrückgang insbesondere der 1. Kreis, der Berlin-Brandenburg umfaßt, gemeint sein, so sind uns hier leider die betreffenden Zahlen unbekannt. Vielleicht ist man aber im kommunistischen Lager besser über die Wirkungen der Moskauer Fraktionsarbeit im 1. Kreise unterrichtet. Ein Wunder wäre es allerdings nicht, wenn sich wirklich aufgeklärte, klassenbewußte Arbeiter, angewidert von der fortgesetzten kommunistischen Hetze in den Vereinen, von diesen abwenden würden. Und dünkt, daß mit der kommunistischen Fraktionsarbeit auf dem kommenden Kreistag endlich aufgeräumt werden müßte.

Daß der Kampf gegen die Werksportvereine nicht nur Sache der Arbeitersportler, sondern auch der freien Gewerkschaften ist, braucht gerade von der Seite, die alles tut, um die Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen das Unternehmertum und seine Erscheinungen zu schwächen, nicht besonders betont werden. Daß dieser Kampf nicht vergeblich ist, beweist die „Rote Fahne" selbst. In dem genannten Artikel wird für die Gewerkschaften ein Zwang zum Kampfe gegen die Werksportvereine verlangt. Auf der nächsten Spalte aber wird in einem anderen Artikel betont, daß die wegen der Werksportfrage mit dem ADGB. gepflogenen Verhandlungen begrüßt worden seien. Was ist nun richtig? Schreibt man in der „Roten Fahne" Artikel lediglich zu dem Zweck, zu hetzen und Krach zu machen, oder erkennt man die erfolgreiche Arbeit der „sozialdemokratischen" Instanzen freudig an?

Die Auffassung aller nichtkommunistischen Arbeiter geht entschieden dahin, daß das Parteigezänk aus den Arbeitersportorganisationen zu verschwinden hat, und daß auch der kommende Kreistag wichtigeres tun sollte, als sich mit ellenlangen kommunistischen Resolutionen und Eintagsparolen zu befassen!

Schwerathletikkämpfe.

In Erbes Festsälen in der Hasenheide kam am Sonntag im Rahmen eines größeren Sportabends ein Klubkampf im Ringen zwischen „Berolina-Berlin" und dem „S.C.-Leipzig" zum Austrag. Es wurde in allen sieben Gewichtsklassen vom Fliegen- bis zum Schwergewicht gerungen. Es gab viel „Unentschieden". Im Fliegengewicht rangen Höhne-Leipzig und Karoß-Berlin im ersten Gang unentschieden. Im Retourkampf gelang es K., seinen Gegner in 6,35 Minuten auf die Schultern zu legen. Im Bantam-, Feder-, Halbschwer- und Schwergewicht rangen Illner (L.) — Weber (B.), Günsel (L.)—Droas (B.), Schie (L.) gegen Schnackenberg (B.) und Rosch (L.)—Sovran (B.) unentschieden. Im Leichtgewicht konnte Hentschel (B.) im Retourkampf nach 4,55 Minuten Hesse (L.) auf die Bretter legen. Auch im Mittelgewicht war Berlin mit Seelenbinder erfolgreich. Es war mithin einer der schönsten Kämpfe. Im Hinkampf siegte Seelenbinder bereits nach 1,8 Minuten, während er im Retourkampf schon 8,45 Minuten für einen Sieg brauchte. Obgleich die Leipziger Mannschaft über durchaus gutes Ringermaterial verfügte, konnte sie nicht einen einzigen Sieg erringen. Jiu-Jitsukämpfe beschlossen den Abend.

Einen größeren Kampfabend veranstaltete die Sportliche Vereinigung Nordost 06 unter der Devise „Tag der Meister" kürzlich in den Prachtsälen am Märchenbrunnen. Jiu-Jitsukämpfe (Endkämpfe um die Klubmeisterschaft) leiteten den Abend ein. Korbmann fertigte Schönfeld im Fliegengewicht nach 2,45 Minuten durch Würgegriff und Bauchschere ab. Einen erbitterten Kampf lieferten sich die Bantamgewichtler Wolf und Zwiebler. Nachdem der Kampf bereits über zwei Runden unentschieden ging, schien auch die dritte Runde keine Entscheidung zu bringen. Ueberraschend zwang Wolf dann aber seinen Gegner durch Fußhebel nach 13,56 Minuten zur Aufgabe. Auch der nächste Kampf brachte zwei Hitzköpfe in den Ring: Reschenbach und Redlich im Federgewicht. In der dritten Runde, nach 13,28 Minuten siegte Reschenbach durch Würgegriff. Im Leichtgewicht sprang für Flick, der durch einen Knöchelbruch am Erscheinen verhindert war, Neumann ein, der gegen Stirnemann antrat. Neumann war ein durchaus gleichwertiger Ersatz für Flick, konnte aber gegen Stirnemann nie recht zur Geltung kommen. Nach 6,42 Minuten erledigte Stirnemann seinen Gegner durch Armhebel. Im Mittelgewicht kam es zu einem sehr harten Treffen zwischen Barthel und Wummel. Zwei technisch gleich gute Gegner rangen über fast drei volle Runden, bis Barthel in der fünfzehnten Minute W. durch Halsschere zur Aufgabe zwingen konnte. Im Halbschwergewicht siegte Niewe überraschend nach 3,33 Minuten über Busse. Im Schwergewicht vollbrachte Steinke eine Glanzleistung. Er fertigte Göhmann durch Würgegriff bereits nach 1,21 Minuten ab. Sodann fand ein Klubkampf im Ringen in der A-Klasse zwischen „S. C. Berolina" und „Sportliche Vereinigung Nordost" statt. Die Kämpfe endeten zum größten Teil unentschieden, und standen auf einer technisch hochzuwertenden Stufe. Die Gäste konnten mit 8:6 als knapper aber verdienter Sieger hervorgehen.

Die Altersturner.

Am Altersriegenturnen in der Prinzenstraße nahmen am Freitag 116 Turner über 35 Jahre teil. Bei flotten Freiübungen, Spielen und Geräteturnen zeigte die „reifere Jugend", daß sie sich ihre Beweglichkeit erhalten hat. In der anschließenden Sitzung wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Beschlossen wurde, zu der großen Berliner Ausstellung im Jahre 1930 ein internationales Treffen der alten Turner und Sportler mit propagandistischen Vorführungen zu veranstalten. Auch wurde der Vorstand beauftragt, in der nächsten Sitzung einen Bericht über die Beteiligung am internationalen Sportfest in Moskau im Jahre 1828 zu erstatten. An der Altersriegenpartie nach Dessau nahmen 989 Personen aus dem ersten Kreise teil. Obgleich vereinzelter Widerspruch gegen so ausgedehnte Fahrten erhoben wurde, war doch die überwiegende Mehrheit dafür, auch im nächsten Jahre eine ähnliche Veranstaltung zu treffen. Es soll ein Treffen mit den alten Turnern und Sportlern Hamburgs in Wittenberge stattfinden und außerdem im Frühjahr eine Fahrt nach Brandenburg a. d. H., wo ein Spielfest abgehalten werden soll. Ein weiterer Beschluß geht dahin, zu versuchen, ein Werbeturnen der Alten in drei Turnhallen Berlins am gleichen Tage abzuhalten und zwar zwei für Männer und eins für Frauen. Das nächste Zusammenturnen soll im Januar stattfinden.

Turn- und Sportfest am Bußtag.

Die turnerischen und sportlichen Wettkämpfe der Freien Turnerschaft Groß-Berlin am Bußtag beginnen pünktlich 2 Uhr in der Zentralturnhalle, Prinzenstr. 70 (am Moritzplatz). Allen Besuchern wird ein vierseitiges Werbeblatt überreicht, das auf die Ziele des Arbeitersports hinweist, sowie das vollständige Programm und die Uebungsstätten des Vereins enthält. Vom Geräteturnen wird vielfach gesagt, daß es „veraltet" sei, dem scheint aber nicht so zu sein, denn zu dem Musterriegen-Wetturnen sind 44 Riegen gemeldet. Die Leichtathleten treten mit Frei- und Massageübungen, Pendel- und Rundstafetten in Konkurrenz. Zwischendurch werden Sondervorführungen verschiedener Art gezeigt: Freiübungen und Schrittarten der Frauen, Freiübungen nach Musik, von Frauen über 25 Jahre ausgeführt, Hantelübungen der Altersturner, Stabübungen, Uebungen am großen Ring, Mannschaftsspringen am Pferd, Wettkämpfe im Hochsprung und ein Handballspiel der Männer. Um 6 Uhr erreicht die Veranstaltung mit einem gemeinsamen Gesang ihr Ende. Alle Interessenten einer vielseitigen Körperkultur, jung und alt, werden am Bußtag ein interessantes Programm vorfinden, es verlohnt sich daher ein Besuch dieser Veranstaltung.

Schwimmfest in Charlottenburg.

Die „Freien Schwimmer Charlottenburg 04 E." veranstalteten am Sonntag ihr vereinsinternes Schwimmfest unter Beteiligung der „Freien Schwimmer Siemensstadt". Auch diese Veranstaltung war ein Zeichen, daß der Verein wieder in der Aufwärtsentwicklung begriffen ist. Vor einem leidlich gut besetzten Haus entwickelte sich ein zwar etwas langes, doch gut zusammengesetztes Programm. Der sportliche Teil zeigte einzelne sehr interessante Kämpfe, die oftmals im Endkampf recht spannend verliefen. Ein Erstschwimmen für Anfänger zeigte, daß auch auf dem Gebiet der Schwimmerausbildung ganz gute Fortschritte gemacht sind. Die Vielseitigkeit des Schwimmsports mit allen seinen Arten und Abarten kam in der Zusammenstellung der Darbietungen gut zum Ausdruck. Paddeln, Tauchen, Rettungsvorführungen und ein gut durchgeführter Abteilungsdreikampf sorgten für Abwechslung im Programm. Sogar im Schauspringen, sonst eine schwache Seite der FSC., zeigte man achtenswerte Leistungen. Zwei flotte Wasserballspiele der Jugend- und Männerabteilungen wurden vom Publikum gut aufgenommen.

Vereinsmeisterschaften im „Schwimmverein Vorwärts". Am Sonntag wurden die diesjährigen Meisterschaften des Vereins im Stadtbad Wedding ausgetragen. Die Wettkämpfe waren sehr spannend und die vielen Unterbietungen der Vereinsrekorde, insbesondere in den Mannschaftskämpfen, zeigten, ebenso wie die knappen Zeitunterschiede, eine Besserung in den Leistungen. Im Gruppenmehrkampf wurde der vorjährige Meister Lichtenberg auf den vierten Platz verdrängt. Erster wurde Gruppe Norden mit 64½ Punkten. Ein Wasserballspiel der Gruppe Norden gegen Lichtenberg gewann letztere nach reichlich hartem Spiel mit 3:2 Toren.

Mitgliederbewegung im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Der Geschäftsbericht des Bundes für das Jahr 1925 weist rund 526 000 Angehörige ohne die Kinder auf. 1924 waren 544 000 Angehörige über 14 Jahre zu verzeichnen. Die Quartalsbestandserhebungen 1926 haben einen erfreulichen Zugang gebracht. Das erste Quartal wurde mit 542 000, das zweite mit 557000 über 14 Jahre alten Mitgliedern abgeschlossen. Das ist gegen den Bestand von 1925 eine Zunahme von 31000.

Die Mitgliederzahl des Arbeiter-Turn- und Sportbundes erscheint gegen die der „Deutschen Turnerschaft", die mit 1½ Millionen aufwartet, gering; das findet aber seinen Grund in der grundverschiedenen Art der Bestandserhebung und der Mitgliederzusammensetzung beider Verbände. Die D. T. hat die Kinder mit eingerechnet, und verfügt außerdem über ein Heer von Doppel- und Ehrenmitgliedern. Gehört es doch zur Würde des guten Bürgers, neben dem Krieger- und Schützenverein den Vereinen der D. T. anzugehören. Werden die Kinder, Doppelmitglieder und Protektoren vom Bestand der D. T. abgezogen, so wird die Hälfte ihres Bestandes als Turner im Sinne des Wortes anzusprechen sein.

Betrachtet man die Umstände, unter denen sich die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung entwickeln mußte, so ist zu bedenken, daß sie im Kampf gegen alle Arbeiterfeinde vor sich geht. In gemeinsamer Front stehen hier die industriellen Unternehmer und Agrarier, die Geistlichkeit und die bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen. Zugehörigkeit zu einem Arbeiterturnverein hat heute noch Arbeitsentlassung oder Verweigerung der Firmung zur Folge. Dazu machen es die miserablen Löhne, die schlechte Wirtschaftslage und die Erwerbslosigkeit einem großen Teil der Arbeiterschaft nicht möglich, einem Arbeiter-Turn- und Sportverein beizutreten. Wenn trotzdem der Bund eine so große Zunahme zu verzeichnen hat, ist es ein Beweis dafür, daß seine Anerkennung als vollwertiges Glied in der Arbeiterbewegung immer mehr Raum gewinnt.

Schachwettkampf in Adlershof. Der Schachwettkampf des Arbeiterschachklubs Adlershof brachte eine starke Beteiligung. Es waren über 100 Gäste erschienen. Im Hauptturnier spielte eine kombinierte Mannschaft (Adlershof, Köpenick, Johannisthal, Niederschöneweide) an 18 Brettern gegen die Berliner Abteilung Humboldthain. Das Resultat ergab 9:9. Am Nachmittag fand die zweite Runde statt, die das Ergebnis 12½:5½ brachte. Erst in vorgerückter Stunde trennte man sich mit dem Versprechen, sich recht bald wieder zu gleichem Tun zusammen zu finden. Ein Erfolg war der Tag auch insofern, als wieder viele Gäste ihren Eintritt in den Schachklub erklärten und versprachen, die Spielabende bei Ziege, Bismarckstraße 29, regelmäßig zu besuchen.

Bürgerliche Sportmanieren. Der Prager Fußballklub „Sparta" hat eine Reise durch Nordamerika unternommen. Das letzte Spiel fand in Detroit statt, das die Prager mit 2:1 gewannen. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß sich dabei unglaubliche Szenen ereigneten. Von Anfang an wurde mit größter Erbitterung gespielt. Nach Halbzeit kam es zu einem tollen Zwischenfall. Im Lager der Amerikaner wurde die Behauptung aufgestellt, einer der Prager Spieler habe einen Gegner zu schlagen versucht. Die Diskussion darüber wurde so hitzig, daß die Zuschauermenge eingriff und schließlich das Spielfeld stürmte und Miene machte, die ausländischen Spieler tätlich anzugreifen. Die Polizei mußte eingreifen und ging schließlich mit gezogenen Revolvern vor, um die Menge auf ihre Plätze zurückzudrängen. Worauf das Spiel weiterging!

Städteringkampf Stettin-Berlin.

Vor gut besuchtem Hause fand der Städteringkampf Stettin-Berlin statt. Gitesia 87-Stettin mußte nach hartem erbitterten Ringen eine Niederlage mit 9:5 von Turich 06-Berlin hinnehmen. Der Städtekampf im Heben wurde von der Stammannschaft des SC. Turich mit 856 Punkten gewonnen, während die Abteilung Fürstenwalde des Vereins es nur auf 555,5 Punkte brachte. Im Serienringkampf der Jugend konnte Turich Köpenick mit 14:10 schlagen. Im Städteringkampf Silesia-Stettin gegen Turich-Fürstenwalde war Silesia mit 20:8 Punkten erfolgreich.

Mannschaftswaldlauf des SV. Moabit. Der Trainingskampf im Mannschaftswaldlauf, zu dem der Sport-Verein Moabit die Groß-Berliner Arbeitersportler zum Bußtag aufgerufen hat, vereinigt bis jetzt die Vereine Moabit, ASC. Weißensee und Schwimm-Verein Vorwärts mit rund 30 Mannschaften am Start. Einige Nachmeldungen werden die Beteiligung noch verstärken. Der Ablauf erfolgt 2,30 Uhr nachmittags Seestraße Ecke Afrikanische Straße (gegenüber der Hochschulbrauerei). Die Männermannschaften laufen 5 Kilometer um das Kirchhofsgelände am Plötzensee, die Jugend 2,5 Kilometer und die Schüler 1,5 Kilometer um den Goethepark in der Jungfernheide. Ein geschlossener Propagandalauf zum Wassersportplatz Plötzensee und zurück beschließt die Veranstaltung.

Fußballresultate vom 14. November:

Immer näher rückt die Entscheidung in der Herbstrunde. Nach und nach schälen sich die Meister aus dem Gros heraus. Aber auch so mancher Verein, der schon von Meisterehren träumte, wurde jäh aus dem Traum gerissen. Das mußte auch Luckenwalde 1 erfahren, das im Spiel gegen Teltow mit 2:3 beide Punkte einbüßte. Dadurch ist Berolina an die Spitze und Luckenwalde 1 mit Teltow und Luckenwalde 2 zusammen an die zweite Stelle gerückt. Ebenso ergeht es Wilmersdorf in Gruppe B. Durch die Niederlage von 2:4, die sie durch Nowawes einstecken mußte, gelangte der Neuling Wannsee an die Spitze, und Brandenburg und Wilmersdorf teilen sich in den zweiten Platz. Neukölln sicherte sich durch einen 3:0-Sieg über Frisch-Auf die Führung in Gruppe C, während Wolfersdorf die Spitze in Gruppe D behält. — Im Norden sicherte sich Staaken mit einem 5:2-Sieg über Reklin die Führung in Abteilung A. Recht ungeklärt liegt die Sache in Gruppe C. Dadurch, daß Adler 12 und Pankow 08 mit 1:5 geschlagen wurde, liegen drei Vereine mit je zwei Verlustpunkten an der Spitze. In Gruppe E sicherte sich Borussia durch ein 2:1-Resultat über Wacker 20 die erste Stelle. — Bezirk Osten: O selige Zeit, o Meisterzeit, wie liegst du fern, wie liegst du weit, so kann Stralau singen. Vier lange Jahre war Stralau Bezirksmeister im Osten. Durch die 2:4-Niederlage, die sie am Sonntag von Treptower Ballspielklub bekamen, sind sie allen Sorgen und Angriffen, denen ein Meister ausgesetzt ist, aus dem Wege gegangen. — Weitere Resultate: Rosenow gegen Rauen 5:2. Birkenwerder gegen Nord-Ostsenburg 6:0. Mittenau gegen Velten 0:5. Arbeitersportverein 24 gegen Britz 3:2. Adler 08 gegen Teutonia 3:1. Fichte-Gesundbrunnen gegen Alemannia 1:4. Amateure gegen Tegel 24 2:1. Lichtenberg 1 gegen Britannia 5:3. Sadowa gegen Askania 2:1. Wriezen gegen Borwärts 20 4:6. Oberspree gegen Brandenburg 02 1:0. Hertha 22 gegen Johannisthal 1:0. Friedrichshagen gegen Germania 3:3. Berlin 12 gegen Neuköllner Ballspielklub 4:1. Zehlendorfer Ballspielklub gegen Belitz 3:1. Viktoria gegen Potsdam 1:2. Schöneberg gegen Rixdorf-Borwärts 1:1. Kreuzberg gegen Luckenwalde 3 0:2. Kolzenburg gegen Charlottenburg 1:1. Marienborfer Sportklub gegen Fichte 24 1:1. Treptow gegen Wolfersdorf 2:9.

Hockeyspiele vom 14. November.

In Gruppe A gelang es Fichte-West, den Turnverein Pankow 3:1 zu schlagen. Bis zur Halbzeit (1:1) konnte sich keine der Mannschaften wesentlich durchsetzen. Erst nach der Pause fand sich Fichte-West besser zusammen und konnte dies auch durch zwei Tore ausdrücken. Die Ueberlegenheit war jedoch nicht so groß als es das Zahlenergebnis zeigt. Die Umstellung des Mittelläufers zum Mittelstürmer hat sich als nicht gut erwiesen und hätte ihnen, bei etwas weniger Pech auf seiten Pankows, leicht den Sieg kosten können. Turnverein Pankow hat seine Niederlage den Verteidigern zuzuschreiben, die sich auf die Spielweise von Fichte-West nicht einstellen konnten. Das Spiel war technisch gut und schnell. Die Freie Turnerschaft Groß-Berlin-Norden II 1 und Athletik-Sportklub 1 trennten sich unentschieden 0:0. Das Spiel konnte nicht recht gefallen. Beide Mannschaften zeigten schon besseres Können. Der Sturm des ASC. war besser, kannte sich aber bei der etwas hart und scharf spielenden Verteidigung Groß-Berlins nicht durchsetzen. Während die Stürmer Groß-Berlins viele Schußgelegenheiten verpaßten. Das Spiel ergab reichlich viel Fouls. Auch hatten die Schiedsrichter das Spiel nicht in der Hand. Freie Turnerschaft Schönholz und Freie Turnerschaft Charlottenburg trennten sich nach äußerst hartem Kampf 2:1. Ein Unentschieden hätte besser gepaßt, da Charlottenburg wieder einmal einen großen Tag hatte. Der Sturm war gut und schnell, verstand es aber nicht, die äußerst zähe Verteidigung Schönholz zu überwinden. Der Stand in der Gruppe A ist folgender: Freie Turnerschaft Schönholz 2 Spiele 2 gewann 6:4 Tore 4:0 Punkte. Turn- und Sportverein Fichte-West 3 Spiele 2 gewonnen 1 verloren 10:7 Tore 4:2 Punkte. Athletik-Sportklub 2 Spiele 1 gewonnen 1 unentschieden 3:1 Tore 3:1 Punkte. Turnverein Pankow 2 Spiele 1 gewonnen 1 verloren 5:6 Tore 2:2 Punkte. Freie Turnerschaft Groß-Berlin 2 Spiele 1 unentschieden 1 verloren 2:4 Tore 1:3 Punkte. Freie Turnerschaft Charlottenburg 3 Spiele 3 verloren 5:9 Tore 0:6 Punkte. In den anderen Gruppen spielen Freie Turnerschaft Groß-Berlin-Norden II 2. Mannschaft über Athletik-Sportklub 2. Mannschaft 3:2. Turnverein Pankow 2 gegen Schönholz 3 3:1. Freie Turnerschaft Schönholz 2 gegen Staaken 1 0:1. Freie Turnerschaft Charlottenburg 2 gegen Moabit 1 2:0. Die „Frauenmannschaften der Freien Turnerschaft Schönholz gegen Pankow trennten sich 5:0.

Turnspiele am 14. November.

Handball. Auf dem Vereinsplatz in der Württembergischen Straße in Wilmersdorf standen sich die Vereinsjugendmannschaften der Freien Turnerschaft Groß-Berlin und Fichte 19 gegenüber. Nach dem Anwurf setzte sich Groß-Berlin sofort vor dem Tor von Fichte fest und kann nach 5 Minuten das erste Tor erringen. Das zweite Tor erhält Groß-Berlin, nach dem dritten Tor führen einige kurz hintereinander gegebene Ecken immer wieder zu neuen Ecken, bis es Fichte gelingt, durchzubrechen, was aber durch Abseits vereitelt wird. Groß-Berlin erlangt bis zur Halbzeit noch fünf Tore. Trotzdem Groß-Berlin jetzt gegen den Wind spielt, gelingt es, immer weitere Tore zu erringen. Fichte kann niemals über die Verteidigung hinaus. Mit dem Resultat von 20:0 (Halbzeit 8:0) wurde das „Spiel" beendet.

Arbeiterturner-Sportbund. Kreistag Brandenburg! Die Delegierten zum Kreistag treffen sich am Sonnabend, den 20. November, nachmittags ¾1 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof. Abfahrt des Zuges nach Brandenburg 1,55 Uhr. Das Fahrgeld für Hin- und Rückfahrkarte (Sonntagsrückfahrkarte) ist vorher zu verauslagen und wird am Sonntag auf dem Kreistag wieder zurückerstattet.

Der Kreisrat: Reichert.

Sportabend in Moabit. Der Sportklub Siegfried 09, Mitgl. d. ATV., bringt am Totensonntag im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24, Ring im großen Saal, ein vorzügliches Sportprogramm. Boxen, Heben, Ringen. Anfang 7 Uhr. Eintritt 1 M. Erwerbslose 50 Pf. Am 15. November beginnt ein Boxkursus. Teilnehmer können sich in der Turnhalle Wiclefstr. 53 melden. Montag, Dienstag und Freitag von 7½—9½ Uhr.

Touristenverein „Die Naturfreunde" (Zentrale Wien). Abt. Friedrichshain: Dienstag, 16. November, 8 Uhr, im Heim Ebertstr. 12. „Alkohol und Arbeiterschaft". — **Abt. Norden:** Dienstag, 16. November, 8 Uhr, im Heim Sonnenburger Str. 20. Nur Jugendgruppe tagt. — **Abt. Tiergarten:** Dienstag, 16. November, 8 Uhr, im Heim Wiclefstr. 5. „Geschichte Berlins". — **Abt. Treptow:** Dienstag, 16. November, 8 Uhr, im Heim Elsenstr. 3 Gesangsgruppe. — **Abt. Wedding:** Dienstag, 16. November, 8 Uhr, im Heim Luxemburger Str. 7. „Unsere märkische Vogelwelt". — **Abt. Friedrichshagen:** Donnerstag, 18. November, 8 Uhr, bei Frau Friedrichstr. 73. Vorlesung (Weidner). — **Abt. Gesundbrunnen:** Mittwoch, 17. November, 8 Uhr, in der Aula des Schiller-Lyzeums, Park- Ecke Böttcherstraße, Lichtbildervortrag des Genossen F. Wendel: „Der Sozialismus in der Karikatur" unter Mitwirkung der Musikgemeinschaft. Einlaßkarten zu 40 Pf. an der Abendkasse. — **Abt. Neukölln:** Donnerstag, 18. November, 8 Uhr, im Heim Sanderstr. 11. „Lustige Tiroler Geschichten". — **Abt. Prenzlauer Berg:** Donnerstag, 18. November, 8 Uhr, im Heim Danziger Str. 23. Bunter Abend. — **Abt. Lichtenberg:** Donnerstag, 18. November, 8 Uhr, im Heim Parkaue 10. Volkstanzabend. — **Abt. Reinickendorf:** Donnerstag, 18. November, 8 Uhr, in Reinickendorf-West, Seidelstraße (Jugendhaus). Vortrag.

Ruderverein „Collegia". Sämtliche Genossen treffen sich Mittwoch früh 8½ Uhr auf dem Stettiner Fernbahnhof zur Herbstlauffahrt. Fahrgeld 1,40 M. hin und zurück. Arbeitslose frei. Kahnrudern jeden Sonnabend 7—9 Uhr. Erscheinen aller aktiven Genossen ist erforderlich.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Radfahrer, Rennfahrer und Wettfahrausschuß. Zusammenkunft aller Rennfahrer, Radfahrer usw. Sonnabend, 20. November, nicht in Plötzensee, sondern in Berlin, Conzordia-Festsäle, Andreasstr. 64, im kleinen Saal. Freunde und Anhänger sind mit Familien herzlich willkommen. Anfang 8 Uhr. Vortrag, geselliges Beisammensein. Kein Eintrittsgeld.

Turn- und Sportvereinigung Friedrichshagen. Sonnabend 20. November, 7 Uhr, in Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichshagen, Friedrichstr. 137, Kinderfestballhauturnen.

Bußtagsveranstaltung des Berliner Arbeiter-Schachklubs. Die Bußtagsveranstaltung findet in den Pharussälen, Müllerstr. 142, statt. Allem voran steht an diesem Tage der traditionelle Wettkampf Nord gegen Süd. An weit über 100 Brettern wird dieser Kampf ausgetragen. Nachdem finden Simultanvorstellungen der Klubspieler des Klubs sowie ein Blitzturnier statt. Hier ist jedem Gast Gelegenheit gegeben seine Spielstärke zu messen. Gleichzeitig findet im kleinen Saal ein Blitzturnier statt. Außerdem finden Positionswettkämpfe des 1. Bezirkes statt. Vormittags 10 Uhr: Vorentscheidungskämpfe im kleinen Saal. Nachmittags 2 Uhr: Nord gegen Süd im großen Saal. Bezirkswettkämpfe im kleinen Saal. 6 Uhr: Blitzturnier im großen Saal. Blitzturnier im kleinen Saal. Eintritt 50 Pf. Arbeitslose und Jugendliche frei. Die Berliner Abteilungen haben sich um 1 Uhr mit sämtlichem Spielmaterial einzufinden.

Jiu-Jitsu-Kursus. In den nächsten Tagen beginnt im SC. Turich ein Kursus im Jiu-Jitsu. Interessenten die daran teilnehmen wollen, können sich Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 8—10 Uhr in der Turnhalle Köpenicker Str. 2 melden. — Der Berufsboxer Herr Richard Kaube, Berlin, Trainer des Betriebssportvereins der Eisenbahn, hat nebenbei die Aufgabe, Mitglieder von Arbeitersportvereinen in den Eisenbahnsportverein hinüberzuziehen. Unter allerlei Versprechungen erscheint er in den Wohnungen und versucht die Arbeitersportler zum Uebertritt in den Betriebssportverein zu bewegen. Wir warnen alle Arbeitervereine vor diesem Herrn.

Die Turnersparte der Freien Sportvereinigung Schöneberg veranstaltet am Bußtag ein neuzeitliches Werbeturnen in der Turnhalle Rötherstraße (in der Nähe des Stadtparks Schöneberg).

Der Segen der Konsumvereine.

Rationalisierung der Warenverteilung. – Eine Denkschrift des IAA.

Die ungenügende Kaufkraft der breiten Massen ist nach dem Kriege ein Weltproblem geworden. Es ist eine der Aufgaben der 1927 tagenden Weltwirtschaftskonferenz, die Möglichkeit zur Erweiterung des Absatzes der Industrien zu studieren und zweckdienliche Vorschläge zur praktischen Lösung des Problems zu machen. Eine große Rolle für die Klärung und Lösung des Problems spielt die Frage der Zwischengewinne des Handels und die Möglichkeit ihrer Ausschaltung. Erfaßt man diese Frage unter dem Begriff der „Rationalisierung der Warenverteilung", so ist es klar, daß der Wegfall dieser Zwischengewinne das allgemeine Preisniveau erheblich senken und auch bei gleichbleibendem Einkommen für andere Waren neue Kaufkraft entstehen muß. Das Ideal auf diesem Wege stellt bekanntlich jene genossenschaftliche Organisation dar, in der die Konsumenten zugleich Verkäufer und Käufer sind (Konsumgenossenschaften), eventuell durch Hinzunahme der Eigenproduktion zugleich Erzeuger und Verbraucher, bei der die erzielten Gewinne in der Form von Rückvergütungen als Kaufkraft wieder zur Verfügung stehen. Die für die Weltwirtschaftskonferenz praktisch gestellte Frage lautet, ob durch den Ausbau dieser genossenschaftlichen Organisationen das erstrebte Ziel der allgemeinen Absatzerweiterung erreichbar ist. Um diese Frage zu bejahen, muß der Beweis geliefert werden erstens dafür, daß bei gleicher Qualität die Preise der Konsumvereinswaren niedriger sind, daß zweitens die Bildung von Konsumvereinen eine Senkung des Preisniveaus beim freien Handel zur Folge hat und daß drittens das allgemeine Preisniveau um so stärker sinkt, je mehr sich die Konsumvereine im Verhältnis zum freien Handel ausbreiten.

Niedrigere Preise in den Konsumvereinen.

Dieser Beweis wird jetzt in einer Denkschrift geführt, die das Internationale Arbeitsamt in Genf veröffentlicht. Zur Novembertagung des Vorbereitungsausschusses für die internationale Wirtschaftskonferenz werden die „Ergebnisse einiger Erhebungen zur Aufstellung eines Vergleiches zwischen den Verteilungskosten des Privathandels und denen der Konsumgenossenschaften" zusammengestellt. Ihnen entnehmen wir folgende Nachweise niedrigerer Preise bei den Konsumgenossenschaften.

Für Brot.

Der Konsumverein „Hoffnung" in Köln kaufte acht Brote aus privaten Bäckereien und Brotfabriken und stellte sie am gleichen Tage acht Broten der eigenen Bäckereien mit dem gleichen Preis von 55 Pf. pro Stück gegenüber. Je drei Brote der Privatbäckereien wogen 1200 und 1170 Gramm, je eines 1215 und 1150 Gramm. Vier Brote des Konsumvereins wogen je 1330 Gramm, drei je 1320 Gramm und bis 10 Gramm darüber, eines 1340 Gramm. Der Pfundpreis stellte sich im Durchschnitt bei den Privatbäckereien auf 23,22 Pf., bei den Konsumbroten auf 20,68 Pf. Der Vorteil der Konsumvereinsmitglieder betrug pro Pfund 2,54 Pf. oder 12,19 Proz., um die das Konsumbrot billiger war. Dazu kommt aber noch die den Mitgliedern aus dem Jahresüberschuß zu gewährende Rückvergütung.

Im Auftrag der schwedischen Regierung stellte der einstimmige Bericht des „Ausschusses zum Studium der Frage des Zwischenhandels bei Lebensmitteln" vom Sommer 1922 folgende Brotpreisdifferenzen in Stockholm und Göteborg zugunsten der Konsumgenossenschaften fest:

	in Stockholm	in Göteborg
für 1 kg Weißbrot . . .	9 Oere od. 8,5 Proz.	11 Oere od. 8,5 Proz.
für 1 kg Graubrot (Hefe)	15 Oere od. 14,3 Proz.	22 Oere od. 20,0 Proz.
für 1 kg „ (Sauerteig)	18 Oere od. 22,2 Proz.	13 Oere od. 25,0 Proz

Diese Differenzen erhöhen sich ebenfalls noch um die gewährten Rückvergütungen, die das Ausmaß der durch den billigeren Brotkonsum für andere Waren festgesetzten Kaufkraft noch entsprechend vergrößern.

Der „Königliche Ausschuß für Lebensmittelpreise in Großbritannien" untersuchte das Verhältnis der Brotpreise der Konsumgenossenschaft von Woolwich zu den in der „Labour Gazette" veröffentlichten Durchschnittspreisen an 21 Stichtagen für die fünf Jahre von 1920 bis einschließlich 1924. Für ein Vierpfundbrot ergaben sich zugunsten der Konsumgenossenschaften Schwankungen zwischen 2 und 12 Proz., wobei im Durchschnitt das Konsumbrot um rund 10 Proz. billiger war.

Für Lebensmittel des Massenhaushalts.

Ein Genossenschaftsbezirk der unteren Normandie in Frankreich verglich 29 nach Güte und Gewicht von unparteiischen Sachverständigen gleichgestellte Warenmengen aus sechs privaten Geschäften verschiedener Größe, darunter drei Filialen mit konsumbetriebsähnlichem Aufbau, und aus seinen eigenen Konsumbetrieben. Im Vergleich mit den Preisen einer Großspezerei waren die Konsumpreise um 6,73 Proz., gegenüber den mittleren Spezereien um 13,21 Proz. und gegenüber den kleinen Handlungen um 19,41 Proz. billiger. Wurden die einbezogenen Luxusartikel ausgeschaltet (Liköre und Champagner), so erhöhten sich die Differenzen gegenüber den privaten Groß- und Mittelbetrieben auf 8,78 bzw. 17,89 Proz. Die Rückvergütungen blieben dabei außer Ansatz.

*

In der Schweiz wurde für den 20. Oktober 1925 ein Vergleich für das ganze Land durchgeführt. Dieser Vergleich ist besonders wichtig, weil den Erhebungen des „Verbands schweizerischer Konsumvereine" eine eigene Erhebung des privaten Schweizerischen Spezereihändlerverbands gegenübergestellt ist, die in der „Schweizerischen Spezereihändlerzeitung" vom 20. November 1925 mitgeteilt wurde. Bei dem Vergleich hat der Verband der Konsumvereine nur seine Preise in den größeren Städten zugrundegelegt, obwohl diese ungünstiger als der Durchschnitt sind. Von 29 nach Gewicht und Qualität genau vergleichbaren Artikeln waren am 1. Oktober 1925 acht Artikel im Preise höher als die Privathändlerpreise, drei mit diesen gleich, aber achtzehn waren niedriger. Am 1. November 1925 war nur ein Artikel im Preise höher, drei waren gleich und 25 waren niedriger.

Die Genossenschaft „Volkskraft" in Erfurt nahm am 19. Mai 1926 für 25 Artikel des laufenden Verbrauches bei zwei Kleinkaufleuten und der Genossenschaft sorgfältig vergleichende Stichproben vor. Die 25 Waren im Gesamtgewicht von 8200 Gramm kosteten bei der Genossenschaft 9,38 Mark, bei dem Händler A kosteten dieselben Waren im Gewicht von 7906 Gramm aber 11,39 Mark = 25 Proz. mehr, bei dem Händler B 8962 Gramm 9,69 Mark = 6,5 Proz. mehr, und zwar nach Einrechnung von 3 Proz. Rückvergütung, der Gewichtsunterschied zum Vorteil der Konsumvereine ist jedoch nicht berücksichtigt.

Wegen des rein amtlichen Charakters der Untersuchung wichtig ist der Vergleich des Statistischen Amts der Stadt Essen für 19 Artikel an fünf Stichtagen der Monate Oktober und November 1924. Dabei erwiesen sich die Preise der Genossenschaft „Wohlfahrt" in 74 Fällen billiger, in 10 Fällen als gleich, nur in 11 Fällen um eine Kleinigkeit teurer als die Privathandelspreise. Bei einer Gesamtausgabe von 81,77 Mark waren beim Konsumverein bei Einrechnung der fünfprozentigen Rückvergütung zu sparen 10,90 Mark oder rund 13 Proz.

Ebenfalls amtliche Ziffern, und zwar des Statistischen Amtes Hamburg, dienen der Erhebung des Konsumvereins „Produktion" vom Juni und Juli 1926 zum Vergleich mit seinen Preisen: für gleiche Mengen von 24 Waren ergibt sich beim Konsumverein ein Preis von 97,63 Mark im Juni (bei 5 Proz. Rückvergütung nur 92,75 Mark) gegen 104,95 Mark des Statistischen Amts; im Juli ein Preis von 95,20 Mark (bei 5 Proz. Rückvergütung nur 90,44 Mark) gegen 103,55 Mark des Statistischen Amts. Das sind Unterschiede zugunsten der Konsummitglieder im Juni von 11,58, im Juli von 12,66 Proz. Außerdem fielen die Preise vom Juni zum Juli beim Konsumverein schneller als im Privathandel: um 2,35 gegen 1,33 Proz.

Für die Versorgung mit Kohle.

Große Beachtung verlangt auch die billigere Kohlenversorgung der Weltstadt London durch Genossenschaften, die die Royal Commission für die Kohlenindustrie festgestellt hat. Obwohl die Genossenschaften nur Haushaltungen versorgten und infolgedessen höhere Transportkosten als der private Großhandel hatten, die auch Industrie und private Kleinhändler versorgten, waren die Genossenschaftspreise pro Tonne um 5¾ Pence niedriger, der Reingewinn der Genossenschaft war aber, weil ihre Verwaltungskosten nur halb so hoch, mit 11⅓ Pence gegen 6½ Pence beim Privatgroßhandel pro Tonne fast doppelt so groß, und dieser Gewinn floß durch Rückvergütung zum größten Teil den Konsumenten wieder zu.

Die Konsumvereine drücken das allgemeine Preisniveau herab, sofort bei der Gründung und immer stärker bei der Ausdehnung.

Dafür drei Beispiele aus der Denkschrift:

Bei der Gründung einer genossenschaftlichen Fleischbank in Ungarn lagen die Fleischpreise der Genossenschaft sofort beträchtlich tiefer. Die Privatschlächter wurden gezwungen, ihre Preise im Durchschnitt um volle 20 Proz. herabzusetzen, und auch nachher lagen die Preise der Genossenschaftsschlächterei tiefer, so daß sich der Preisdruck weiter fortsetzte.

Die Konsumgenossenschaften des Bezirks Orne in der Normandie verglichen die Preisentwicklung zweier Orte vom Gründungstag des Genossenschaft bis zu zwei späteren Stichtagen, zwischen denen jeweils mehrere Monate konsumgenossenschaftlicher Wirksamkeit lagen. Für 25 bis 30 Gebrauchsartikel des Haushalts betrug am Gründungstag (28. August 1919) die Preisdifferenz 31 Proz., am 2. Januar 1920 war sie auf 22 Proz., am 7. Juli 1920 auf 11 Proz. herabgedrückt. Eine Stichprobe an Orten, in denen in dieser Zeit keine Konsumgenossenschaft gegründet wurde, zeigte, daß die anfängliche Preisdifferenz von 30 Proz. auch in den 11 folgenden Monaten dieselbe blieb.

In Kanada wurde die Preisentwicklung am Hauptsitz der Genossenschaft, an zwei Orten mit alten Filialen, an einem Orte mit einer im Ausbau befindlichen Filiale und an zwei Orten ohne Konsumvereine für 29 Waren fortlaufend beobachtet. Das Ergebnis war: in allen Orten waren und blieben die Privathandelspreise höher; in dem Maße aber, in dem die Tätigkeit der Genossenschaften abnimmt, steigt von einem Ort zum anderen die Preisdifferenz zuungunsten des freien Verbrauchers.

*

Man sieht, die Denkschrift des IAA. beweist, was sie zu beweisen hat: Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften der Konsumenten senken die Preise und stellen durch ihre dauernd absolut niedrigeren Preise und ihre Rückvergütungen Kaufkraft für andere Waren frei, erhöhen den Absatz der Industrie und vergrößern die Beschäftigungsmöglichkeit für die im Gefolge des Krieges arbeitslos gewordenen Massen. Es wäre in der Tat unabsehbar, wie groß diese Freistellung von bisher in der privatkapitalistischen Warenverteilung verschwendeter Kaufkraft noch sein könnte, wenn grundsätzlich die genossenschaftliche Warenverteilung mit ihrer Sozialisierung der Verteilungsgewinne zugunsten eines stärkeren Verbrauchs zu einem internationalen Rationalisierungsprinzip der Warenverteilung erhoben würde. Praktisch würde das durch den immer schärferen und umfassenderen Ausbau des Konsumvereinswesens zu genossenschaftlichen Großwarenhäusern und zum spezialisierten Großfilialensystem mit national und international zentralisiertem Einkauf und rationell ausgedehnter Eigenproduktion geschehen müssen. Es wird die Aufgabe der Arbeiter- und Konsumentenvertreter auf der Wirtschaftskonferenz sein, diese notwendige Tendenz zur Rationalisierung der Weltwirtschaft in den Beschlüssen und Ratschlägen der Konferenz deutlich und für alle Welt vernehmlich zu verankern.

K—r.

Irrwege russischer Wirtschaftspolitik.

Rykow über die Industrialisierung.

Auf der 15. Konferenz der Kommunistischen Partei hielt Rykow eine Rede über die Aufgaben der Sowjetregierung auf dem Wirtschaftsgebiete.

Im Vorjahre — erklärte Rykow — sind bei der Durchführung der wichtigsten Aufgaben, der Industrialisierung, große Fehler begangen worden, die eine sehr ungünstige Wirkung auf die gesamte Volkswirtschaft ausgeübt haben. Ungeachtet der zahlreichen Pläne, ist man bei der Errichtung neuer Fabriken keineswegs planmäßig vorgegangen. Rykow führte folgende Beispiele an:

„Um, allem Anschein nach, die Industrialisierung zu fördern, begannen einige Gouvernements auf eigene Gefahr Bleiweißfabriken zu errichten. Eine wurde in Leningrad, eine in Rostow und eine in Jaroslaw errichtet — ohne jede Berücksichtigung der wirklichen Bedürfnisse des Marktes und der vorhandenen Rohstoffmengen. Infolge des Rohstoffmangels ist der Oberste Volkswirtschaftsrat zurzeit gezwungen, um eine Stillegung der Betriebe zu verhindern, die vorhandenen Rohstoffe zwischen diesen Fabriken zu verteilen. Sie sind nur 50 bis 60 Proz. beschäftigt und werden keinen Gewinn, sondern voraussichtlich nur Verlust bringen.

Ein anderes Beispiel: In Taganrog befindet sich eine der größten Lederfabriken nicht nur in Rußland, sondern, wenn ich mich nicht irre, auch in ganz Europa. Ihre Ausrüstung entspricht den letzten Forderungen der modernen Technik. Trotzdem hat man in Moskau in aller Eile eine neue große Lederfabrik errichtet. Es zeigt sich nunmehr, daß die Moskauer Fabrik stillgelegt werden muß oder daß beide Fabriken nur zur Hälfte beschäftigt werden können.

Ein Beispiel aus einem anderen Gebiete: Die Errichtung neuer Fabriken ist bei uns zum großen Teil mit Unkosten für die auf unseren Werken bestellte Ausrüstung und für die im Auslande bestellten Ausrüstungsteile verbunden. Wir kennen zahlreiche Fälle, wo die Ausrüstung, die im Auslande bestellt war, rechtzeitig eintraf, die unsere dagegen noch nicht fertig war und umgekehrt. Die verausgabten Mittel werden auf diese Weise für lange Zeit — für Monate, mitunter auch für ein Jahr und länger — der Volkswirtschaft entzogen, die Ausrüstung wird verdorben und veraltet."

„Solche Beispiele können in beliebiger Anzahl angeführt werden", meint Rykow und fragt voller Besorgnis:

„Kann man bei einem solchen System die Gewißheit haben, daß die für das Jahr 1926-27 ausgesetzten 1050 Millionen Rubel zweckmäßig zur Erweiterung des Grundkapitals verausgabt werden?" Und er gibt selbst die Antwort: „Meiner Meinung nach — nicht."

Rykow führt diese Mißstände auf das untaugliche System der Industrieverwaltung zurück und weist darauf hin, daß „dieses System, das nach der Oktoberrevolution geschaffen wurde, selbstverständlich nicht imstande war, alle Änderungen vorauszusehen, die mit der Entwicklung des Industrialisierungsprozesses zutage treten müssen". Dieses System — meint er weiter — erfordert zurzeit eine Reorganisation, da es nicht imstande ist, alle mit der Industrialisierung verbundenen Aufgaben zu bewältigen, abgesehen davon, das es an Bureaukratismus leidet:

„Freilich stehen auch andere Hindernisse im Wege. Vor allem unsere technische Rückständigkeit, die aus allen Poren unseres Wirtschaftskörpers dringt. Es geschieht mitunter, daß unsere Wirtschaftsorganisationen längst veraltete Maschinen im Auslande bestellen. Unsere Ingenieure sind oft nicht imstande, eine Aufstellung oder Zeichnung anzufertigen oder die aus dem Auslande eingeführten Maschinen in Gang zu setzen. Technische Rückständigkeit, ungeschultes technisches Personal, ungenügende technische Kenntnisse, Mangel an technischer Erfahrung und Geschicklichkeit — an diesen Erscheinungen leidet die gesamte Wirtschaft, von oben bis unten." („Ekon. Shisn" vom 30. Oktober.)

Es bleibt nur unverständlich, wie Rykow, trotz dieser Geständnisse, den Mut hat zu behaupten, daß, was in Rußland vor sich geht, eine Sozialisierung der Volkswirtschaft ist.

„Vorsichtige Dividendenpolitik."

Wir erhalten Kenntnis von einem Rundschreiben des Deutschen Brauerbundes, in dem es heißt:

„Wir halten uns für verpflichtet, wie bereits geschehen, unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer vorsichtigen Dividendenpolitik hinzuweisen. Hohe Dividenden der Brauereien pflegen in der Oeffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als ob die Brauindustrie im Vergleich zu anderen Industrien übermäßig große Gewinne erzielte. Hierdurch wird die Oeffentlichkeit gegen unsere Industrie eingenommen und es entständen in mehrfacher Hinsicht höchst unerwünschte Rückwirkungen. Im Interesse der Konsumenten wird eine Herabsetzung der Bierpreise verlangt werden, im Interesse der Arbeitnehmer eine Heraufsetzung der Löhne. Die Reichsregierung wird die hohen Dividenden als Argument für Steuerforderungen benutzen, und für die Abstinenten gibt jeder günstige Brauereiabschluß eine willkommene Gelegenheit zu immer neuen gehässigen Ausfällen gegen die Gesamtheit unserer Industrie. Wir möchten an unsere Mitglieder die dringende Bitte richten, die vorstehend aufgeführten Gesichtspunkte bei der Erörterung der diesjährigen Dividende ernstlich in Erwägung zu ziehen."

Nach den vorliegenden Geschäftsberichten scheinen die Brauereien diese freundliche Anweisung ziemlich befolgt zu haben, denn es sind fast durchweg die gleichen Dividenden wie im Vorjahr gezahlt worden. Die Gründe für die brauerliche Bescheidenheit in der Gewinnausschüttung sind rührend und zeugen von tiefer Liebe und Besorgnis um das geistige und körperliche Wohl des Volkes.

Und da gibt es noch hämische Leute, die behaupten, daß die Unternehmer der Brauindustrie eigensüchtig sind!

Aus den sozialen Baubetrieben. Die soeben erschienene Nr. 21 enthält das vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund aufgestellte Wohnungsbauprogramm, die Entschließungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Siedlungs- und Wohnungsfrage, den Aufruf des preußischen Volkswohlfahrtsministers zur Förderung des Wohnungsbaues, sowie die Stellungnahme des Bundes Deutscher Mietervereine zu den Vorschlägen des Ministers. Sehr interessante Ausführungen des Leipziger Stadtrates Dr. Nitzsche über die Finanzierung des Wohnungsbaues in Leipzig sowie kurze Berichte über Sonderkredite zur Förderung des Kleinwohnungsbaues, die Wohnungsbaufinanzierung durch Mittel der Sparkassen und ein Bericht über die Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaft Oberschlesien folgen. Nach der ebenfalls in dieser Nummer abgedruckten Beschäftigtenstatistik waren im Monat September in den sozialen Baubetrieben insgesamt 19914 Arbeiter und Angestellte tätig. Auf den einzelnen Betrieb kamen mithin 126 (im gleichen Monat des Vorjahres 111) Arbeiter und Angestellte. Während der Baustoffindex mit 133 auf der Höhe des Vormonates stehenblieb, sank der Lohnindex von 156,2 auf 155,9.

Der Kampf um den Kunden. Die Kundenkreditgesellschaft deutscher Einzelhändler, jene neu gegründete Genossenschaft Berliner Einzelhändler, die im Berlin und für das ganze Reich mit Hilfe von Bankkrediten das Abzahlungsgeschäft organisieren will, hatte zu einer Pressebesprechung eingeladen. Aus dieser sind folgende Einzelheiten zur Information der Konsumentenschaft festzuhalten: der auf Kredit kaufende Konsument hat 15 Proz. des Preises anzuzahlen. Für einen Kaufscheck über 100 Mk. hat er 7 Proz. Zinsen zu zahlen. Die Händler zahlen ihrerseits an die Banken mindestens 5½ Proz. Als tatsächliche Gesamtbelastung wurden 14 bis 18 Proz. genannt. Die Mitglieder der Händlergenossenschaft zahlen an die Genossenschaft einen Geschäftsanteil von 200 Mk. bar, haften für weitere 200 Mk. und zahlen außerdem je 100 Mk. in bar für Verwaltungs- und Reklamekosten. Die Bindung der Mitglieder erfolgt zunächst auf 2 Jahre. Zwei deutsche Großbanken, darunter eine D-Bank, und drei große Privatbanken sollen dem Bankenkonsortium angehören, das die Gelder gibt. Die Tätigkeit soll am 1. Dezember aufgenommen werden. Charakteristisch sind folgende Mitteilungen: die Gründung erfolgte aus Konkurrenzgesichtspunkten gegen Warenhäuser und Abzahlungsgeschäfte, „um die Wehrhaftigkeit des Händlerstandes zu erhalten" und den „Run auf die Weihnachtsgeschäfte mitzumachen". Das Lebensniveau der breiten Massen soll erhöht werden, der Handel müßte mit der Erhöhung der Löhne und Gehälter einverstanden sein. Statutengemäß sei festgelegt, daß den Händlergenossen jede Benachteiligung des Kreditkäufers durch Preiserhöhung untersagt sei. Anträge zur Errichtung von Filialen lägen bereits aus 24 Städten vor.

Der Stahltrust baut bei Thyssen ein neues Walzwerk. Die sehr gute Konjunktur, die die Ruhrstahlindustrie seit einigen Monaten hat, konzentriert sich natürlich in den zur spezialisierten Auftragsabwicklung durchorganisierten Werken des Stahltrusts besonders auffällig. Insbesondere wurde der große Anteil, der aus den letzten großen Reichsbahnaufträgen für Oberbaumaterial auf die Vereinigte Stahlwerke A.-G. entfiel, bei der höchstleistungsfähigen August-Thyssen-Hütte vereinigt, bei der schon seit längerer Zeit die monatliche Leistungsfähigkeit von 145000 Tonnen Rohstahl in vollem Umfange ausgenutzt wird. Aus dieser Auftragskonzentration auf die leistungsfähigsten Werke dürfte sich auch erklären, daß der Stahltrust jetzt für die Thyssen-Hütte ein neues Walzwerk baut, nach dessen Fertigstellung die Leistungsfähigkeit noch erheblich steigen wird — Vom Bochumer Verein wurden in der letzten Woche in Verbindung mit der Wiederingangsetzung von zwei Martin-Oefen auf der Abteilung Westfälische Stahlwerke (früher Rombacher Hüttenwerke) mehrere hundert Mann neu eingestellt.

Wachsender Einfuhrüberschuß in England — eine Folge des Kohlenstreiks. Die Einfuhr nach Großbritannien hat im Oktober um 9 Millionen Pfund zugenommen gegenüber dem September 1926 und um 2 Millionen gegenüber dem Oktober 1925. Der Export dagegen war größer im September, aber um nicht weniger als 17 Millionen Pfund kleiner als im Oktober des vorigen Jahres. Die Passivität der englischen Handesbilanz beträgt somit in den ersten 10 Monaten des laufenden Jahres 364 Millionen Pfund Sterling (rund 730 Millionen Mark) gegen 256 Millionen Pfund in der entsprechenden Vorjahrszeit. Den Haupteinfluß auf die Gestaltung der Handelsbilanz hat begreiflicherweise der Kohlenstreik. Hierdurch vermehrte sich die Kohleneinfuhr um 28 Millionen Pfund Sterling, während die Ausfuhr überhaupt so gut wie aufgehört hat. Bemerkenswert ist weiter, daß die Einfuhr von Rohwolle in den ersten 10 Monaten 1926 um 29 Millionen Pfund Sterling im Werte gesunken ist, was fast ausschließlich auf die starken Preisrückgänge am Weltmarkt zurückzuführen ist, da die Mengen mindestens die gleichen blieben.

Lockerung des Mieterschutzes.

Teilweise Freigabe der teuren Wohnungen — völlige Freigabe der Gewerberäume ohne Wohnung!

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt, Hirtsiefer, hat dem Ansturm der Rechtsparteien und eines großen Teiles der Mittelparteien nachgegeben und in großem Stile mit dem Abbau der Mieterschutzbestimmungen (genannt „Zwangswirtschaft") begonnen. Seine Sehnsucht nach Ruhe vor den Angriffen des radikalen Hausbesitzes und seiner zahlreichen und mächtigen Verbündeten in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe wird aber trotzdem nicht erfüllt werden; nach diesem großen Teilerfolg wird der Hausbesitz um so mehr darauf brennen, als letzter, aber glücklichster Inflationsgewinnler seine Scheunen aus den Taschen der Mieter zu füllen, und darum mit verstärkten Kräften den Mieterschutz bekämpfen.

Vom 1. Dezember an sollen die Wohnungsämter nicht mehr berechtigt sein, teure Wohnungen oder Teile von solchen zu beschlagnahmen und an Wohnungslose zu vergeben. **Zu den so freigegebenen Wohnungen gehören alle Wohnungen mit einer Jahresfriedensmiete von 3000 Mk. und mehr in Berlin, 2400 Mk. und mehr** in den übrigen Orten der Sonderklasse, 1800 Mk. und mehr in den Orten der Ortsklasse A, 1300 Mk. in B, 800 Mk. in C und 500 Mk. in D. Die bereits ausgesprochenen Beschlagnahmen und die Zwangsmietverträge über teure Wohnungen oder Teile von solchen bleiben bestehen; ebenso bleiben Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz für diese teuren Wohnungen in Geltung. Eine fehlende Tauschgenehmigung des Vermieters kann auch fernerhin durch das Mieteinigungsamt ersetzt werden.

Es wäre verfehlt, an der Freigabe der teuren Wohnungen achtlos vorüberzugehen. Hier wird der Anfang gemacht mit der Beseitigung des Mieterschutzes überhaupt. Man wird die Schutzgrenzen immer mehr herabsetzen und damit den Druck auf den Kleinwohnungsmarkt immer mehr steigern, — schneller jedenfalls, als es gelingen wird, durch Neubauten unseren Fehlbedarf von 1 Million Wohnungen zu decken.

In viel stärkerem Maße werden aber die Gewerbetreibenden von der ministeriellen Anordnung betroffen. Geschäftsräume, d. h. alle Räume, die nicht Wohnräume sind, werden zum 1. April 1927 von fast allen Vorschriften der Mieterschutzgesetzgebung freigegeben; geschützt bleiben wie bisher diejenigen Geschäftsräume, welche Teile einer Wohnung bilden oder wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Wohnräumen zugleich mit letzteren vermietet sind. Dabei ist es gleichgültig, ob in letzterem Falle ein besonderer Mietvertrag für die Geschäftsräume abgeschlossen ist oder ob ein gemeinsamer Vertrag für Wohn- und Geschäftsräume besteht.

Alle **Geschäftsräume ohne Wohnung können vom 1. Dezember an „friedensmäßig"** (wie schön das klingt!) **gekündigt und im Mietzins gesteigert werden** — ein Zustand, der den Hausbesitzer mit geschützten Mietern nicht zur Ruhe kommen lassen wird, bis alle Mieter seiner Willkür und seiner Sucht nach mühelosem Gewinn schutzlos ausgeliefert sein werden. Eine kurze Gnadenfrist bis zum 1. April 1927 wird den „Freigegebenen" noch gewährt, damit sie sich „auf den neuen Rechtszustand einstellen" können, wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" so schön schreibt. Der Vermieter wird schleunigst den Mietvertrag hervorholen (vom 1. Dezember an gilt bei Geschäftsräumen ohne Wohnung wieder die vertragliche Kündigungsfrist!), um zum nächstzulässigen Termin zu kündigen — die Hausbesitzerorganisation hat rechtzeitig die Formulare in großen Mengen drucken lassen! Geschäftstüchtige Hausbesitzer haben auf Anweisung ihrer Organisation längst dem Mieter gegenüber die sog. „unechte" Kündigung ausgesprochen, d. h. sie haben ihren Mietern schriftlich erklärt, daß sie sich unter der Herrschaft der Mieterschutzgesetzgebung nicht mehr an die vertragsmäßige Verlängerungsdauer und an die vertragsmäßige Kündigungsfrist binden, sondern den **Vertrag nur als auf unbestimmte Zeit geschlossen betrachten.** Hat der Vermieter diese Erklärung eindeutig und so rechtzeitig abgegeben, daß sie bereits zu einem vertragsmäßigen Kündigungstermin, der verstrichen ist, in Wirksamkeit getreten ist, so hat der Mieter nur vierteljährige Kündigungsfrist zu jedem beliebigen Vierteljahrsersten zu beanspruchen und es wird ihm tatsächlich zum 1. April 1927 zu Steigerungszwecken oder mit dem Ziele der Räumung gekündigt.

Nun kann der hinreichend bekannte Kreislauf wieder beginnen: der Hauswirt steigert die Miete, der Geschäftsinhaber steigert die Verkaufspreise, der Konsument versucht notgedrungen, seinen Lohn, sein Gehalt oder sein sonstiges Einkommen (wenn er es hat!) zu erhöhen und das Endergebnis ist — wenn nicht ein starkes Minus beim Konsumenten — mindestens eine Geldentwertung oder eine „Teuerung", wie sich das Volk auszudrücken beliebt. Der lachende Dritte ist der Hausbesitzer, der durch die Inflation entschuldet ist und fast gar keine Hypothekenzinsen mehr zu zahlen hat; der enteignete Hypothekengläubiger und Sparer zahlt als Mieter dem Hausbesitzer die Rente, die er selbst verloren hat.

Ein ungeheures Unrecht wird auf diese Weise am deutschen Volk begangen, das sich leider bei den Wahlen auch nicht im entferntesten bewußt geworden ist, daß es sich zum größten Teil seine Metzger selbst gewählt hat. Mit Wahlreden für rührselige alte Tanten sind die Wähler in Erinnerung an die „gute alte Zeit" eingeschläfert worden. So mancher der betroffenen Gewerbetreibenden hat sicherlich sein Schicksal, das ihm mit der neuen Verordnung beschert wird, verdient, weil er der Wirtschaftspartei (der ausgesprochenen Hausbesitzerpartei) oder einer anderen mehr oder weniger unzuverlässigen Partei seine Stimme gegeben hat; das kann uns aber nicht über die Riesengefahren hinwegtrösten, die durch die neue Verordnung grell gekennzeichnet werden.

Zwar gilt für die freigegebenen Geschäftsräume die Wucherbestimmung des § 49a des Mieterschutzgesetzes; aber bereits vor dem Erlaß der Freigabeverordnung hat sich das Organ der Hausbesitzer von Herrn Brumby bescheinigen lassen, daß Mietforderungen bis zu 160 Proz. der Friedensmiete „angemessen" seien und nicht unter die Wucherbestimmungen fielen! — O ja, die Hausbesitzer sind vorsichtige und geschäftskundige Leute. Ohne juristischen Rat wird nicht — gesteigert.

Eine Mahnung zur Vorsicht für die Hausbesitzer liegt darin, daß die Freigabe „unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs erfolgt ist. Der Hausbesitz wird also die Steigerungen schrittweise (in größeren oder kleineren Portionen) vornehmen. Er wird „Preisprüfungsstellen" einrichten (wenn es nicht die Handelskammer tut) und sich so eine halbamtliche Sanktion für seine Steigerungskampagne schaffen, damit der Staatsanwalt nicht mit unnützer Arbeit belästigt wird und das Geschäft trotzdem blüht.

Jedenfalls ist schärfste Wachsamkeit am Platze, damit die sicher zu erwartenden Auswüchse der Mietpreisbildung in jedem Fall schnellstens öffentlich gebrandmarkt werden.

Briefkasten der Redaktion.

G. D. 44. 1. Notarielle Beurkundung ist nicht erforderlich; es genügt einfache Schriftform. 2. Die Vereinbarung ist gesetzlich zulässig. 3. An Kosten werden etwa 50 bis 100 M. entstehen. — **W. 88.** 1. Niemand. 2. Ja. 3. Im Streitfalle ist die Miete vom Mieteinigungsamt festzusetzen. — **F. 100.** 1. Ja. 2. Die Anhalt kann die Rentenbeträge einziehen. 3. Die Kinder können ebenfalls herangezogen werden. — **M. A. 100.** 1. Wenden Sie sich an das Wohnungsamt. Eine Umziehung ist nicht möglich. 2. Zuständig ist nur das Amt, in dessen Bezirk Sie wohnen. — **O. W. 92.** Für Sie kommt nur die allgemeine oder öffentliche Fürsorge (Armenpflege) in Betracht. Die Söhne können zum Ersatz herangezogen werden.

Beleuchtungskörper

Gegen Monats- 12 Raten

P. RADDATZ & Co
Berlin Leipziger Str. 122-123

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Norden
Berlin NW 40, Friedrich-Karl-Ufer 6

Bekanntmachung betr. die Ausschußwahl.

Auf das Wahlausschreiben der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Norden vom 2. Oktober 1926 für die Wahl der Vertreter zum Kassenausschuß ist sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Versicherten nur je ein gültiger Wahlvorschlag innerhalb der festgesetzten Frist eingereicht worden. Die beiden eingereichten Wahlvorschläge entsprechen in ihrem gesamten Inhalt den Vorschriften der Wahlordnung und der Satzung. Die in diesen Wahlvorschlägen bezeichneten Personen gelten gemäß § 10 der Wahlordnung als gewählt.

Die für den 28. November 1926 anberaumte Wahl findet daher nicht statt.

Der Wahlvorschlag der Arbeitgeber beginnt mit dem Namen Theodor Schemmel und endet mit dem Namen Friedrich Braunsdorf. Der Wahlvorschlag der Versicherten beginnt mit dem Namen Paul Neubecker und endet mit dem Namen Emil Zbunneck.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb 2 Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses beim Kassenvorstand oder beim Versicherungsamt der Stadt Berlin angefochten werden.

Berlin, den 15. November 1926.

Der Vorstand.
Neubecker, Vorsitzender.

Oefen
Eiserne Oefen · Kachelöfen
Herde
für Kohle und Gas
R. Zechlin
Berlin C. 25
Alexanderplatz 49

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Taubstumme Metallarbeiter!

Heute, Dienstag, den 16. November, abends 7 Uhr, im Jugendsaal des Verbandshauses, Linienstraße 83/85, Portal I, 2 Treppen

Versammlung
aller taubstummen Mitglieder

Tagesordnung: 1. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und die nächsten Aufgaben der taubstummen Kollegen. 2. Diskussion.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen aller Mitglieder.

Donnerstag, 18. November, abends 7 Uhr, in unserer **Kulturabteilung, Linienstr. 197** (gegenüber Verbandshaus)

Branchenversammlung
der Werkzeugmacher, Scharfschleifer und Härter.

Tagesordnung: 1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. **Filmvortrag.**

Alle Lehrlinge unserer Branche welche im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, sind ebenfalls eingeladen.

Eintrittskarten werden am Eingang gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches unentgeltlich abgegeben.

Die Versammlung wird pünktlich um 7 Uhr eröffnet.

Donnerstag, den 18. November, nachmittags 1 Uhr, im „Rosenthaler Hof" (Parterresaal), Rosenthaler Str. 11/12

Versammlung
aller arbeitslosen Maschinenschlosser, Auto- u. Motorenschlosser.

Tagesordnung: „Die Arbeitslosenfrage und die Rationalisierung". Referent: Kollege **Max Urich.**

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Lagerräumen erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Verkäufe

Leiterwagen, Schubkarren, Einzelräder, Achsen, Federn, Globus, Dresdenerstraße 55, Moritzplatz 127 58.

Teppiche, Divandecken, Tischdecken, Bettvorleger, Läuferstoffe, prachtvolle Auswahl, extra billige Gelegenheiten. Conrad Fischer, seit 1884 Potsdamerstraße 109.

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Blutvergiftungen und vernachlässigte Wunden sind gefährlich. Sie werden verhütet durch „Flüssige Haut", welche bei Verletzungen Blut und Schmerzen sofort stillt, die Wunde reinigt und eine Schutzhaut bildet. Hausfrauen, Arbeiter, Touristen und Sportfreunde wollen deshalb nur noch „Flüssige Haut". Berlanoen Sie sofort durch Karte eine Gratisflasche. Ch. Kramis, Tempelhoferufer 23.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Elegant getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Elegante Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gehpelze, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weltester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Spottbillige Pelzwaren. Gelegenheitskäufe von Sportpelzen, Gehpelzen, hocheleganten Pelzmänteln, Pelzjacken. Enorm billige Herrenanzüge, Ulster, Paletots. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2 (Belle-Alliance-Platz).

Leihhaus Schneider, Alexanderstr. 14a, unweit Jannowitzbrücke. Höchstbeleihung von Wäsche, Herrengarderobe, Wertsachen usw.

Getragene Herrengarderoben. Gesellschaftsanzüge für korpulente Figuren staunend billig. Nur früher Mulackstraße, jetzt Germannstraße 25/26.

Bettenverkauf! Neu! 12,50! 17,50! 19,50! Prachtvolle 25.—, 30.—! Halbdaunen 35.—! Kinderbetten 8,75! Bettwäsche! Steppdecken! Gardinen! Tülldecken! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus Brunnenstraße 47.

Pelzwaren! Wolfskragen „9,75! 12.—! Prachtvolle 17,50! 19,50! Pelzjacken! Pelzmäntel! Pelzschals, alles spottbillig! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Federbetten verkauft billig Leihhaus Moritzplatz 26a. Keine Lombardware.

Möbel

Teppich-Schrager verkauft Teppiche, Läuferstoffe, Tischdecken, Divandecken, Steppdecken, Gardinen, Stores, Bettdecken, Bequeme Zahlungserleichterung. Invalidenstraße 141, Stettiner Bahnhof.

Chaiselongues, Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen, Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

18 Monate Teilzahlung ohne Aufschlag. Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Einzelmöbel. Möbel-Spezialhaus, Wallstraße 78—79, Untergrundbahn-Station Inselstraße.

Teilzahlung. Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen sowie sämtliche Einzelmöbel, geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Möbel-Boebel, Oranienstr. 58 (Moritzplatz). Fabrikgebäude. Aeußerst niedrige Preise für einfache und elegante Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Bücherschränke, Schreibtische, Büfetts, Anrichten, runde Tische, Standuhren, Ankleideschränke, alle Größen, Sofas, Ruhebetten. Eventuell Zahlungserleichterung.

Schlafzimmer 350.—, Ruhebetten 25.—. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Küchen, aparte Modelle, alle Größen, weiß, birke, eichenholz, naturlasiert. Auch einzelne Küchenteile zu billigsten Preisen auf bequeme Teilzahlung. Moabiter Kredithaus, Turmstraße 81, eine Treppe.

Extraangebot. Solange der Vorrat reicht: Schlafzimmer, zirka 2 Meter, komplett 775.—, Schlafzimmer, 180 Zentimeter breit, komplett 660.—, Schlafzimmer 375.—, 490.—, 575.—, Herrenzimmer 275.—, 390.—, 490.—, 780.—, Speisezimmer, ganz entzückende Muster, 425.—, 575.—, 675.—, 780.—, Küchen 68.—, 118.—, 148.— usw. Einzelmöbel aller Art und in jeder Preislage. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Viele Gelegenheiten. Herrmann Hasemann, gegründet 1875, Lothringerstraße 24, 25, 26, Untergrundbahn Schönhausertor.

Gelegenheit für Kassenkäufer! Hocheleganntes modernes Speisezimmer komplett nur 380.—. Hauche, Alte Jakobstraße 90.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Sink, Brunnenstraße 25.

Pianos, Harmoniums, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Freilaufräder 25.—. Kraus, Große Frankfurterstraße 32.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christianat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Verschiedenes

Geldverkehr

Pfandleihe, Höchstbeleihung. Sonne, Moritzplatz, Aschingerhaus.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Verkäufer mit eigenem Pferd und Wagen, eventuell auch ohne beides, von leistungsfähiger Fischkonservenfabrik und Räucherei gesucht. Offerten 14 107 B Ala, Potsdamerstraße 24.

Perfekte Näherinnen
für bunte und weiße Schürzen für unseren Kraftbetrieb gesucht.
Schürzenfabriken A.-G.
Köpenickerstr. 116

Dienstag
16. November 1926

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Amandus der Weltrekordler.

Von Max Pflieger.

Amandus Schwanitz war von der Vorsehung zum Choristen am Lappdorfer Stadttheater ausersehen. Er spielte die stummen Diener, gebückten Greise, die lautlos über die Szene huschen und im Volksgemurmel und Windesbrausen lag seine stärkste Begabung. Galt es einen sturmgepeitschten See oder ein sanftes Frühlingsbrausen akustisch zu demonstrieren, so war Amandus totsicher im Besitz einer tragenden Rolle.

„Sie haben das, was nicht zu kaufen ist," sagte ihm der Direktor, dachte aber dabei immer an die hohen Preise der Donner- und Windmaschinen. Und im Lappdorfer Anzeiger schloß jeder Theaterbericht mit den anmutigen Worten: „Wind und Wetter lagen wieder in den bewährten Händen unseres Schwanitz."

War es aber ein Wunder, wenn er, durch diese höchsten Anerkennungen verführt, sich selbst zu dem Unmöglichsten fähig hielt. Dabei war er im Grunde seines Wesens neidlos und machte in seiner Bewunderung vor den größten Leistungen keineswegs bei Heldentenören und Schauspielerprominenten halt. Nein — er bestaunte ehrfürchtig jeden Rekord, der in jeder Betätigung erreicht wurde.

Und weil sein enthusiastisches Fühlen nach bildlichem Schauen drängte, so sammelte er mit fanatischem Eifer alle Photos der Spitzenleistungsinhaber. Er schnitt aus illustrierten Zeitungen berühmte Köpfe, kaufte Hunderte von Bildkarten und nagelte mit Reißnägeln alles Berühmte an seine schwammverseuchten Mansardenwände. Da gab es komische Nachbarschaften. Raffael war neben Rausenberger, dem Erfinder der 42-Zentimeter-Kanone, Schopenhauer neben Frau Löblein, der Verfasserin des besten Kochbuches der Weltliteratur. Friedlich ruhten die sanften Blicke des jungen Hölderlin auf seinem Gegenüber, dem Meisterboxer Dempsey und die englische Tabakspfeife des Mister Sherlock Holmes, der ehedem der farbige Kopf einer Detektivromanserie war, stach unkhrerbietig unter das Kinn des indischen Heilandes Gautama-Buddha. So ging es kunterbunt an den vier Wänden weiter, Napoleon, der Fußballkönig Schaffer, Ford, Shakespeare, Caruso, Sophokles, Columbus, der Erfinder des Bubikopfes und hundert andere.

Seine Annäherungen an die Meister aller Dinge waren jedoch nie bildlicher oder platonischer Natur. Von rasendem Ehrgeiz erfüllt, war er seit seiner frühesten Jugend selbst „Hans" oder besser „Amandus auf allen Suppen". Er sag, turnte, malte und dichtete, erfand Verbesserungen an Kragenknöpfen und war Vorstandsmitglied sämtlicher Vereine von Lappdorf und Umgebung.

So geschah das Unausbleibliche. Wie ein junger Efeu an seinem Gatter emporkriecht, so rankten sich seine Wünsche und Begierden an seiner seltenen Bilderschau hoch, faßten zitternd an anfänglich bestaunten Köpfen und überschatteten schließlich alles.

Gleichtun wollte er es allen. Uebertrumpfen wollte er sie.

Eine kleine Anzeige in einer Großstadtzeitung wies ihm den Weg in die große Welt.

Eines Morgens erschien ein feister, doppelkinnbehafteter Impresario in Lappdorf, besichtigte das Training Amandusens, sprach knappe zehn Minuten und der mitgebrachte Kontrakt trug zwei Unterschriften.

Telegramme sausten. Sagten Fehde und Herausforderungen an. Die Meister aller Fakultäten zitterten nach allen vier Winden, suchten vergebens nach Krankheiten und anderen wichtigen Verhinderungsgründen. Doch der sadistische Enthusiasmus ihrer Gemeinden zog an der Kandare und trieb die Renner in die Arena.

Am 15. Mai war Schwanitz mit Manager und einem Heer von Sportreportern in Amerika gelandet und am 16. trat er in der Camping-Hall mit seinem Gegenüber in den Ring. Der kommende Exmeister war bleich, als der Leiter den zweimalhunderttausend Zuschauern mit einem Riesenmegaphon die Bedingungen des Kampfes bekannt tat. Es sollte fünfzehn Runden lang mit Neun-Unzen-Handschuhen ein Filet gestrickt werden, dessen Muster aus der Handarbeitsschule von Groß-Döberitz stammte. Ergriffen lauschte die Menge auf den Gongschlag. Vier ledergepolsterte Fäuste schlenkerten unbehend die Nadeln, die Manager hielten die Garnrollen aufgerollt in den Händen. Zweite Runde. Der Titelhalter hatte seine Ruhe zurückerlangt. Amandus, in steigendem Tempo. Nach der vierten Runde erlitt der amerikanische Favorit den ersten Schwächeanfall. Man schüttete Kübel voll Wasser über ihn hinweg, hielt Salmiakflaschen unter seine Nase — ein Aufschrei aus zweihunderttausend Kehlen, als er endlich die Augen öffnete.

Aber nichts half mehr. Rettungslos unterlag er dem Endspurt, um in der elften Runde selbst aufzugeben. Die Schiedsrichter maßen mit Kaliber und Mikrometerschraube die fertigen Stücke, eine gemischte Kommission prüfte die Faustarbeiten auf künstlerische Formgebung, und entschieden, daß Amandus mit einem Vorsprung von 5,81 Zentimeter Filet und feiner Durcharbeitung die Weltmeisterschaft an sich gerissen habe.

Am gleichen Abend besiegte er noch den ersten Tenor der Erde, Signor Pollo vor dem Publikum der Metropolitan im einarmigen Reißen mit einem Plus von fünfzehn Pfund. Das „Brillanthufeisen" tobte. Am Morgen lagen 1500 Heiratsanträge von Millionärstöchtern in seinem Hotel.

So stürmte Amandus von Erfolg zu Erfolg. Der Nobelpreisträger für das Friedenswerk, Professor Carter von der Havard-Universität, unterlag im Taubenstechen, der Langstreckenläufer Nurmi im Kopfrechnen und der erfolgreiche angelsächsische Dramatiker Mister World mußte seinen Dichterlorbeer in einem dreistündigen Schönschreibeduell an den Deutschen abgeben.

Nach zweimonatlicher Siegesfahrt rüstete sich das alte Europa, um den berühmten Sohn wieder zu empfangen. Man hatte in Deutschland längst Schwanitz-Plätze — Amandus-Brunnen — Schwanitz-Bars und Schwanitz-Zigaretten. Die Jungfrauen der Heimat trugen die Initialen seines Namens tätowiert zwischen den Brüsten, die Postkartenindustrie brachte nur mehr die eine Norm „Schwanitz" in den Handel und die Universität der Reichshauptstadt errichtete einen Lehrstuhl für Schwanitzologie.

Aber alles sollte anders kommen. Nicht zufrieden mit seinem überlegenen Siege über die neue Welt, wollte Amandus auch Europa in Sturme überrennen. Seine fixe Idee, Erster und Einziger überhaupt zu sein, sauste wie ein losgelassener Rodelschlitten weiter und war nicht mehr zu halten.

An seiner ersten Niederlage, wo er einem gefeierten Hungerkünstler einen Freßmatsch antrug und schmählich unterlag, ging das Vaterland noch stillschweigend vorüber. In Telegrammen und Resolutionen wurde ihm die unwandelbare Treue der Nation versichert. Der Außerordentliche auf dem neugebackenen Lehrstuhl wies in einer längeren Broschüre nach, daß

erstens: der Geniologie in A. Schwanitz keinerlei Abbruch getan ist, sondern nur als ein Epiphänomen einer Akzidenz anzusehen ist;

zweitens: daß alles Denken, das sich in diesem Falle dem Kasualismus nähert, a priori als extramundan des Schwanitzschen Phänomens kommen müßten.

Bei seiner zweiten Niederlage, einem kombinierten Schafkopf, in dem ihn sein Partner, der berühmte Philosoph, Erkenntnistheoretiker und Leuchte des alten Erdteils, Ordinarius Professor Dr. Ignaz Huber, mit siebzehn gespielten Eichelsolos weit hinter sich ließ, rückte das ganze akademische Deutschland mit einem Schlage von ihm ab. Die Künstler folgten, als der herausgeforderte Lyriker Schwanenfug mit 47 : 38 Glas Märzenbier Sieger blieb.

In wahnsinniger Vermessenheit und um seinen schwindenden Ruhm zu festigen, wagte Amandus das letzte. Ein General, ein Fast-Sieger in vielen Schlachten, trat ihm auf einer Halde im Teutoburger Walde zu einem Blindekuhtreffen gegenüber. Aber alle Schlauheit und Kombinationsgabe wurde an diesem hohen Militär zu Schanden. In sechsstündigem Suchen hinter Felsen, Büschen und Bäumen gelang es Amandus nie, seines Gegners habhaft zu werden. Das Bürgertum jubelte dem Sieger zu, holte aus Speichern und Kellern vergessene Bilder und schmückte sie mit neuem Lorbeer.

Amandus Schwanitz war seit jenem Tage spurlos verschwunden und niemand hat ihn mehr gesehen.

Ursache und Wirkung.

Durch Einlegung zahlreicher Ueberstunden ist es der deutschen Industrie gelungen —

diesen Massenartikel in 1½ Millionen Exemplaren herzustellen.

Bismarck und Lassalle.

Von Emil Ludwig.

In seinem neuen Bismarck-Buch widmet Emil Ludwig das menschlichen Beziehung zwischen Bismarck und Lassalle den hier im Vorabdruck wiedergegebenen Abschnitt, bevor er auf die politische Seite dieser Beziehung eingeht. (Verlag Ernst Rowohlt, Berlin.)

Damals war Bismarcks Geist in Europa ohne Konkurrenz. Die Könige und Kaiser konnten nicht denken oder nicht handeln. Franz Joseph war zu unerfahren, Napoleon zu verbraucht, Alexander zu stumpf, Wilhelm, Viktoria, Viktor Emanuel waren zu mittelmäßig, um nach inneren Visionen Politik zu treiben: Gladstone und Disraeli waren noch nicht in voller Macht, Gortschakow zu eitel; bedeutsam in seiner Art Cavour, der starb, als Bismarck kam. Nur in Preußen war noch ein politisches Genie. Obwohl fast ohne Partei und überaus revolutionär, weder durch Gedanken anziehend noch durch die Macht, wurde es von seinem großen Gegenspieler doch rasch erkannt: es war allein die Suggestion des genialen Bruders, die Bismarck und Lassalle zusammenführte.

Massiv und schwer an Körper und Stimmung, kuppelköpfig, in langsam vorschreitendem Gange, nach langer Ouvertüre und im Vorblick auf viele Jahrzehnte, den großen deutschen Bildgießern ähnlich, die auf jedes ihrer figurenreichen Werke ein Menschenalter wenden konnten, die Phantasie durch Sachlichkeit gezähmt, Worte wägend und Taten vorbereitend, lieber mit Größen rechnend als mit Ideen: so stand Bismarck, der Realist, mit gegen 50 Jahren am Beginn seines Werkes, gerade auf der Schwelle. Schlank, elegant und zitternd wie ein nur halbgezähmter arabischer Hengst trat neben ihn der Morgenländer, langköpfig, sprühend und springend, kaum vierzig und schon dicht vor dem Ende einer ungebärdig durchrannten Bahn, ein großer Zeichner, der in blendenden Skizzen seinen Formtrieb erschöpft, phantastisch und gedankenvoll, entlaufen aus der Schule der Ideen, ins Tätige verschlagen, doch auch hier mehr mit den hinreißenden Worten fechtend, den Blick in die Zukunft gerichtet. Jener war ganz aus der Scholle emporgediehen. Vorkämpfer seiner Klasse, nach einer Abenteurerjugend zu den geschlossenen Formen des Lebens und Besitzes zurückgelangt, aus denen er stammte, und doch als Staatsmann gefühllos, bereit, mit jedem Volk und jeder Staatsform zu gehen, wenn sie der seinigen nutzte; dieser, als Jude und Bürger ohne Heimat, in zäher Jugendarbeit emporgeklettert, bekämpfte seine Klasse und sein Erbe, entzündete das leichtbewegte Herz mit dem Aufschwung der Nation, zu der er rassenmäßig, und mit dem Aufschwung der Klasse, zu der er klassenmäßig nicht gehörte. Bismarck opferte nichts, als er begann, Lassalle gefährdete alles, jener festigte Stand und Stellung, dieser verlor in Gefängnissen Freiheit und Gesundheit, und wenn jener mit 32 begann, im Stil seiner Kreise zu konkurrieren, so hatte der Jüngere gleichzeitig mit 22 begonnen, den Stil der seinigen in allem zu verleugnen.

Und doch wurden beide von den gleichen Impulsen bewegt: Stolz. Mut und Haß haben den jüdischen Sozialisten wie den pommerschen Junker zum Handeln getrieben, in beiden haben diese Motive den Willen zur Macht erzeugt, keiner hat sich gefürchtet, keiner den übergeordneten Menschen ertragen, keiner im Grunde geliebt. Wie Bismarck das mächtigere Oesterreich stärker haßte, als er die Preußen liebte, so hat Lassalle weniger mit dem vierten Stand gefühlt als gegen den dritten; deshalb hat jener unter preußischen Junkern, dieser unter heraufgekommenen Führern keine Freunde gesucht oder gar gefunden, jener lebte nicht höfisch, dieser nicht volkstümlich, beide waren von Galle voll gegen die Beschränktheit ihrer Stände und ähnelten einander auch in Ironie und Zynismus.

Aber durch seine stabile Basis in der Lebensform war Bismarck zeitlebens zu dienen verurteilt: er hatte den König gewählt, Lassalle die Menge. Wohnte jener in einem festen Schlosse, so hörte er doch über sich immer die Schritte eines Mannes, unter dem zu wohnen sein Schicksal war; dieser hörte niemand über sich, aber sein Schloß war von Luft und seine Nerven zitterten stärker vom Winde der Zukunft als von den Reibungen in der Realität, die Bismarcks Nerven ruinierten. Waren beide künstlerische Naturen, so war doch der Aeltere Schachspieler gegen andere Mächte, der Jüngere mehr Schauspieler seiner selbst, weshalb jenen Ehrgeiz, diesen Eitelkeit stärker beseelte. So kam es, daß Lassalle sich an Erfolgen und Aussichten berauschen konnte, in denen er eine fernere Zukunft vor sich sah, als Bismarck, der weniger, aber festeres wollte und deshalb mehr Geduld entwickelt hat. Darum hat einer den anderen um das Doppelte an Jahren überlebt und doch ist Lassalle reicher an Augenblicken des Glücks gewesen.

Auch in der Nachwelt. Als sie sich trafen, erkannten sie wechselseitig ihren Wert, bevor ihn die Welt erkannte. Wäre Bismarck damals, im Jahre 1863, im Duell mit Virchow gefallen, sein Name hätte höchstens den Rang von Radowitz, der längst vom Volke vergessen ist; Lassalle, obwohl ein Jahrzehnt jünger, fiel in genau denselben Anfängen seines Werkes, das zunächst ganz zu verschwinden drohte, und dennoch steht sein Name im Bundesliede von Millionen Menschen aller Völker. Er scheiterte und wurde weltberühmt, weil er die Ideen von übermorgen verwirklichen wollte; Bismarck gelangte an sein Ziel von morgen, sein Denkmal blieb im Lande.

Friedrichstrasse 68

sind die Schuhe ausgestellt, mit denen in öffentlicher Putzprobe die Preisfrage beantwortet werden soll:

Wieviele Schuhe können mit einer Dose Erdal geputzt werden?

Es sind getragene Schuhe für Herren, Frauen, Kinder, wie sie in jedem Haushalt vorkommen. In jedem Haushalt können daher praktische Versuche zur Lösung der Preisfrage angestellt werden. Gehen Sie zu Ihrem Händler, der Ihnen für 25 Pf. eine Dose Erdal verabfolgen wird, verlangen Sie die Bedingungen und beteiligen Sie sich an der Lösung der

Erdal Preisfrage

Die Lösungen müssen bis 30. November ds. J. bei der Erdal-Fabrikniederlage Berlin SW 29 vorliegen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7½: Maskenball
Schauspielhaus 8 Uhr: Lulu
Schiller-Theater 8 Uhr: Soldaten

Städtische Oper
Charlottenburg 7½ Uhr:
Turandot
A. Raisa, A. Baumann, L. Schöne
Abonn.-Turnus IV.
Voranzeige: Donnerstag 18. 11. u. Sonnabend 20. 11.:
Gastspiele von Jan Kiepura
18. 11.: Rigoletto (Herzog)
20. 11.: Tosca (Cavaradossi)

Deutsches Theater
Norden 10334—38
8 Uhr täglich (auch Bußtag):
Heidhardt v. Gneisenau
von Wolfgang Goetz
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
Norden 10334—38
8¼ Uhr
Der gefällig. Thierry
von Tristan Bernard
Regie: Eug. Robert
Morgen Bußtag 8½:
Die Nachten kleiden ...!
von Pirandello
Grün, Günther, Kardow, Eysoldt, Steinrück

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr
Zum 75. Male
Die Gefangene
Von Bourdet
Regie: M. Reinhardt

Savoy-Bühne
Th. Königgrätz St. Hasenheide 2110
8 U.: Neu. Chansons Revue
Bußtag 8 U.: Tod u. Teufel u. Der Kammersänger v. Heiligenstadt

Komödienhaus
Norden 6304
8: Einbruch
Bußtag 8 Uhr: Totentanz
Th. a. Hallenschen Platz
Kurfürst 2091
8: Franziska
Bußtag 8 Uhr: Die fremde Frau

Kleines Th. 8 U.:
Hetären gespräche
Metropol-Theat.
Heute 8 Uhr:
Die große Revue
Wieder Metropol
Residenz-Theat.
Heute 8½ Uhr:
Absteigequartier
Eintritt Jugendlichen verboten
Thalia-Theater
8 Uhr: Der Biberpelz
Regie: Berlin Viertel
Theat. d. Westens
4: Gastsp. Theater
künstl. Menschen

Philharmonie
8 U.: Sinfonie-Konzert
d. Philharmon. Orch.
Dirig.: Prof. Prüwer
1. Teil: 9. Der Schimmelreiter: Doppelkonz. f. Violine, Violoncello (Horst und Pattspersky)

SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr
Varieté-Neuheiten
Morgen, Bußtag geschlossen!

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr:
Nachtasyl
Morgen 8 Uhr:
Nachtasyl
Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr:
Das Grabmal des unbekannten Soldaten.

Komische Oper
Der große Operettenerfolg
All-abdl. Adrienne 8½ Uhr
mit Serak, Wessely, Wirl, Blass, Boettcher, Heil, Loebell, Schuster.
Vorverkauf v. 10 U. an ununterbrochen
Morgen Bußtag 8½ Uhr
„Dr. Stieglitz"

Wallner-Theater Täglich 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 U.: Hasemanns Töchter
Bußtag 8 Uhr: Liebe v. Wildgans.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr

Stettiner Sänger
1. Schlag: Piepers Dicke
Burleske von Meysel
Nachm. halbe Preise!
Dönhoff-Brett'l
Varieté-Konzert-Tanz

CASINO-THEATER 8 Uhr
Gräfin Tippmamsell
Ab Donnerstag, den 18. November:
Mister Cornedbeef
Gutschein: Fauteuil 1 Mk. Sessel 1.50

Winter Garten
8 Uhr
Variete
Rauchen gestattet

Rennen zu Strausberg
Dienstag, d. 16. Novemb.
nachmittags 1 Uhr

Rose-Theater
8½ Uhr
Was ihr wollt

Jeden Freitag frische, junge Fett-**Gänse** 1.10 1.25 allererste Qualität.
Wegner, Berlin SO, Mariannenstraße 34.

Reichels Husten-Tropfen
Marke Medico
das allerprobte Rezept erhältlich in Drogerien und Apoth. M. 0.75 und 1.40.
Echt nur mit Marke Medico und Firma Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4

Unserem Genossen
Wilhelm Bachmann
und Frau zur Silberhochzeit herzlichen Glückwunsch.
117. Abteilung.

Nach kurzem schweren Leiden verschied am 12. November, nachts 12 Uhr, meine liebe, unvergessene Frau, Mutter, Schwieger- und Großmutter
Emilie Kiengrön
geb. Arold
im Alter von 68 Jahren
In tiefer Trauer
Friedrich Kiengrön, Familie Reichel.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 18. November, nachmittags 4 Uhr, im Baumschulenweg statt.

BUSSTAG
im
Großen Schauspielhaus
6½ Uhr Uraufführung 9¼ Uhr
Mit dem Auto ins Morgenland
Eine Reiseexpedition im Film
Außerdem:
Die Abenteuer des Prinzen Achmed
Der Großfilm der Ufa
Preise von 1 Mark bis 4 Mark

Tägl. 8½ Uhr:
Theater im Admiralspalast
Riesenerfolg
Haller-Revue
An u. aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf ununterbr.

Apollo-Th.
Tägl. abends 8 U.
Der große Erfolg
Die bunte Tüte
12 fröhl. Bild. vom Frühling, von der Liebe und was dazu gehört
Vorverk. 11-1 Uhr
Sag. nachm. 3½ U.: Familien-Vorstg. bei halb. Preisen:
Die bunte Tüte

KLEINE ANZEIGEN
in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem
sehr billig!

Gegr. 1881.
Unser Garantie die schönsten
Stepp- und Daunen-Decken
kaufen Sie bestens ab Fabrik
Bernhard Strohmandel, Berlin,
Wallstraße 72 (Untergrundbahn Inselbrücke).
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Seydelstraße, und W, Nikolsburger Platz 2, Ecke Trautenaustraße.
Metallbettstellen u. Auflegematratzen: Wallstr. 21/22
Reparat. jed. Art — Illustr. Preislisten gratis

Salzburg-Bühne
Das Künstler-Th. a. „Die Königin" Mozart Palmhof
Sonnabend 3½ U.: Schneewittchen
Stg. 3½: Der fröhliche Weinberg

Lessing-Theater
8 U.: Mensch und Uebermensch
Stg. 3½: Kuckuck!

Th. a. Kurfürstendamm
8 Uhr: In der Johannisnacht

Lustspielhaus
8½ Uhr:
D. Herzogin v. Elba
Stg. 3½: Aschenbrödel

Trianon-Theater
Täglich 8½ Uhr:
Cavalier von Sing-Sing
Amerik. Sens.-Stück in 3 Akt.

Zirkus Carl
Hagenbeck
Busch-Gebäude Norden 940
Tägl. 8 Uhr: der große Hagenbeckspielplan
Morgen Bußtag nur Marstallbesichtigung
ab 10 Uhr. Erwachs. 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Gr. Schauspielhaus
Tägl. 8½ Uhr
Von Mund zu Mund
CHARELL-REVUE
Heute, Donnerst. u. Sonnabend nachm. 4 U. die neue Kinderrevue Funkheinzelmannsmärchen-Reise mit Alfr. Braun

Endlich ist sie da!
Die billige und praktischste Volkskamera!
Brieftaschen-Klapp-Kamera „Befo"
Größe 6 × 9 für Platte und Film. / D. R. P. u. A. P. a.
Leichteste und flachste Kamera der Welt, verblüffend scharfe Moment- und Zeitaufnahmen, einfache, bequeme Handhabung, stabil gearbeitet.
Nur 5.80 Mark einschl. Kassette und Mattscheibe!
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften oder bei
Berliner Vertriebs-Gesellschaft „Befo"
Halensee, Nestorstraße 11 Telephon: Uhland 2254

Gewinn-Auszug
2. Klasse 28. Preußisch-Süddeutsche (234. Preuß.) Klassenlotterie
2. Ziehungstag 13. November 1926, nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Es wurden Gewinne über 90 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 100 000 Mk. 155171
2 Gewinne zu je 10 000 Mk. 106298
2 Gewinne zu je 5 000 Mk. 22508
2 Gewinne zu je 2 000 Mk. 78014
4 Gewinne zu je 1 000 Mk. 6204 165801
8 Gewinne zu je 500 Mk. 154838 157712 222336 223160
24 Gewinne zu je 300 Mk. 4605 41510 56704 84197 115539 132531 132756 179695 181992 221087 300946 320732
66 Gewinne zu je 200 Mk. 10572 19045 21765 29015 56889 65747 67606 80908 100266 102848 127603 134403 151042 154021 164754 171804 174112 199559 205405 214963 217322 218522 230635 232162 240583 254531 257571 259449 266702 269875 271430 274920 289906 294667 309429 315275 316287 319077 325724 337699 339007 340335 347010
292 Gewinne zu je 180 Mk. 709 2316 2563 3431 4681 10036 14227 14304 15851 16714 19354 19784 20136 23788 30015 33047 35235 37385 41477 43136 45580 47516 49225 55784 56048 59016 61579 63792 65060 66948 70773 72031 76857 80382 81190 81428 83687 84248 85467 86842 87878 94148 94375 99431 100633 100691 101537 105595 105010 107326 109359 110180 110826 112408 116623 119891 121859 123166 124516 129686 139657 141006 146906 148486 150676 151360 152392 153449 155856 161308 162281 163556 165400 165488 168462 170682 171230 171713 172257 173108 173350 175710 182344 183486 195935 202918 207407 207549 212176 217036 221568 223233 226220 227294 227314 227332 229102 229631 233876 234985 242515 243865 245838 246906 249247 254550 255667 256651 260914 262654 263635 269642 274233 276990 286685 288169 290945 291006 291044 291641 292083 294513 297200 309600 311955 312613 315009 315672 319311 319711 323195 325162 326588 328482 329085 332584 329807 330112 333544 334202 338635 338923 346972 347750 348084 349732

Johanna ist selig.

Früher raubten Hühneraugen
Mir die ganze Lebensfreud',
Seit ich „Lebewohl"* gebrauchte,
Schweigt mein Herz in Seligkeit.

* Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** mit druckmilderndem Filzring für die Zehen und **Lebewohl-Ballenscheiben** für die Fußsohle, Blechdose (8 Pflaster) 75 Pf., **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien.